

Politische Berichte

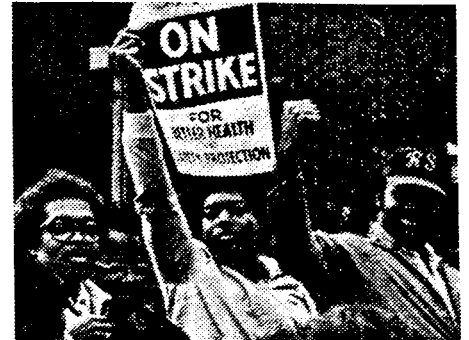


6. November 1982
Jg. 3 Nr. 23

G 7756 D Preis:
2,50

DER NEUE REALISMUS

Herausgegeben von Helmut Kohl



USA: Die Reaktion kommt nicht ungehindert voran – Widerstand gegen Reagan-Kurs Seite 8



Haushalt 1983: Der Versicherungsschutz der Arbeitslosen wird in die Familien gepreßt Seite 10



Niederlande: Streikvorbereitungen im öffentlichen Dienst gegen die Pläne der Reaktion Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Öffentlicher Dienst: Dem Dienstrang, der Bedeutung und der Verantwortung des Amtes soll wieder Geltung verschafft werden Seite 3

DGB-Demonstrationen: die Reaktion schäumt Seite 4

Kultusminister beabsichtigen drastische Senkung der Lehrereinkommen Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Lohnbewegung: Blüm will ideologische Grundlage für Polizeieinsatz schaffen Seite 7

CDU-Ausländerkongreß: Staatsräson vor Nächstenliebe Seite 7

USA: Die Reaktion kommt nicht ungehindert voran — Widerstand gegen Reagan-Kurs Seite 8

Spanien: Sieg der Sozialdemokratie — was kommt? Seite 9

Justizministerkonferenz: Beschneidung der Rechte im Strafprozeß Seite 9

Haushalt 1983: Der Versicherungsschutz der Arbeitslosen wird in die Familien gepreßt Seite 10

Aktien: „Risikokapital“-Förderung aus Lohngeldern .. Seite 11

Kommandeurtagung: Die Bundeswehr muß kämpfen können Seite 12

Regierungswechsel: Die CDU/CSU schickt sich an, außenpolitisch zu ernten, was die klassenversöhnlerische Politik der SPD gesät hat Seite 13

BRD in der UNO: „Weltpolitische Mitverantwortung übernehmen“ Seite 14

Deutschlandpolitischer Aggressionsvorwand: das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ Seite 16

Genscher drängt auf Sicherung „opferreicher Anstrengungen“ in der EG Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Freudenberg-Konzern: Lederkonzern plant 500 Entlassungen / Forderungen der Belegschaft Seite 19

Hamburger Aluminiumwerke: Geschäftsführung greift Lohnfortzahlung an Seite 19

Niedersachsen: 6000 demonstrierten gegen das Atommüllendlager Schacht Konrad Seite 20

Lohnbewegung: Mitgliederversammlung beschließt 170 DM Seite 21

Bayern: Umbildung der Staatsregierung Seite 21

Marsch gen Norden: „Grenzübergreifende Aktivitäten“ der CDU Richtung Skandinavien Seite 22

Reaktionäres Liedgut alt und neu Seite 23

NRW-Kindergartengesetz: Landeselternrat handelt — Farthmann tobt Seite 23

Beamtenrecht: Entlassener Beamter muß Bezüge zurückzahlen Seite 23

Westberlin: Keine Abschiebung von Asylbewerbern Seite 24

Heidelberger Justiz: Angriffe auf Verteidigerrechte Seite 24

IG-Metall Aktion: „Unternehmer auf dem Prüfstand in Baden-Württemberg“ / Kampagne gegen die Propaganda der Kapitalisten Seite 25

Kapitalisten fürchten den Lohnkampf Seite 26

Stichwort: Mittelstandsförderung Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Libanon: Die Imperialisten wollen ihre Truppen verstärken — zwecks „Neutralität“ Seite 29

Azania: Verschärfter Terror gegen Gewerkschaften Seite 29

Brasilien: Amazonas-Indianer kämpfen ums Überleben. Seite 30

El Salvador: Die gegenwärtige militärische Offensive ... Seite 30

Frankreich: Schwierige Kämpfe im öffentlichen Dienst Seite 31

Großbritannien: Bergleute lehnen Streik ab Seite 31

Niederlande: Streikvorbereitungen im öffentlichen Dienst gegen die Pläne der Reaktion Seite 32

Die Philips-Kapitalisten sind Vorreiter bei der Lohnsenkung Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Kultur gegen Stadtanierung: „... die Bürger rechtzeitig und umfassend über alle Fragen der Sanierung zu informieren“ Seite 34

Rechtsanwalt stellt sich die Reichen vor Seite 34

Faschistische Übermenschen Seite 34

Zufriedenheit, Religion, Heimat Seite 35

Automobilindustrie: Fluktuation, Fließbandarbeit und Lohneinstufung Seite 35

1967–1982: Die „deutsche Frage“ in der völkerrechtlichen Praxis der BRD (III) Seite 36

Grafik Seite 37

Sozialstatistik: Ohne Steuerindizierung sind die Reallöhne kaum zu sichern Seite 38

Zur Berechnung der Erträge verschiedener Abschlüsse und des Reformertrags einer Steuerindizierung Seite 38

Unterschiedliche Belegung der Lohnzonen Seite 39



Bundesverfassungsgericht: Arbeitszeitverkürzungen genießen keineswegs den Schutz des Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz. Sie gehören nicht zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

Öffentlicher Dienst

Dem Dienstrang, der Bedeutung und der Verantwortung des Amtes soll wieder Geltung verschafft werden

Die CDU/CSU/FDP-Regierung will den rechtlichen Rahmen, den das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht in den letzten Jahren gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst abgesteckt haben, voll ausschöpfen. In der Koalitionsvereinbarung haben sich die Regierungsparteien im wesentlichen auf drei den öffentlichen Dienst betreffende Ziele geeinigt: Drastische Reduzierung der Bezüge, Gehälter und Löhne! Verfassungstreue! Dienstrechtsreform! Drei schlichte Punkte, die aber das Programm darstellen, gegen das sich die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst seit nun gut zehn Jahren mit größerem oder geringerem Erfolg zur Wehr setzen. Dieser Widerstand, der der Willkür des imperialistischen Staatsapparates Schranken gesetzt hat, soll gebrochen werden, Ergebnisse dieses Kampfes sollen zunichte gemacht werden.

Ein Ergebnis des Kampfes der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ist, daß seit 1970 die tarifvertraglich vereinbarten Erhöhungen für Löhne und Gehälter für die gesetzlich zu regelnde Anpassung der Beamtenbesoldung übernommen wurden. Die Übernahme der erkämpften Tarifergebnisse bezog sich sowohl auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Erhöhung, die Struktur und das Ausmaß der Erhöhung. Die von den DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst durchgesetzten Sockel- und Mindestserhöhungen sowie das für alle gleiche Urlaubsgeld und die für alle gleichen vermögenswirksamen Leistungen haben den einkommensmäßigen Abstand zwischen einfachem, mittlerem, gehobe-

nem und höherem Dienst verringert.

Vergleicht man die Jahresgesamteinkommen (Grundgehalt mit Harmonisierungszulage, Ortszuschlag der Klasse S für Verheiratete ohne Kinder, Sonderzuwendung, vermögenswirksame Leistung, Urlaubsgeld und besondere Zahlungen) in den verschiedenen Dienstkategorien für das Jahr 1970 und 1980, so ergibt sich: Es verhalten sich Endstufe A1 (einfacher Dienst) zu Endstufe A5 (mittlerer Dienst) zu Endstufe A9 (gehobener Dienst) zu Endstufe A13 (höherer Dienst) 1970 wie 100 : 124 : 175 : 275, während sie sich 1980 verhalten wie 100 : 119 : 163 : 246. In Geldbeträgen ausgedrückt heißt das für 1980: A1 = 23 343,70 DM, A5 = 27 716,60 DM, A9 = 37 990,01 DM, A13 = 57 504,91 DM.

Diese „Nivellierung“ sei ein Angriff auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, denn diese hergebrachten Grundsätze verlangen nach einer deutlich hierarchisch gegliederten Besoldungsstruktur. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: „... die Dienstbezüge sowie die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sind so zu bemessen, daß sie einen je nach Dienstrang, Bedeutung und Verantwortung des Amtes und entsprechender Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse angemessenen Lebensunterhalt gewähren und als Voraussetzung dafür genügen, daß sich der Beamte ganz dem öffentlichen Dienst als Lebensberuf widmen und in wirtschaftlicher Unabhängigkeit zur Erfüllung der dem Berufsbeamtentum vom Grundgesetz zugewiesenen Aufgabe, im politischen Kräftespiel eine stabile, gesetzestreue Verwaltung zu sichern, beitragen kann

(BVerfGE 39, 196 (201)). Dem Gefüge der Ämter innerhalb der Staatsorganisation entspricht deshalb eine Stufung der Bezüge innerhalb der Besoldungsordnung.“ (1)

Der hergebrachte Grundsatz des Berufsbeamtentums, daß sich die Bezüge nach „Dienstrang, Bedeutung und Verantwortung des Amtes“ zu richten haben, widerspricht der gewerkschaftlichen Zielsetzung, angesichts der Wirkung der Preissteigerungen gerade auf die unteren Einkommensgruppen und angesichts des übermäßigen Verschleißes der Arbeitskraft auch gerade in diesen Einkommensgruppen, in den Tarifaufeinanderstellungen eine besondere Anhebung der unteren Einkommensgruppen zu erzielen.

Noch bevor die Besoldungsanpassung für das Jahr 1982 durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet ist, noch lange bevor die Tarifverträge für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst abgeschlossen sind, hat die Bundesregierung bereits die Besoldungsanpassung für 1983 beschlossen. Der vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf sieht vor, die Anpassung bis zum 1. Juli 1983 hinauszuschieben, um die verbeamteten Lohnabhängigen dann mit 2% Erhöhung abzuspeisen. Gestützt auf den Tatbestand, daß den Beamten die Tarifautonomie und das Streikrecht durch das Grundgesetz entzogen sind, soll eine Lohnsenkungsmarke gesetzt werden. Mehr noch. Mit der Absicht, die Tarifverträge für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst der Besoldungserhöhung anzupassen, verfolgt die Bundesregierung langfristig das Ziel, mit der Besoldungsstruktur

auf die Struktur der Löhne und Gehälter zu wirken. Der minimale Erfolg, der in den letzten zehn Jahren bezüglich der besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen erzielt wurde, soll zerstört werden. Für den gesamten öffentlichen Dienst soll der Grundsatz durchgesetzt werden, daß sich Löhne, Gehälter und Bezüge nicht nach dem Verschleiß der Arbeitskraft und den tatsächlichen Reproduktionskosten zu richten haben, sondern nach „Dienst-rang, Bedeutung und Verantwortung des Amtes“.

Ist der Verfassungsgrundsatz bezüglich der Einkommensstruktur der im öffentlichen Dienst Beschäftigten durchgesetzt, so ist der Weg für weiteres frei. In der oben erwähnten Bundesverfassungsgerichtsentscheidung hat dieses Gericht der Regierung bereits das Stichwort geliefert: „3. Eine ganze Reihe von Regelungen im Beamtenrecht genießen, da es insoweit keinen zu beachtenden hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums gibt, keineswegs den Schutz des Art. 33 Abs. 5 GG. Sie können, ohne daß diese Vorschrift berührt wird, jederzeit

geändert werden. Das gilt z.B. für das sog. 13 Monatsgehalt, für Leistungszulagen, für Urlaubsgeld, für Vergütungen für Überstunden, für Arbeitszeitverkürzungen, für Zuschüsse zu Essenskosten, für Beihilfen, für die Gestattung von Nebentätigkeiten“ (2). Die Halbierung des 13. Monatsgehalts und des Urlaubsgeldes für Beamte, ein Vorschlag, den der baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Späth als persönliche Überlegung getarnt ins Gespräch brachte, hat in Wirklichkeit das Gewicht einer Verfassungsgerichtsentscheidung. Was die Vergütung für Überstunden anbelangt, hat der Bundesrat am 29. Oktober einen Gesetzesentwurf unterstützt, nach dem Beamten künftig nur noch die Überstunden vergütet oder durch Freizeit ausgeglichen werden sollen, die über einen unentgeltlichen Sockel von fünf Stunden pro Monat hinausgehen. Bezüglich der Beihilfen, die Beamte anstelle des Arbeitgeberanteils für die Krankenversicherung im Falle der Krankheit, der Geburt oder eines Todesfalles erhalten, wurde bereits in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: „In diesem Zusammenhang ist eine sozial gestaffelte Ei-

genbeteiligung der Beamten an Beihilfen nach dem Beispiel mehrerer Bundesländer ins Auge zu fassen.“ (3) Ist aber erst einmal eine Eigenbeteiligung der Beamten an den Krankheitskosten durchgesetzt, ist es dann nicht ein Gebot der patriotischen Solidargemeinschaft, daß auch die übrigen Lohnabhängigen eine Eigenbeteiligung zahlen?

Einen Vorwurf kann man der neuen Bundesregierung jedenfalls nicht machen, daß sie nicht versuchen würde, die Differenzen zwischen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Verfassungswirklichkeit zu überwinden! So auch in einem weiteren Punkt. In der bereits zitierten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30.3.1977 wird noch auf folgendes hingewiesen: „1. Die Zahl der Beamten ist u.a. deshalb so groß geworden und der Personalkostenanteil in den öffentlichen Haushalten so hoch und unelastisch, weil Beamte nicht nur dort, wo sie nach Art. 33 Abs. 4 GG verwendet werden müssen – bei der Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständiger Aufgabe – verwendet werden, sondern auch in zahlreichen Positionen, die von Ange-

DGB-Demonstrationen: die Reaktion schäumt

Als „eine Belastung des politischen und sozialen Klimas“ kommentierte der BDA die „eingeleitete Welle von gewerkschaftlichen Kundgebungen gegen notwendige Maßnahmen zur Konsolidierung des Staats- und Sozialhaushaltes“, noch bevor die ersten Demonstrationen überhaupt beendet waren. Verschiedene Mitglieder der Bundesregierung, der Bundesminister für Arbeit und Soziales Blüm, der Minister für Jugend, Familie und Gesundheit Geißler und Bundesfinanzminister Stoltenberg reagierten nach den ersten Demonstrationen des DGB mit schroffen Mitteilungen, sie würden sich nicht beteiligen lassen in der Durchsetzung ihrer Absichten.

Nach der bislang größten Demonstration des DGB am 30.10. in Stuttgart schäumt die „Welt“: „Wenn die neue ÖTV-Vorsitzende Wulff-Mathies der Bundesregierung vorwirft, sie versuche den Sozialstaat aus den Angeln zu heben, oder wenn Franz Steinkühler (IG Metall) vom ‚Abmarsch in den Unternehmerstaat‘, von ‚sozialer Enteignung‘ oder gar von ‚Wiedereinführung des Faustrechts‘ spricht, so werden Grenzen der Fairneß überschritten, wird die soziale Friedensfähigkeit berührt.“



Am 30.11. demonstrierten in Stuttgart (Bild) 150000 und in Hannover 30000.



Am 23.11. beteiligten sich an den Demonstrationen in Nürnberg (Bild) über 50000, in Frankfurt ca. 30000 und 120000 in Dortmund.

stellten wahrgenommen werden könnten.“ (4) Tätigkeiten, die von Angestellten wahrgenommen werden können, bedürfen aber nicht des öffentlichen Dienstes, sondern können auch unter privater Regie stattfinden. Privatisierung ist deshalb ein weiterer Schlachtruf der CDU/CSU/FDP-Regierung, wobei sie das niedrigere Lohnniveau in den entsprechenden Privatunternehmen genauso im Auge hat wie den Tendenzschutz der Kirchen, die sich sicherlich einen Großteil der Privatisierungsmasse sichern werden.

Die Kampfbedingungen im öffentlichen Dienst gestalten sich durchaus schwierig. Andererseits wird das Problem der Beamtenbesoldung zu einer Sache, die auch den Arbeitern und Angestellten in diesem Jahr ganz anders auf den Nägeln brennen wird als in den Vorjahren. Dadurch könnte ein ganz wichtiger Faktor, die Einheit zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten, gestärkt werden.

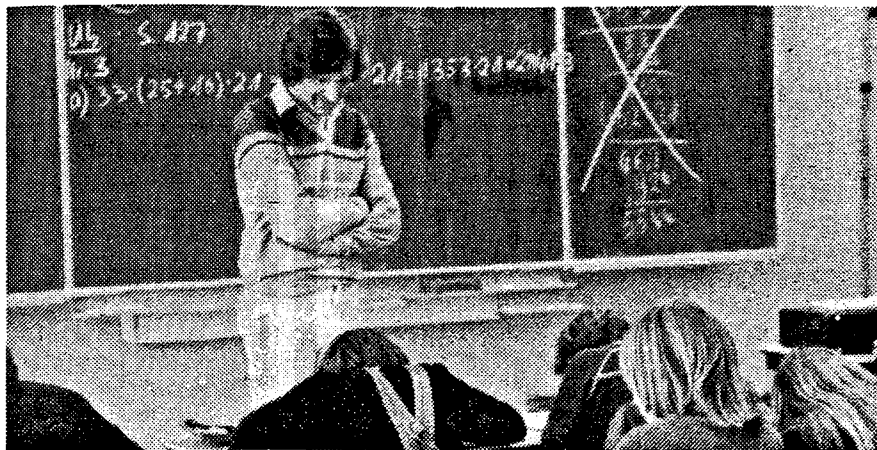
Quellenhinweise: (1) Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen Bd. 44 S. 265; (2) a.a.O. S. 263; (3) Ergebnisse der Koalitionsgespräche, S. 5; (4) BVerfGE Bd. 44 S. 262; Zeitschrift für Beamtenrecht, div. Ausgaben; Recht der Arbeit Nr. 4/82.

Allein der Umstand, daß bis zum Redaktionsschluß dieser Zeitung ca. 350 000 Arbeiter und Angestellte in der BRD dem Aufruf des DGB folgten, reicht Kapitalisten und Presse aus, über die Grenzen dessen zu sinnieren, was sie für zulässig erachten in den nächsten Monaten.

Angesichts der wirklich gemäßigten Kritik der Regierungspläne und Kapitalistenvorstöße durch die Kundgebungsvorstände des DGB – auf keiner der bisher durchgeführten Kundgebungen ist etwa gesagt worden, was der DGB denn nun konkret unternehmen will gegen den unerträglichen Zustand, daß die Besoldungserhöhungen für die Beamten für 1982 noch immer nicht beschlossen sind und 1983 auf höchstens 2% festgelegt werden sollen –, angesichts der zwar großen, aber nicht schroff gegen die Kapitalisten gerichteten Demonstrationen über die Grenzen der „sozialen Friedensfähigkeit“ zu sinnieren – wie anders als eine ernstgemeinte Drohung gegen gewerkschaftliche Rechte soll die Gewerkschaftsbewegung dies auffassen?

BDA-Präsident Esser jedenfalls wünscht die Gewerkschaften laut „Handelsblatt“ in die Pflicht genommen, „konstruktiv und sachlich an der Lösung unserer Finanz- und Sozialprobleme mitzuwirken“.

Quellenhinweise: Handelsblatt v. 25.10., 1./2.11.; FAZ v. 25.10., 1.11.; Die Welt v. 1.11.; Bild v. 23.10. – 1.11.82



Baden-Württemberg will von den Lehrern drei unbezahlte Überstunden monatlich verlangen.

Kultusminister beabsichtigen drastische Senkung der Lehrereinkommen

Auf ihrer für Anfang 1983 vorgesehenen Konferenz wollen die Kultusminister der Länder einheitliche Maßnahmen zur Änderung von beamten- und besoldungsrechtlichen Vorschriften für Lehrer festlegen. Bereits Anfang dieses Jahres hatte der damalige niedersächsische Kultusminister Remmers als Richtlinie ausgegeben: „Ich halte eine Anpassung des Besoldungssystems an den gesunkenen Marktwert akademischer Bildung für unumgänglich.“ Nachdem der Arbeitsmarkt für Lehrpersonal systematisch überfüllt worden war, wollen die Kultusminister jetzt eine Senkung der Lehrergehälter durchsetzen und bestehende gewerkschaftliche Rechte beseitigen. Nach Angaben der GEW sind derzeit etwa 50 000 Lehrer in der BRD ohne Anstellung oder arbeiten kurz; die um etwa ein Viertel bis ein Drittel niedrigeren Einkommen der Privatschullehrer geben ungefähr die Marke an, wohin die Kultusminister die Einkommen der beamteten Lehrer drücken möchten.

Die Kultus- und Finanzminister nutzen dazu die Besonderheiten im Altersaufbau der Lehrerschaft aus. Da die Zahl der Lehrer Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre stark erhöht wurde, sind verhältnismäßig viele Lehrer jung. Auch wenn jetzt auf allen Stufen, angefangen vom Referendar bis zum Oberstudienrat, das jeweilige Einkommen gesenkt wird, hat ein junger Lehrer doch die Aussicht, durch Beförderung und zunehmendes Dienstalter sein individuelles Gehalt zu halten.

Ohne auf entschiedenen Widerstand der GEW zu stoßen, konnte der nordrhein-westfälische Kultusminister Girgensohn den Vorschlag machen, die jährlichen Gehaltserhöhun-

gen der Lehrer bis 1990 um 1% zu kürzen. Außerdem will er die Unterrichtszeit um eine Stunde pro Woche senken bei Kürzung des Gehalts um 4 bis 5%. Nachdem bereits zum 1.5. die Referendarsbezüge um bis zu 15% gekürzt wurden, haben jetzt Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine Neubewertung der Eingangsämter und eine Rückstufung der nachfolgenden Beförderungsmänter verlangt. Die Ministerpräsidentenkonferenz läßt derzeit eine Vorlage ausarbeiten. Danach soll im gehobenen Dienst A 10 und im höheren Dienst A 12 zum Eingangsamt werden. In Niedersachsen wurden Pläne bekannt, nach denen Lehrer mit gekürztem Ruhegehalt bereits mit 58 Jahren pensioniert werden. In einigen Ländern werden Beamtenrechtsänderungen zur Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung geprüft.

Die Absichten der Kultusminister gehen über eine Senkung der Lehrergehälter hinaus. Girgensohn erklärte offen: „Alle Maßnahmen ... müssen daraufhin überprüft werden, inwieweit sie auf den gesamten öffentlichen Dienst und darüber hinaus auf andere Beschäftigungsbereiche übertragen werden können.“ Er hat auch die Einführung einer gesonderten Lehrbesoldung ins Gespräch gebracht. Eine solche L-Besoldung, ebenso wie die von Baden-Württemberg vorgeschlagene Zuständigkeit der Landesparlamente für die Besoldung der Landesbeamten (das sind vor allem Lehrer), wären weitere Schritte, um über die Senkung der Lehrereinkommen die Beamtengehälter und die Tarifeinkommen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst anzugreifen.

Quellenhinweise: BWK, Nachrichten Heft 05, 34-42/82; Hessische Lehrzeitung, 6-7/82

Türkei: Weitere Terrorprozesse

Parallel zum Inkrafttreten der neuen Verfassung finden in der Türkei Massenprozesse statt, die auf die psychische und physische Vernichtung der politischen Opposition zielen. Juntachef Evren erklärte 1981 die Lage im Fernsehen so: „Wenn wir uns verspätet hätten, dann hätten sie den Staat übernommen. Vielleicht würden sie dann diese Rede halten.“ Gemeint war damit u.a. die Organisation Devrimci Yol, die Militärjunta hatte gerade in Fatsa bei verschiedenen Operationen 850 Leute festgenommen. Am 18.10. 1982 hat jetzt in Ankara vor dem Kriegsgericht Nr. 1 der Prozeß gegen 574 Anhänger der Befreiungsorganisation begonnen. Die meisten Angeklagten wurden schon zwischen November 1980 und Februar 1981 festgenommen, ein früherer Prozeßbeginn war nicht mög-

lich, weil sich kein Richter für diesen Prozeß, bei dem auch die zentrale Leitung der Organisation angeklagt ist, finden wollte. Es ist an der Tagesordnung, daß Richter, die die Prozesse nicht im Interesse der Junta führen, von der Staatsanwaltschaft ihres Amtes enthoben und aus dem Dienst entfernt werden. Gleichzeitig führt die Militärjunta in Artvin einen Prozeß gegen 857 Anhänger von Devrimci Yol durch, in Yeni-Celtek gegen 766 Bergarbeiter, in Fatsa gegen 691. Gegen die Kurdische Arbeiterpartei ist in Adana der Prozeß gegen 607 Angeklagte eröffnet worden. Und das sind nur einige der Massenprozesse, die gegen die gesamte linke Opposition gegenwärtig durchgeführt werden. Rechtsanwalt Ludwig Müller aus Frankfurt, der im April '82 als Prozeßbeobachter in Prozes-

sen u.a. gegen DISK, Devrimci Yol und Devrimci Sol teilgenommen hat und darüber einen Bericht angefertigt hat (erhältlich bei Türkei-Informationen, Köln, Ebertplatz 12), schreibt, daß ihm aus zuverlässiger Quelle die Äußerung eines engen Mitarbeiters der Militärjunta mitgeteilt wurde: z.Zt. seien erst 10% der Personen festgenommen, die man habe festnehmen wollen. 1982 werden 83 Gefängnisse in der Türkei gebaut. Alle politischen Gefangenen werden gefoltert. Die gebräuchlichsten Methoden sind: Strom, an den Armen aufhängen, Bastonade und Schlägen mit Sandsäcken. Beschimpfungen und Prügel sind an der Tagesordnung, auch im Gerichtssaal. Die Prozesse werden absichtlich hinausgezögert, um die Gefangenen entweder dann verurteilt fertigzumachen, oder sie ruiniert aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

Weitere Vorbereitungen für Kriegsgerichte

Wer erinnert sich noch? Anfang des Jahres mußte Justizminister Schmude (SPD) nach Presseveröffentlichungen zugeben, daß die Bundesregierung seit Jahren an der Vorbereitung von Kriegsgerichten für den „Ernstfall“ tätig ist. Alles sei schon vorbereitet: Seit 1962 fänden die Seminare zur „Ausbildung“ der künftigen Kriegsrichter statt, erst unter anderen Haushaltstiteln verborgen, seit 1970 jedoch mit einem offiziellen Titel des Bundesjustizministers finanziert. Allein im Haushalt 1982 waren 285000 DM für diese „Seminare“ bereitgestellt. Drei Gesetzentwürfe für diese Kriegsgerichte lägen schon in der Schublade, 39 Wehrstrafgerichte seien vorgesehen, von acht Oberwehrgerichten beaufsichtigt. Die Richter würden Obristen gleichgestellt, die Oberwehrgerichtspräsidenten Brigadegenerale. Obwohl also unter sozialdemokratischen Justizministern erstmals offiziell praktiziert, tat Schmude bestürzt und verkündete, er habe alle Ausgaben stoppen lassen. Inzwischen ist sicher, daß dem nie so war. Das niedersächsische Justizministerium hat, so teilt die Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger jetzt mit, diesen Strafverteidigern mitgeteilt,

bei der Auswahl der Teilnehmer solcher „Seminare“ bestehe auch künftig kein Mitbestimmungsrecht der Personalräte: „Diese Informationsstagen für zukünftiges Personal der Wehrgerichtsbarkeit sind keine allgemeinen Fortbildungsveranstaltungen, sondern gezielte Einweisungen des Personals in ein zukünftiges Spezialarbeitsgebiet“. Und das Bundesjustizministerium teilt jedem auf Anfrage mit, daß der angeblich von Schmude verhängte Ausgabenstopp nie einer war. Schmude habe sich lediglich vorbehalten, von Fall zu Fall zu entscheiden. Also sieht auch der neue Justizminister keinen Grund, die Vorbereitungen zu beenden. Ebenso wenig sei daran gedacht, die Schubladengesetze für die künftigen Kriegsgerichte, wie von verschiedener Seite gefordert, zu veröffentlichen.

„Deutschen Stahlunternehmen angemessen“

Die CDU/CSU-Fraktion war begeistert: Die Regierung Kohl hat ihre erste große nationale Tat vollbracht: Die „endlich harte und eindeutige Verhandlungsposition“ hat jetzt „angemessene Quoten für die deutschen Stahlunternehmen am künftigen US-Markt durchgesetzt“, so der Abgeordnete Lammert im Bundes-

tag. Der „deutschen Größe“ angemessen liefern die BRD-Konzerne künftig bei Schienen z.B. 61,26% der EG-Importe in die USA, bei Weißblech 54,28%, bei überzogenen Blechen 56,89%, bei kaltgewalzten Blechen 43,29%, bei rostfreien Stahlblechen, Bandstahl und Grobblechen 37,20%. Eine Erweiterung auf andere als die elf festgesetzten Produkte kann nur einstimmig im EG-Ministerrat beschlossen werden. Ins Protokoll der Abmachung zwischen EG und USA hat die Bundesregierung diktiert, daß die Stahlindustrie der BRD beim Export von Stahlröhren keinerlei Begrenzung anerkennt. Die Schlagkraft der westdeutschen Stahlkonzerne wurde durch dieses Abkommen gestärkt, entsprechend der Tonfall: Im Bundestag forderte der CDU-Redner, „das unzumutbare Stahltheater der letzten Jahre durch klare Bedingungen und eindeutige Regelungen zu beenden“. Lamsdorf verlangt Abbau von Kapazitäten bei den Konkurrenten. Einen Weg dahin erprobt derzeit die westdeutsche Korf-Gruppe. Ihre US-Tochtergesellschaft Georgetown Steel Corp. hat als einzige US-Firma nach Abschluß des EG-Abkommens ihre „Anti-Dumping“-Klage gegen französische Walzdraht-einführen in die USA nicht zurückgezogen.

Bundespräsident Karl Carstens hat es sich nicht nehmen lassen, dem Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz am 19.10. persönlich seinen Dank zu seinem 100-jährigen „Einsatz für die Mitmenschen“ auszusprechen, besonders für dessen „Hilfstätigkeiten in Ländern, die von Kriegen und Katastrophen heimgesucht werden“. Worin bestand diese „Hilfstätigkeit“? Zu einem nicht geringen Teil darin, die medizinische Versorgung deutscher Militärs zu übernehmen beziehungsweise als deren Vorauskommando tätig zu sein. 1897: Versorgung der türkischen Armee im griechisch-türkischen Krieg. 1902: Begleitung des deutschen Strafexpeditions-korps nach China. Ihre Rolle in der Vorbereitung und Führung des 1. Weltkrieges sieht die Oberinnenvereinigung des DRK so: „Bis zum ersten Weltkrieg spielte auch die besondere Aufgabe der Vorbereitung für den Heeressanitätsdienst eine große Rolle, sowohl in personeller Hinsicht als auch in bezug auf die Beschaffung der zweckmäßigen Ausrüstung“. In Vorbereitung des 2. Weltkrieges wurde die Schwesternschaft des DRK von den Faschisten in das „Amt für Schwesternschaften“ umgebildet. Unter der Leitung von „Feldoberinnen“ stießen die DRK-Schwestern mit der faschistischen Armee bis Stalingrad vor. Vollkommen zu Recht wurden sie von der Roten Armee als Kriegsgefangene behandelt. Auf Grund seiner Verdienste für die nationalsozialistischen Invasionsarmeen war das DRK nach deren Kapitulation in der sowjetischen und französischen Besatzungszone und in Berlin verboten. Gleich nach der 1950 erfolgten Neugründung war das DRK bei allen „internationalen Konflikten maßgeblich tätig“: 1953 – 1959 in Korea, 1955 in Algerien, 1960 – 62 im Kongo, 1969 in Biafra/Nigeria, 1966 – 72 in Südvietnam, bei jedem imperialistischen Putsch, Komplott und Krieg. Ganz besonders gedachte der Bundespräsident „der Schwestern, die zur Zeit auf dem Hilfsschiff „Flora“ libanesische Verwundete und Kriegsverletzte pflegen“, und sprach den Wunsch aus: „Möge ihr Verband die Erfahrungen des ersten Jahrhunderts seines Bestehens für eine erfolgreiche Arbeit im zweiten Jahrhundert nutzen.“

Lohnbewegung

Blüm will ideologische Grundlage für Polizeieinsatz schaffen

Was man so die Tarifparteien nennt, richtet sich zur Lohnfrage im zwielichtigen Bereich des Andeutungsweisen ein. Nichts Genaues hört man nicht. Mit einer Ausnahme: Für die öffentlichen Dienste und da wiederum für die Beamten sprudeln die konkreten Entlohnungskürzungsvorschläge nur so aus den Landes-, Stadt- und Bundesvätern heraus. Der jüngste Vorstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth gegen das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld treibt das Kürzungsvolumen in Richtung der 10%-Verlustmarke vor. Das würden die Sprecher der Kapitalistenverbände gegenwärtig nicht zu vertreten wagen. Die Staatsmacht läßt sich als Vorreiter

schäftigung befindlichen Lohnabhängigen nicht mobilisierbar. Gegen die Friedenbewegung vermochten CDU und CSU einige zehntausend Narren in „Frieden-durch-Waffen-Kundgebungen“ aufzufahren. Arbeitslosendemonstrationen für Lohnsenkung bleiben gegenwärtig ein Wunschtraum. Die Gewerkschaftsbewegung hält dem Marktdruck stand. Sie bleibt streikfähig. Für die Kapitalisten bleibt das Streikrisiko erheblich. Wenn die Gewerkschaftsbewegung dem Arbeitsmarktdruck standhält, wird staatlicher, gerichtlicher, polizeilicher Druck vielleicht marktgerechtes Verhalten erzwingen und der gefährdeten Marktfreiheit eine Gasse bahnen. Deswegen



DGB-Demonstration in Dortmund am 23.11.

allgemeiner Lohnsenkungen brauchen, weil sie den Tarifstreit mit den Beamten von vorneherein unter Einschaltung staatlicher Gewaltmittel führen kann. Die Staatsmacht kann gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen von Beamten mit schweren Strafen belegen.

Streng marktwirtschaftlich sollten die Kapitalisten gegenwärtig auf der langen Seite des Lohnhebels sitzen. Das Überangebot an Arbeitskräften ist groß. Der Preis für die Ware Arbeitskraft müßte – marktgerechtes Verhalten aller „Marktpartner“ vorausgesetzt – fallen, fallen, stürzen. Aber zeigt die Arbeiterbewegung in der BRD und Westberlin marktgerechtes Verhalten? Nein, die Arbeitslosen sind nicht bereit, sich ausbieten zu lassen wie verdorbene Ware. Sie sind – und das ist ein wichtiges Merkmal der politischen Situation – bis jetzt gegen gewerkschaftliche Kämpfe der in Be-

ginnt die Lohnsenkungskampagne bei den Beamten, wo der verfassungsrechtlich völlig einwandfreie Einsatz des gesamten staatlichen Unterdrückungsapparates möglich ist.

Für den apparatellen Bereich fehlen genau passende Gesetze. Die Kapitalisten würden Polizei am ehesten rufen können, um Streikbrechern zu helfen. Werden diese in ausreichender Zahl da sein und wenn: ist's dann nicht schon ein bißchen spät, das Kind im Brunnen? Besser schickt man Blüm aus, um die Gewerkschaften in Vorwegabsprachen einzubinden, so daß die Lohnbewegung dann außerhalb der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen kämpfen müßte und dann allerdings auf vielfältige Weise mit Gerichten, Polizei, Strafen aller Art zu rechnen und außerdem keinen Zugang zur Streikkasse hätte. Zu diesem Ziel genehmigt man der Kreatur auch freund-

liche Bemerkungen zur Forderung nach Arbeitszeitverkürzung; selbstverständlich bloß im Zusammenhang mit Lohnkürzungsvorhaben.

Die Absicht der Kapitalisten, rückgeschlossen aus den Aufführungen der Unionsregierung, ist erkennbar. Sie wollen die Gewerkschaftsbewegung so in die Konfrontation treiben, daß sie den Staatsapparat nicht nur prinzipiell wie immer auf ihrer Seite haben, sondern auch ohne große Schwierigkeiten Polizei einsetzen bzw. mit deren Einsatz drohen können. Das ist auch ohne gesetzliche Änderungen bei den Beamten ganz leicht (man erinnere sich, wie die Fluglotsen fertig gemacht wurden, die dies nicht bedacht hatten). Für die Industrie verlangt diese Absicht aber, die Vorstände der Gewerkschaften vorweg zu binden, so daß die Belegschaften in die Lage kämen, entweder zu passen oder aber „wild“, und das heißt rechtlich und polizeilich leicht angreifbar und ungeschützt durch die Kraft der Organisation, streiken zu müssen.

Wie lange werden die Gewerkschaftsvorstände Blüms Lockrufen an den „großen runden Tisch“ widerstehen? – Nicht sehr lange. Man ist ja staatstragend, gemeinwohlbewußt und außerdem: halten nicht auch viele ganz gewöhnliche Arbeiter den Staat für eine unparteiische Schlichtungseinrichtung zum Ziel des Gemeinwohls? Blüm ist Theologe. Vielleicht predigt er den Kapitalisten Nächstenliebe? Macht er glatt. Nein, wenn Blüm nicht schnell mit Lohnforderungen konfrontiert wird, können die Kapitalisten vorsichtig bleiben und Blüms Partnerschaftsgerede wird als Schützenhilfe für die Kapitalisten in einem konkreten Kampf gar nicht so leicht erkennbar sein. Handgreiflich muß erst noch werden, wie gemein ist, was sich Regierung und Kapitalisten unter dem Stichwort „Wohl des deutschen Volkes“ ausdenken.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Bildzeitung 3.11. 1982, div. Tageszeitungen

CDU – Ausländerkongreß Staatsräson vor Nächstenliebe

Am 20./21. Oktober organisierte die CDU eine wissenschaftliche Fachtagung unter dem Motto: „Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft.“ Neben CDU-Politikern nahmen auch Vertreter vieler kirchlicher Organisationen, der Wohlfahrtsverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Gewerkschaften und einer Reihe von Botschaften teil. Für die CDU ging es mit dieser Tagung um zwei Ziele: einmal sollte sie die

Grundlage bilden für die neuen Maßnahmen der Ausländergesetzgebung, die im nächsten Frühjahr beschlossen werden sollen. Zum zweiten ging es für die CDU auch darum, die wachsende Kritik, die aus christlichen Kreisen an der Bonner Ausländerpolitik geübt wird, abzuwehren.

Mit seinem Beitrag „Ausländerpolitik im Widerstreit von christlicher Toleranz und Staatsräson“ ging der Generalsekretär des Deutschen Rotes Kreuzes Dr. Jürgen Schilling direkt auf dieses Problem der CDU los.

Nach längeren Ausführungen über die „türkische Gefahr“ und das Bestreben der „Imame, die Bundesrepublik zu islamisieren“ faßt er zusammen: „Wenn historische und aktuelle Erfahrungen noch etwas gelten, erweist sich somit das Modell vom multikulturellen Zusammenleben als eine Irrlehre, die, falls sie praktisch angewandt wird, geeignet ist, das Gesellschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland schon mittelfristig zu sprengen.“

Daraus leitet er ab, daß eigentlich Maßnahmen wie allgemeine Zwangsausweisung nötig seien. Dem jedoch stehe die christliche Forderung nach

Toleranz entgegen. „Nun kann sich freilich die praktische Politik weder durch ein moralisches Dilemma leiten lassen noch dem Gebot der Nächstenliebe Hohn sprechen. Sie muß versuchen, die Antinomie durch einen Kompromiß dialektisch aufzuheben.“ Der Kompromiß, den Schilling anbietet, ist die „soziale und humanitär abgesicherte“ Ausweisungspolitik.

Zwar müsse auch eine solche Ausweisungspolitik „sich über den Willen zum Bleiben entschlossener Ausländer hinwegsetzen, verstieße also eklatant gegen das Toleranzgebot, wie es die Kirchen deuten“. Aber: „Umgekehrt würde ein Schleifenlassen der heutigen Lage den Verstoß gegen die Staatsräson nur verschieben.“ Und die Staatsräson steht nun einmal über jedem christlichen Toleranzgebot.

Zudem würden so auch folgende Generationen von dem Sündenfall bewahrt: „Können wir unserem Land einen größeren Dienst erweisen, als die eigene Nachkommenschaft vor Schuld zu bewahren, die Sünde der Intoleranz auf uns zu nehmen?“

Quellenhinweis: Dokumente der wissenschaftlichen Fachtagung der CDU „Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft“, Hrsg. CDU-Pressestelle, Bonn

rere reaktionäre Gesetzesvorlagen nicht durchbringen. Gesetzesvorlagen für das erneute Verbot der Abtreibung, staatlich verordnete Schulgebühren, Ausweitung der Todesstrafe, Steuererrückzahlungen für Schulgelder an Privatschulen scheiterten alle in den letzten Wochen endgültig im Kongreß.

Wie kommt es, daß die Reaktion nicht ungehindert weiter voranmarschieren kann und sich in der öffentlichen Meinung ein Umschwung zu bilden beginnt? Noch vor zwei Jahren war Reagan, getragen von einer Welle chauvinistischer Begeisterung, mit der Parole angetreten: „Amerika muß wieder an die Arbeit gebracht werden“, die bürgerliche Wohlanständigkeit müsse wieder aufgerichtet werden. Die Erneuerung Amerikas sei das Ziel, der Weg dazu die Befreiung der Initiative und der Kraft des Einzelnen, insbesondere die Befreiung der Marktwirtschaft. Familie, Glaube, Ordnung, ihre Sicherung garantiere, daß Amerika wieder nach vorn käme.

Jetzt finden auf einmal die Skandale um die Reagan-Regierung weite Publizität. Monatelange Untersuchungen über die Verbindungen des Arbeitsministers Donovan mit der Mafia wurden Ende September wegen „Mangel an Beweisen“ beendet. (s. Pol. Ber. Nr. 22/82) Die Familie des Kaufhauskonzernchefs Bloomingdale, der Reagan bei der Bildung seiner Regierungsmannschaft beriet und danach dem „Ausschuß für ausländische Nachrichtendienste“ angehörte, wird jetzt nach seinem Tod von seiner jahrelangen Geliebten auf 5 Mio. Dollar Unterstützung verklagt. Die Frau Bloomingdales, eine der engsten Freundinnen Nancy Reagans, wies die Forderung zurück: Die Geliebte sei für sexuelle Dienste bezahlt worden und damit hätte sich's.

Von mehreren Spitzeln des CIA flog auf, daß sie auf eigene Rechnung ihre

USA

Die Reaktion kommt nicht ungehindert voran – Widerstand gegen Reagan-Kurs

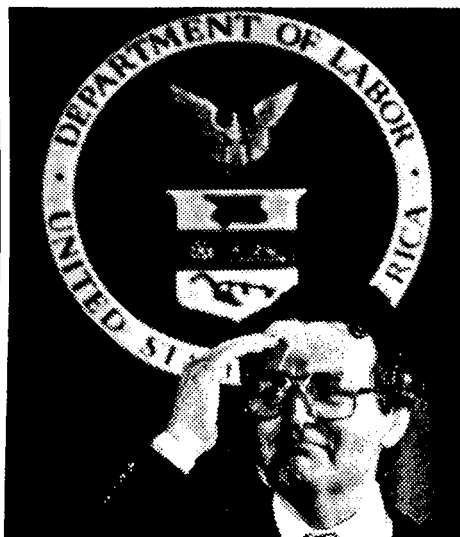
Seit dem Auslaufen ihres alten Tarifvertrages am 1. Oktober streiken die 37000 Mitglieder der Automobilarbeitergewerkschaft UAW bei dem Baumaschinenkonzern Caterpillar. Die Kapitalisten hatten unter Verweis auf die hohen Verluste ihres Konzerns jede Tarifierhöhung abgelehnt und die Streichung von elf bezahlten freien Tagen gefordert. Die Caterpillar-Arbeiter aber verlangten die Erhöhung der Löhne für die nächsten drei Jahre. Die Kapitalisten erklärten, die Forderungen der Gewerkschaft würden die Lohnkosten um 28% in den nächsten drei Jahren steigern. Der Streik dauert noch an.

Ebenso wie bei Caterpillar lehnten die Chrysler-Arbeiter weitere Lohnzugeständnisse an die Kapitalisten ab und stimmten mit 70 zu 30% gegen einen Tarifvertrag, den die UAW-Führung bereits mit den Kapitalisten ausgehandelt hatte und der keine Lohnerhöhungen vorsah. In einer weiteren Abstimmung sprachen sich die UAW-Mitglieder bei Chrysler zwar gegen einen sofortigen Streik aus, bekräftigten aber ihre Forderung nach sofortiger Tariflohnerhöhung. Die UAW wird spätestens im Januar mit dieser Forderung erneute Verhandlungen führen.

Das „Beispiel Chrysler“, von den Kapitalisten jahrelang als Vorbild für

die neue „Gemeinschaft“ von Lohnabhängigen und Kapitalisten zum Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft und als Vorwand für Lohnsenkungen in anderen Betrieben und Branchen gelobt, ist damit dahin.

Aber der Widerstand der US-Lohnabhängigen wächst nicht nur im Kampf gegen die ständigen Lohnsenkungen. Die „Neue Rechte“, Reagans Fußtruppe im Parlament, konnte meh-



Arbeitsminister Donovan beseitigte Arbeitsschutzgesetze. Rechts: Untersuchung eines durch Asbest erkrankten Arbeiters



Erpressungsgeschäfte betreiben. Das bisher unverschämteste Beispiel des von Reagan geförderten Kurses des freien Unternehmertums: Der größte Asbestkonzern der Welt Manville beantragte vor kurzem auf der Grundlage des US-Konkursgesetzes Vergleich, um an Zehntausende durch Asbest erkrankte Arbeiter keine Entschädigungen zahlen zu müssen.

Die Erfahrungen der Massen mit der moralischen Verkommenheit der Regierung, mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen des Reagan-Kurses, der schamlosen Bereicherung der Reichen bei Knebelung und Verelendung der Massen, das sind die Grundlagen für den politischen Umschwung.

Reagan hatte zu Beginn seiner Regierung prophezeit, Amerika wieder an die Arbeit zu bringen. Das ist auch tatsächlich der Fall. Wahr ist, daß die Zahl der Arbeitslosen auf über 10% gestiegen ist. Die bürgerliche Presse unterschlägt aber mit Bedacht, daß Reagan Arbeit „geschaffen“ hat, und zwar von der übelsten Sorte zu den niedrigsten Löhnen. Die Kapitalisten legten das Kapital, das ihnen durch Reagans Steuergeschenke zusätzlich versilbert wurde, gerade in den Bereichen an, in denen sie die niedrigsten Löhne zahlen. 1981 gründeten die Kapitalisten 600 000 neue Firmen, einen großen Teil davon in der Datenverarbeitung, Imbissketten u.a. Im Bereich der Dienstleistungen stieg die Zahl der Beschäftigten von Juli 1981 auf Juli 82 um 600 000. In derselben Zeit setzten die Kapitalisten 3 Mio. Beschäftigte auf die Straße, besonders in den tariflich gesicherten Bereichen. Die Beschäftigtenzahl sank nur um 1 Mio. Die Zahl der lohnabhängigen Erwerbstätigen aber stieg um knapp 2 Mio. Gerade infolge der Lohnsenkung drängte eine große Zahl bisher nicht Erwerbstätiger auf den Arbeitsmarkt, die sich gezwungen sehen, zu niedrigsten Löhnen zu arbeiten. Solcher Sorte von Arbeitsbeschaffung hat die Reagan-Regierung Möglichkeiten geschaffen und bereitet weitere vor. Durch Wiederzulassung der „Schweißküchen“ im Textilbereich, also Heimarbeit, durch Ausweitung der Kinderarbeit angestachelt, schreitet die Erneuerung der US-Wirtschaft voran.

Die Demokratische Partei versucht im Wahlkampf für die am 2. November stattfindenden Teilwahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat, die Bewegung gegen den Reagan-Kurs und die Kapitalisten aufzufangen und auf ihre Mühlen zu lenken. Sie greift die Arbeitslosigkeit an, propagiert den verschärften Handelskrieg, um wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Für die Behebung des Elendstandards der Massen will sie nichts tun.

Quellenhinweis: Monthly Labor Review, Sept. 1982; U.S. News and World Report, 18.10.82

Spanien Sieg der Sozialdemokratie – was kommt?

Für die bürgerlichen Kommentatoren scheinen die spanischen Parlamentswahlen wie erwartet ausgegangen zu sein, als „Sieg der parlamentarischen Demokratie.“ Die sozialdemokratische PSOE hat die absolute Mehrheit gewonnen und wird im neuen Parlament 201 der 350 Sitze einnehmen. Das ehemalige Zentrum ist endgültig auseinandergefallen und erhielt nurmehr



Die Erwartungen an die neue Regierung stehen im Widerspruch zu deren Programm.

12 von vorher 168 Sitzen. Verluste mußte auch die eurokommunistische PCE hinnehmen, sie ist jetzt nur noch mit 5 gegenüber vorher 23 Abgeordneten vertreten. Überraschender als die Mehrheit der PSOE ist dagegen der Wahlerfolg der rechtsradikalen „Volksallianz“ mit dem ehemaligen Faschistenführer Manuel Fraga an der Spitze. Die „Volksallianz“ erhielt 25% der Stimmen und damit 105 Sitze.

Der Wahlsieg der PSOE und damit der ersten linksbürgerlichen Regierung seit dem Bürgerkrieg vor ca. 50 Jahren ist Ausdruck des Wunsches der Arbeiterbewegung, der Bauern und großer Teile der Mittelschichten nach einer Abrechnung mit dem Faschismus und der klerikalen spanischen Reaktion.

Aber nicht darauf gründet sich die Förderung der PSOE durch Teile der spanischen Bourgeoisie und durch die sozialistische Internationale. Die spanische Industriebourgeoisie und die Monopolbourgeoisie der EG-Staaten und der USA erwarten von der PSOE an der Regierung vielmehr die „Modernisierung Spaniens“ und vor allem die „Modernisierung des Staatsapparates.“ Der Wunsch nach Säuberung des Staatsapparates von den Faschisten, nach Verbesserung der wirtschaftli-

chen Lage der Lohnabhängigen und der Bauern, der Minderung der Arbeitslosigkeit und der Beseitigung des Elends vor allem in den ländlichen Gebieten, der Schwächung der feudalen Oligarchie und der Kapitalisten soll umgemünzt werden in eine Regierungspolitik der „Effizienzsteigerung“ des staatlichen Gewalt-, Plünderungs- und Verwaltungsapparates, der Förderung der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Öffnung für das europäische und US-amerikanische Kapital.

Nichts anderes hat Gonzales auch direkt nach den Wahlen vertreten: kein sozialistisches, sondern die „Nachholung“ eines bürgerlichen Programmes stünde auf der Tagesordnung. Dafür, daß genau dieser Weg auch eingehalten wird, stehen den EG-Imperialisten – allen voran der BRD – und den USA die ständige Drohung mit dem Militärputsch, die Druckmittel der ökonomischen Abhängigkeit und eine reaktionäre, demagogische Opposition im Parlament zur Verfügung.

Für die spanische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besteht die schwierige Aufgabe, unter diesen Bedingungen die Tatsache einer sozialdemokratischen Regierung für ihre Politik zu nutzen, ohne zum Bestandteil eines sozialdemokratischen Sozialpaktes mit der Reaktion zu werden. Ein nächster Prüfstein der Regierung Gonzales wird die Durchführung des angekündigten Referendums gegen den NATO-Eintritt sein.

Quellenhinweis: El Pais, Neue Zürcher Zeitung, FAZ

Justizministerkonferenz Beschneidung der Rechte im Strafprozeß

Ende September 1982 berieten die Justizminister und -senatoren über „Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften auf dem Gebiet der Strafrechtspflege“. Sie billigten die Vorschläge, die sie vor einem Jahr in Auftrag gegeben hatten, und baten den Bundesjustizminister, ihr Ansinnen in die geplante Novellierung der Strafprozeßordnung einzubauen.

Durchgängiger Vorwand zur weiteren Einschränkung der Rechte von Beschuldigten und ihren Verteidigern ist, die wachsende Belastung der Strafinstanzen zu verringern und durch Prozeßbeschleunigung zu sparen. Die Justizminister nehmen dabei deutlich Abstand von der liberalen Fiktion, im Strafverfahren komme es auf einen fairen Prozeß und die Führung eines Dialogs zur Erforschung der Wahrheit an.

Das Recht des Angeklagten, sich zu äußern und zu erforschende Tatbestände ins Verfahren einzubringen,

wird abgeschnitten. Nicht nur können durch „Mißbrauchsabwehr beim Antrags-, Frage- und Erklärungsrecht“ alle diese Rechte entzogen werden, wenn der Vorsitzende der Auffassung ist, daß ihre Nutzung „in keinem sachlichen Zusammenhang zum Verfahren“ steht oder „zu einer nicht gebotenen Verzögerung der Hauptverhandlung führt“, sondern vor den Amtsgerichten, die mehr als 90% aller Strafverfahren abwickeln, soll das Recht des Angeklagten, die Führung von Beweisansträgen durchzusetzen, gestrichen werden. Die Ablehnung von Richtern muß gleich nach Mitteilung der Besetzung des Gerichts oder bei Eröffnung der Hauptverhandlung beantragt werden. Behauptet wird, der „Amtsaufklärungsgrundsatz“, d.h. die Pflicht der Verfolgungsbehörde, alle nötigen Ermittlungen anzustellen, genüge. Offen wird damit an die Rechtsgrundsätze „vor 1950 angeknüpft“, also an das Recht des nationalsozialistischen Staates.



Justizminister Engelhard (F.D.P.) soll die Vorschläge der Länderminister in Gesetzesform bringen

Gegen die Verteidiger und ihre Möglichkeiten in höheren Instanzen richten sich insbesondere drei Vorschläge. Sie sollen keine Entscheidung des Gerichts mehr herbeiführen können, wenn der Vorsitzende die Protokollierung einer Aussage oder Äußerung verweigert. Die Sprungrevision, also die Möglichkeit, auf die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht zu verzichten zugunsten der Klärung von prozeßentscheidenden Fehlern, soll entfallen. Den stärksten Druck auf die Anwaltschaft und zumal auf die ärmeren Kanzleien soll die Drohung ausüben, dem Anwalt die Kosten aufzuerlegen, nicht nur wie bisher in Fällen, wo ihm die Schuld für die Aussetzung der Verhandlung aufgehängt wird, sondern schon bei ihrer Unterbrechung.

Quellenhinweis: Beschluß der 53. Konferenz der Justizminister und -senatoren vom 28. 30. September 1982 in Hamburg zu Punkt 6 der Tagesordnung; Strafverteidigerforum Gegenreform 25. September 1982 in Köln

Haushalt 1983

Der Versicherungsschutz der Arbeitslosen wird in die Familien gepreßt

Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat den Antrag für den Haushalt 1983 verabschiedet und an den Bundestag gerichtet. Die Gesetzesänderungen liegen im Wortlaut bisher noch nicht vor, so daß noch verschiedene Überraschungen möglich sind. Die Demagogie der Unionsparteien, die Arbeitslosigkeit vorrangig zu behandeln, klärt sich auf, auch wenn verschiedene Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind. Die Behauptung des Bundeskabinetts, „die Höhe des Arbeitslosengeldes bleibt unverändert“, ist nur die halbe Wahrheit:

Die *Leistungsdauer* des Arbeitslosengeldes wird drastisch eingeschränkt. Z.B. müssen nach den neuen Vorstellungen der Bundesregierung nicht mehr 12 Monate, sondern 18 Monate Berufstätigkeit nachgewiesen werden, um über einen Zeitraum von sechs Monaten Arbeitslosengeld beziehen zu können. Die Regierung Schmidt/Genscher hatte bereits im Frühjahr dieses Jahres die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung von sechs Monaten auf 12 Monate erhöht. Innerhalb eines Jahres sind Regelungen getroffen worden, die auf jeden Fall Tausenden bereits von vornherein den Anspruch auf Arbeitslosengeld verwehren.

Die *Zahlungen des Arbeitsamtes bei Schlechtwetter- oder Kurzarbeitergeld an die Kranken- und Rentenversicherung* werden geändert. Die Bemessungsgrundlage für den zu entrichtenden Betrag, den das Arbeitsamt zahlen muß, wird sich nicht mehr wie bisher

an dem Bruttolohn bemessen, sondern am Schlechtwetter- und Kurzarbeitergeld. D.h. für Produktionsausfälle wird der Versicherte noch Jahre später eine geringere Rente verspüren. Vor allem für die Beschäftigten in der Bauindustrie ist dies ein herber Schlag.

Die *Beiträge* an die Bundesanstalt für Arbeit werden von 4,0% auf 4,6% erhöht. Auch hier kann die Regierung Kohl bereits an Änderungen der Regierung Schmidt/Genscher anknüpfen. 1981 betrug der Beitragssatz noch 3%. Ein Vergleich mit den durchschnittlichen Bruttolöhnen des 2. Halbjahres 1981 und 1982 ergibt eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung von durchschnittlich 40 DM auf 63 DM für den Versicherten.

1,9 Milliarden DM verwehrt die Bundesregierung somit der Bundesanstalt für Arbeit. Der Haushalt für das Ministerium „Arbeit und Soziales“ wird um 1,3% gesenkt und der Verteidigungshaushalt um 4,8% erhöht, bei einer Gesamterhöhung des Bundeshaushaltes um 2,9%. Den Kapitalisten werden durch Änderungen bei der Berechnung der Gewerbesteuer 1,5 Milliarden DM Steuern 1983 erlassen. 1984 werden es knapp 2 Milliarden DM sein. Nachdem die Regierung Schmidt/Genscher in den letzten Jahren den Kapitalisten Umschulung und Fortbildung von Arbeitskräften über die Bundesanstalt für Arbeit in Milliardenhöhe finanzierte und die Arbeitslosenversicherung plünderte, wird jetzt trotz steigender Arbeitslosigkeit der Haushalt „Arbeit und Soziales“ noch weiter zu-

Empfänger von Arbeitslosengeld

— Schichtung nach Entgeltgruppen — / Stand jeweils Ende Februar

Monatsentgelt in DM von ... bis ...	1980	Anzahl 1981	1982	1980	Anteil in vH 1981	1982
0 - 100	51	75	93	—	—	—
100 - 200	3 171	3 629	4 506	0,7	0,5	0,4
200 - 300	17 928	20 359	21 576	3,7	2,8	2,0
300 - 400	29 375	34 456	53 552	6,1	4,8	5,1
400 - 500	42 609	55 988	53 412	8,9	7,8	5,0
500 - 600	43 187	53 232	68 783	9,0	7,4	6,5
600 - 700	57 588	75 290	103 465	12,0	10,4	9,8
700 - 800	44 809	64 921	87 273	9,3	9,1	8,2
800 - 900	79 161	83 474	144 708	16,5	11,6	13,7
900 - 1 000	49 158	108 356	126 219	10,2	15,1	11,9
1 000 - 1 100	43 636	75 623	161 412	9,1	10,5	15,3
1 100 - 1 200	26 874	62 521	92 849	5,6	8,7	8,8
1 200 - 1 300	12 706	26 932	44 051	2,6	3,8	4,2
1 300 - 1 400	7 830	15 338	35 005	1,6	2,1	3,3
1 400 - 1 500	8 831	14 070	15 719	1,8	2,0	1,5
1 500 - 1 600	3 216	8 405	14 856	0,7	1,2	1,5
1 600 - 1 700	2 242	4 116	8 756	0,4	0,6	0,8
1 700 - 1 800	2 910	3 148	5 143	0,6	0,4	0,5
1 800 - 1 900	5 132	3 842	3 844	1,1	0,5	0,4
1 900 - 2 000	—	7 105	4 280	—	1,0	0,4
2 000 - 2 100	—	—	8 577	—	—	0,8
Summe	480 414	720 880	1 058 349	100	100	100

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (unveröffentlichte Auszahlungsstatistik). Nürnberg; Berechnungen des WSI.

sammengestrichen. Das Kabinett rechnet mit einem beständigen Ansteigen der Arbeitslosigkeit: Diesjähriger Durchschnitt 1,85 Mio., 1983 2,4 Millionen, in diesem Winter mit einem Höchststand von 2,6 Mio. und im Winter 1983/84 mit über 3 Mio. Arbeitslosen, vermeldet die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“. Mit weiteren, erheblichen Kürzungen beim Arbeitslosengeld im nächsten Jahr ist also zu rechnen.

Die Herausbildung einer Elends- und Armutsschicht ist unausweichlich. Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosenhilfe an allen „Leistungsempfängern“ der Bundesanstalt für Arbeit stieg von 1974 6,9% auf 13,3% im Jahre 1981. Die Arbeitslosenhilfe betrug 1980 im monatlichen Durchschnitt 577 DM. In der Öffentlichkeit wird mittlerweile bereits davon gesprochen, daß heute die wirkliche Arbeitslosigkeit 2,5 Millionen beträgt. Also über eine halbe Million Lohnabhängige, die überhaupt keine „Leistungen“ erhalten. Gleich-

„Politischen Berichte“ im August letzten Jahres (1) für wahrscheinlich hielten. Da die Regierung Schmidt/Genscher im letzten Jahr die Einbeziehung des tariflichen Weihnachts- und Urlaubsgeldes auf den jeweiligen Brutto-lohn abgeschafft hat, kann sich dies bereits auf die Höhe des Arbeitslosengeldes im Februar ausgewirkt haben. Zu Recht weist das WSI darauf hin: „Generell führt die Nichtberücksichtigung der Sonderzahlungen und Zuschläge zu einer verdeckten Absenkung des Arbeitslosengeld-Satzes. Da sich die derzeitige Berechnung von 68 vH auf eine Einkommensbasis bezieht, die rund 10 vH unterhalb des tatsächlichen Verdienstes liegt, beträgt das Arbeitslosengeld de facto nur rund 62 vH des vor der Arbeitslosigkeit empfangenen Einkommens.“

Die Unionsparteien und die Wirtschaftsliberalen gehen davon aus, daß die Familien diese Einschränkungen auffangen. Durch diese Politik wird das durchschnittliche Familieneinkom-

jetzt in der neuen Rolle als Oppositionspartei nichts mehr wissen. Überheblich und demagogisch erklärt nun Ex-Bundeskanzler Schmidt auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden: „Es wird Zeit, daß der Zentralbankrat der Bundesbank erkennt, daß seine rigide Geldpolitik ganz wesentlich zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland beiträgt.“ Wenn Schmidt zu Beginn seiner Rede bemerkte, er könne „ohne Amt offener reden“, wäre der Hinweis, daß die Regierung das Direktorium des Zentralbankrates benennt und die Bundesbank verpflichtet ist, die Politik der Bundesregierung zu „unterstützen“, auch geschmackvoller gewesen. Bei solcher Demagogie, die die bisherige reaktionäre Politik bestätigt, kann die Regierung Kohl zur Zeit in aller Ruhe an einem brutalen und üblen Programm „zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ arbeiten: „Rückkehrförderung von Ausländern“, finanziert von der Arbeitslosenversicherung. Dabei wird gedacht an: Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes und Ausbezahlung nach Ausreise aus der BRD, Zahlung einer Rückkehrprämie, Schaffung von Arbeitsplätzen in den Heimatländern.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird mit diesem Programm vor allem eine „Verfolgungsjagd“ auf Ausländer. Das Bundeskabinett hat den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragt, „besonderes Gewicht auf die Verhinderung von Mitnahmeeffekten bei ohnehin rückkehrwilligen Ausländern“ zu legen. Einem längeren Aufsatz im Bundesarbeitsblatt mit der Überschrift „Rückkehr wird gefördert“ ist aber auch zu entnehmen, daß ein umfangreiches Gesetzeswerk in Gang gesetzt werden muß, um eine derartig beabsichtigte Entartung der Arbeitslosenversicherung zu bewirken.

(1) Politische Berichte Nr. 17/81; weiterer Quellenhinweis: Politische Berichte 26/81, 12/82, 16/82, WSI-Mitteilungen 8/82, Bundesarbeitsblatt 10/82, Handelsblatt 28.10., Wirtschaftswoche 22.10.

Empfänger von Arbeitslosenhilfe

– Schichtung nach Entgeltgruppen – / Stand jeweils Ende Februar

Monatsentgelt in DM von ... bis ...	1980	Anzahl 1981	1982	1980	Anteil in vH 1981	1982
0 – 100	44	40	112	–	–	–
100 – 200	388	465	816	0,3	0,3	0,3
200 – 300	2669	2655	3822	2,2	1,9	1,6
300 – 400	4598	4498	5879	3,7	3,1	2,4
400 – 500	16156	14680	17971	13,0	10,1	7,4
500 – 600	32901	34239	45114	26,6	24,0	18,7
600 – 700	23543	28276	60621	19,0	19,7	25,1
700 – 800	21728	28081	46481	17,5	19,6	19,2
800 – 900	7398	9844	27118	6,0	9,0	11,2
900 – 1000	5594	6714	13484	4,5	4,7	5,6
1000 – 1100	2891	4078	8452	2,3	2,8	3,5
1100 – 1200	2030	2440	4275	1,6	1,7	1,8
1200 – 1300	1138	1391	2565	0,9	1,0	1,1
1300 – 1400	733	1326	1873	0,6	0,9	0,8
1400 – 1500	512	494	1096	0,4	0,3	0,5
1500 – 1600	758	503	697	0,6	0,4	0,3
1600 – 1700	–	696	496	–	0,5	0,2
1700 – 1800	–	–	683	–	–	0,3
Summe	123839	140420	241555	100	100	100

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (unveröffentlichte Auszahlungsstatistik), Nürnberg; Berechnungen des WSI.

zeitig sinkt das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Versicherten. „Das durchschnittliche Arbeitslosengeld belief sich 1982 (Ende Februar) auf 886 DM. Bezogen auf den Nettolohn bzw. das Nettoeinkommen der Beschäftigten (1981 waren dies 1844 DM) sind dies rund 48 vH. Im Jahresdurchschnitt 1981 wurde 948 DM an Arbeitslosengeld monatlich pro Leistungsberechtigten ausgezahlt.“ (WSI)

Das ist insofern verwunderlich, als man aus den unten abgedruckten Tabelle entnehmen kann, daß vor allem ein prozentualer Anstieg jener Arbeitslosen zu verzeichnen ist, die über 1000 DM Arbeitslosengeld erhalten, also einen relativ hohen Lohn hatten. Das kann sowohl durch Entlassungen bei älteren Arbeitern und Angestellten eingetreten sein als auch durch Entlassungen aus hohen Lohnzone, wie sie die

men in den nächsten Jahre stark sinken. Die Reproduktion durch die Familie tritt im Falle der Arbeitslosigkeit ein, irgendein Familienmitglied befindet sich immer in Arbeit, in vielen Fällen ist sogar die Rente eine geringe, aber sichere Einnahmequelle der Familie. Das WSI-Institut schreibt: „Besonders hoch ist der Anteil jener, die keinen Anspruch auf Leistung aus der Arbeitslosenversicherung haben bzw. nicht mehr haben, bei arbeitslosen Frauen, Jugendlichen und gering qualifizierten Arbeitslosen. Schätzungen ergeben, daß die Leistungsberechtigtenquote ‚mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Größenordnung um 80 vH zu vermuten (ist)‘. Diese Quote ist seit 1975 rückläufig.“

In welchem Ausmaß die Regierung Kohl an die Politik der Regierung Schmidt/Genscher anknüpfen kann, ist erstaunlich. Davon will die SPD

Aktien

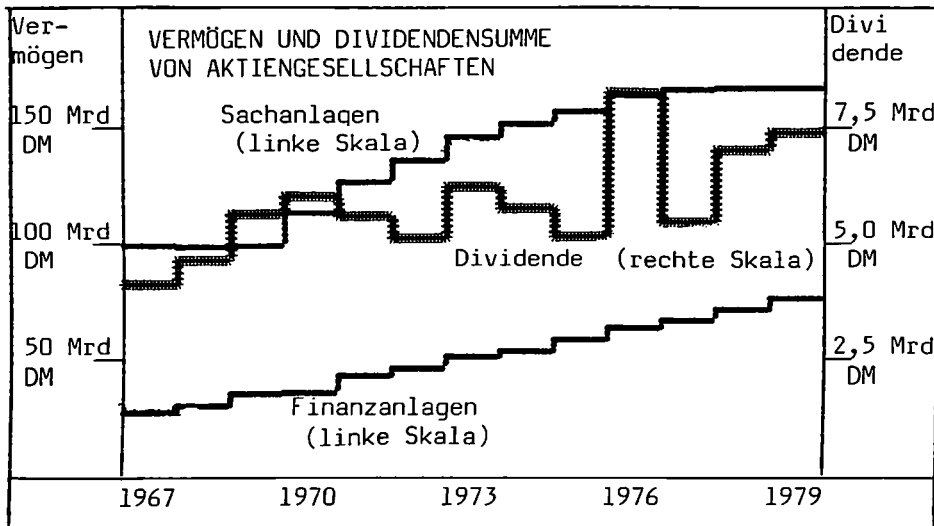
„Risikokapital“-Förderung aus Lohngeldern

„Von den rd. 10 Mrd. DM, die die Wirtschaft jährlich an vermögenswirksamen Leistungen aufbringe, flössen nur etwa 2% in Form von Beteiligungen am Produktivvermögen in die Unternehmen zurück“, klagt das Vorstandsmitglied der Veba AG Piltz auf einer Tagung „Neue Chancen für die Aktie“, die das „Handelsblatt“ am 22. Oktober in Düsseldorf veranstaltete. Er stieß damit auf ein offenes Ohr bei Staatssekretär Häfele, der in Vertretung des Finanzministers Stolten-

berg an der Konferenz teilgenommen hatte. Die CDU ist interessiert, jene Schicht zu vergrößern, die direkt an Einkünften aus Kapital beteiligt ist: Wer Aktien besitzt, hat der nicht etwas zu bewahren – ist der also nicht zu tiefst konservativ?

Dieses ideologische Interesse verbindet sich mit den Geldbedürfnissen der großen Kapitale. Die Förderung von Belegschaftsaktien u.ä. soll den Monopolen größere Teile der Lohngehälter und von Prämien, die sie an die Antrei-

te als „vermögenswirksame Leistungen“ gezwungenermaßen sparen, der allergrößte Teil in den Konsum dieser Haushalte einfließt: 50% sind in allgemeinen Sparverträgen, 28% in Bausparverträgen und 20% in Lebensversicherungen angelegt. Statt das nächste Auto mit dem aus dem 624 DM-Gesetz Ersparten zu bezahlen, sollen sich mehr Arbeiter an der Finanzierung abenteuerlicher „Zukunftsaufgaben“ der Kapitalisten durch Aktienkauf beteiligen. Platzt ein solches Geschäft,



Von wegen „Kapitalmangel“. Dividenden und Finanzvermögen wuchsen rasch.

ber auszahlen, wieder zutreiben. Darüber hinaus soll für alle Sorten Geldvermögen der Anreiz erhöht werden, sich in industrielle Anlagen zu begeben. Denn, so wurde auf der Tagung der Aktienfreunde die Bundesbank zitiert: „Die deutsche Wirtschaft kann im Hinblick auf die mittelfristigen Aufgaben, die ihr gestellt sind, auf einen funktionsfähigen Markt für Risikokapital nicht verzichten.“

Zwangsweises Einbehalten von Lohngehältern, damit die Kapitalisten mit „Risikokapital“ spekulative Geschäfte betreiben können, „um temporär günstige Marktsituationen schnell nutzen zu können“ (Commerzbank), das ist neben der Steuerentlastung der großen Vermögen der Kern der Aktienförderungspläne. Röllner (Deutsche Bank): „Maßnahmen zur Sparförderung, die nicht im wesentlichen die Risikokapitalbildung berücksichtigen, sollten erst gar nicht ins Auge gefaßt werden ... Schließlich ist eine Reihe von Zukunftsaufgaben mit spürbar erhöhtem Kapitalbedarf verbunden, von der Energieversorgung über Umweltschutz bis zur vom internationalen Wettbewerb erzwungenen Rationalisierung.“

Bisher sind von 3 Millionen Aktionären in der BRD 900 000 Belegschaftsaktionäre. Die Kapitalisten fordern, daß ihre Zahl deutlich erhöht werden soll. Sie stört es, daß von den 10 Mrd. DM, die die lohnabhängigen Haushal-

oder drücken die Spekulanten die Kurse, hätte der Arbeiter einen Teil seines vorenthaltenen Lohns verloren.

Den großen Vermögen, die sich von der sicheren Rendite aus den Staatspapieren zur Spekulation an die Börse begeben, hat Häfele steuerliche Entlastung zugesagt: „Für die Bundesregierung sei die Eigenkapitalücke der deutschen Unternehmen ein zentrales Thema ihrer Finanz- und Steuerpolitik“.

Quellenhinweis: Handelsblatt Report, 22.10.82; Handelsblatt, 25.10.82

Kommandeurtagung Die Bundeswehr muß kämpfen können

Die 26. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 20. Oktober 1982 in Hagen behandelte vor allem das Problem, welche Maßnahmen notwendig sind, damit die Bundeswehr kriegsfähig wird. Dabei blickt die Generalität voller Neid auf die britische Armee, die trotz schlechterer Ausrüstung immerhin bewiesen habe, daß sie fähig sei, selbst tausende Kilometer vom Heimatland entfernt einen Krieg zu führen und zu gewinnen. Der scheidende Generalinspekteur Brandt betonte: „Spirit and motivation (Kampfgeist und Motivation, d. Red.), das war die Begründung für die Leistung auf den

Falklands.“ Offen werden in der Generalschule die Vorteile einer reinen Söldnerarmee wie der britischen, die auch über die dazugehörige Söldnermentalität verfügt, erörtert. Auch wenn niemand ernsthaft beabsichtigt, die Bundeswehr in ein Berufsheer zu verwandeln, weil damit im Krieg der Rückgriff auf Millionen vollausgebildeter Rekruten entfiel, sollen dennoch die Vorteile einer solchen Söldnerarmee soweit eben möglich auch in der Bundeswehr zum tragen kommen. Zumindest die Zeit- und Berufssoldaten müßten in „Gesinnung, Haltung und Können“ von einem ebensolchen Kampfgeist wie die Falklandarmee erfüllt werden.

Verteidigungsminister Wörner versprach, daß er dies in das Zentrum seines Bemühens stellen werde. „Nach einer Phase, in der die Modernisierung des Geräts im Vordergrund stand, muß nun der Mensch Vorrang erhalten. Das beste Material ist wertlos, wenn es nicht von einem gutausgebildeten und motivierten Soldaten bedient wird.“ Hauptschwäche der Bundeswehr sei die zu geringe Zahl der Unteroffiziere und deren sich daraus ergebende Überbelastung und Unzufriedenheit, welche durch geringe Bezahlung und schlechte Aufstiegschancen noch gesteigert werde. Notwendige Folge seien „Unterforderung der Wehrpflichtigen“ und mangelhafte Disziplin. Denn um bei den zwangsrekrutierten Wehrpflichtigen Einsatzbereitschaft zu erzwingen, reicht das System von Befehl und Gehorsam alleine nicht aus. Dazu ist ein Unteroffizierskorps notwendig, welches dieses System auch anwendet. Das ist nur gewährleistet, wenn die Unteroffiziere sich mit der Armee identifizieren, zufrieden sind und genug geschmiert, um überhaupt eine Söldnermentalität entwickeln zu können.

„In einer solchen Lage war es ein katastrophaler Fehler, die Geldansatzstärken für Längerdienende herunterzufahren“, kritisierte der Verteidigungsminister den alten Rüstungshaushalt. „Die Bundeswehr muß kämpfen können.“ Dafür sei die Aufstockung der Zeit- und Berufssoldaten um 29 000 auf 270 000 Mann wichtiger als die Einhaltung der Termine für die Umrüstung der Flugzeuge, Panzer und Schiffe. Folgerichtig ist im neu aufgestellten Rüstungshaushalt die Durchführung dieser Programme gestreckt worden. Mit den frei werdenden Geldern werden 1 000 neue Planstellen für Unteroffiziere und 350 Planstellen für Offiziere geschaffen. Außerdem sollen vermehrte Beförderungen möglich sein und zur Hebung der Moral Überstunden wieder bezahlt werden.

Quellenhinweis: Reden von Generalinspekteur Brandt und Verteidigungsminister Wörner auf der 26. Kommandeurtagung der Bundeswehr, Bundesminister der Verteidigung, Material für die Presse, 20.10.82

Die CDU/CSU schickt sich an, außenpolitisch zu ernten, was die klassenversöhnlerische Politik der SPD gesät hat

Obwohl die in die Regierung gewechselten Unionsparteien in ihrer Abrechnung mit der sozialliberalen Koalition die Außenpolitik betont aussparten und obwohl sich u.a. der SPD-Vorsitzende Brandt bei aller lautstarken Kritik an Regierungswechsel und Regierungskurs beeilte, der zukünftigen Außenpolitik die ausdrückliche Unterstützung der SPD zuzusichern, obwohl sich also die Bundestagsparteien hier einig zeigten wie sonst nicht so gern, ist doch die Annahme begründet, daß die Finanzbourgeoisie den Regierungswechsel gerade auch aus Gründen der Außenpolitik betrieben hat. Andeutungsweise scheint dies am Schluß der Rede auf, mit der Barzel für die CDU das Mißtrauensvotum gegen Schmidt begründete: „Mit Hilfe aller verantwortungsbewußten Deutschen, mit dem Dienst dieser Koalition der Mitte, wird Deutschland wieder dahin kommen, wohin es gehört, nach vorn.“

Nun wird auch von den reaktionärsten Kritikern der SPD nicht bestritten, daß während der 13 Jahre SPD/FDP-Regierungen die BRD in der Rangfolge der imperialistischen Ausbeuter wenn nicht nach ganz, so doch nach fast ganz vorn aufgerückt ist. In diesen 13 Jahren hat die SPD den westdeutschen Imperialisten höchst nützliche Dienste geleistet, vor allem dabei, die Länder des Warschauer Paktes wirtschaftlich zu infiltrieren und poli-

tisch aufzuweichen, und auch dabei, in den unabhängig gewordenen Ländern der Dritten Welt Fuß zu fassen; nützlichere Dienste, als die Unionsparteien nach dem Verschleiß ihrer Ostpolitik und mit ihrer unflexiblen, die politischen Veränderungen nur ungenügend berücksichtigenden Entwicklungspolitik in den 70er Jahren hätten leisten können.

Aber würde die SPD auch die am besten geeignete Kraft sein, um die Früchte dieser Außenpolitik einzubringen? Die Imperialisten lassen keinen Zweifel, daß sie schroffe Auseinandersetzungen mit den Ländern der Dritten Welt erwarten, die sie in unerträgliche neokoloniale Abhängigkeiten verstrickt haben: Würde die SPD, wenn nötig, mit derselben kalten Entschlossenheit deutsche Interessen durchsetzen, wie etwa die britischen Konservativen britische, europäische, westliche Interessen im Malwinenkrieg gegen Argentinien durchsetzten? Und: Würde sie die durch die „neue Ostpolitik“ geschaffenen Möglichkeiten, die Einflusssphären der UdSSR abzugagen, wirklich gänzlich auszuschöpfen imstande sein?

Sie wäre zu allem bereit, was das „nationale Interesse“ gebietet – die 13 Jahre SPD-Außenpolitik, auch die Unterstützung Britanniens im Malwinenkrieg und Brandts Deckungsversprechen für die CDU/CSU, das er in

Kenntnis ihrer außenpolitischen Absichten aussprach, lassen Zweifel kaum zu. Aber: die sozialdemokratische Partei würde eine solche Politik kaum aus halten, und deshalb greift die Finanzbourgeoisie auf die Unionsparteien zurück. Wozu die bereit sind und was sie sich zutrauen, haben sie mehrfach, nicht zuletzt auf einer „außenpolitischen Fachtagung“ im März 1980 dargelegt.

Zunächst aber sei als Zeuge für die Chancen, die sich die BRD für einen Einbruch in den sowjetischen Einflusssbereich ausrechnet, der frühere und jetzige Außenminister Genscher zitiert, der kürzlich über die „Brüchigkeit der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa“ als Folge der „Entspannungspolitik“ sinnierte:

„Von größter Tragweite ist die fundamentale Veränderung in der Lage der osteuropäischen Volkswirtschaften. Diese sind heute auf die Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen. Die Sowjetunion kann weder ihren Bedarf an fortgeschrittener Technologie noch ihren Bedarf an Nahrungsmitteln mehr befriedigen ... Das aber bedeutet: die Sowjetunion hat mit der Fähigkeit, die Versorgung Osteuropas mit wichtigen Gütern zu sichern, auch das Monopol auf diese Versorgung verloren. Die westliche Politik gegenüber Osteuropa muß von den in den 70er Jahren eingetretenen Veränderungen ausgehen. Diese Veränderungen geben dem Westen Einflußmöglichkeiten auf Osteuropa, wie sie auf den 60er Jahren noch kaum vorstellbar gewesen sind.“

Wie durchdrungen ist dieser Vertreter des freien Westens von der Überlegenheit der kapitalistischen Weltwirtschaft! Wer denkt da angesichts der beschworenen Versorgungslücken in den osteuropäischen Planwirtschaften noch daran, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem vielleicht keine Schlangen vor Lebensmittelläden zu verantworten hat, dafür aber täglich tausendfachen Hungertod! Daß die „Technologie“ in der BRD oder den USA vielleicht „fortgeschrittener“ ist als in der DDR oder der UdSSR, aber Millionen und Abermillionen Menschen der Möglichkeit beraubt sind, ihr Leben auch nur halbwegs menschenwürdig zu fristen! Daß der Westen von billigsten Rohstoffen aus aller Welt abhängig ist und fremde Rohstoffquellen schamlos plündert, daß er ganze Län-



Malwinen-Krieg: Die Reaktion rechnet mit weiteren militärischen Konflikten mit der Dritten Welt und ist entschlossen, die imperialistischen Interessen zu behaupten

BRD in der UNO: „Weltpolitische Mitverantwortung übernehmen“

Am 18. 10. 1973 wurde die BRD Mitglied der UNO. Nachdem die verschiedenen Bundesregierungen seit 1950 die Politik verfolgt hatten, „mitarbeiten, als ob man Mitglied wäre, ohne es zu sein“, war durch den Grundlagenvertrag mit der DDR die Voraussetzung dafür geschaffen worden, daß die BRD nun Mitglied werden konnte, da kein sowjetisches Veto mehr zu erwarten war. Ein Grund für diese Mitgliedschaft lag ohne Zweifel in der Entwicklung innerhalb der UNO selbst. Deren 27. Generalversammlung hatte 64 Resolutionen nicht einstimmig verabschiedet. Dabei hatten allein die USA 41 mal gegen solche Resolutionen gestimmt – Zeichen dafür, daß die imperialistischen Interessen in der UNO heftig angegriffen wurden. Deshalb sagte Willy Brandt in seiner Antrittsrede am 26. Oktober 1973:

„Wir sind gekommen, um – auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Mög-

auf weltpolitische Mitsprache erfüllt hat. Wischniewski unterstrich nochmals deutlich das Verlangen der Bundesregierung, sich in alle Fragen der Weltpolitik einzumischen: „Wir wissen: Ebenso wie die Entwicklungen in Europa rasch auf andere Regionen und in der Welt durchschlagen würden, so haben auch die Probleme in den uns entferntesten Regionen der Welt unmittelbare Rückwirkungen auf uns. Wir sehen sie nicht nur, wir spüren sie auch.“

Von dieser Position aus bezog Wischniewski dann Stellung zu den Themen, die diese Generalversammlung debattiert. „Wir müssen freilich feststellen, daß die Spannungen zwischen Ost und West zugenommen haben. Ursächlich dafür sind die sowjetische Invasion in Afghanistan, die Ereignisse in Polen und im besonderen die sowjetische Hochrüstung. Vor allem die sowjetische Aufrüstung im Mittelstreckenbereich stellt für uns eine tödliche Bedrohung dar.“



Rüdiger Freiherr von Wechmar (Bildmitte) 1980 als Präsident der UN-Vollversammlung

lichkeiten – weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen.“

Neun Jahre später, am 30. September 1982, zog der Staatsminister im Bundeskanzleramt Wischniewski Bilanz der BRD-Mitgliedschaft. In seiner Rede, die er vor der 37. UNO-Generalversammlung hielt – zu einem Zeitpunkt, da klar war, daß es am nächsten Tag eine neue Bundesregierung geben würde –, sagte er, auf Brandts Aussagen beziehend: „Wir sind dieser Verpflichtung in den vergangenen Jahren treu geblieben.“

Und in der Tat: Die von Wischniewski gezogene Bilanz zeigt, daß die BRD tatsächlich ihren Anspruch

Selten zuvor hatte ein BRD-Redner bei der UNO so deutlich und klar gesprochen. Nie zuvor hatte ein BRD-Delegierter so eindeutig die Verantwortung für Spannungen, Konflikte der anderen Seite zugeschoben. Und diesen aggressiven Ton benutzte Wischniewski auch bei den anderen Fragen, zu denen er sprach. Wo die BRD-Delegationen bei der UNO bisher taktiert hatten, allgemeinen Erklärungen gegen Rassismus und Kolonialismus zugestimmt hatten und sie im Konkreten, wenn es um Maßnahmen ging, abgelehnt hatten bzw. solche Maßnahmen boykottiert hatten, da sprach er jetzt offen und hart.

Für die BRD war die UNO-Mitgliedschaft der Weg gewesen, wie sie sich in

die gesamte Namibia-Frage und die Probleme des südlichen Afrika direkt einmischen konnte. So wurde die BRD zum ersten Mal offiziell international als Vermittler tätig, indem sie Mitglied der sogenannten westlichen „Kontaktgruppe“ wurde. Unter der Losung „gewaltfreie Lösung“ hatten die BRD-Unterhändler dabei stets versucht, in Namibia die „Demokratische Turnhallen-Allianz“ mit im Rennen zu halten, hatten sie nicht nur den bewaffneten Kampf der SWAPO gegen die Rassisten bekämpft, sondern auch die Anerkennung der SWAPO als einzig legitime Vertretung der namibischen Bevölkerung nicht mitgetragen. Doch während die BRD-Redner früher wenigstens noch den südafrikanischen Rassismus in Worten verurteilt haben, blieb diese Formel diesmal auf Azania selbst beschränkt, für Namibia galt jetzt anderes:

„Namibia muß 1983 in freien Wahlen auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolution 435 endlich unabhängig werden. Dauerhaften Frieden in Afrika können wir nur erwarten, wenn die Staaten des Kontinents unabhängig und frei vom Druck afrikafremder Mächte ihr Geschick gestalten können. Die Anwesenheit fremder Truppen stört die Bemühungen um die friedliche Lösung von Konflikten.“

In Wischniewski Rede besteht das Problem also nicht mehr in der Besetzung Namibias durch die Truppen der südafrikanischen Rassisten und deren Überfälle auf den Nachbarstaat Angola – denn diese Rassistentruppen sind ja nicht „afrikafremd“. Als Ergebnis der immer engeren Zusammenarbeit der BRD mit dem südafrikanischen Regime werden die Rassisten bei der Darstellung der Problem jetzt „außen vor“ gelassen. Verantwortung für die Lage tragen nicht mehr diejenigen, die sie verursacht haben, sondern diejenigen, die sich den bundesdeutschen Lösungen widersetzen.

Genauso war Wischniewskis Haltung zum Palästina-Problem. Die UNO-Generalversammlung hatte schon einen Monat nach dem Beitritt der BRD diese verurteilt, weil amerikanische Waffenlieferungen an Israel über Bremerhaven geleitet wurden. Nachdem die BRD sich in den letzten Jahren maßgeblich an der Finanzierung der verschiedenen UNO-Friedenstruppen im Libanon beteiligt und ihren Einfluß in reaktionären arabischen Staaten erhöht hatte, setzte nun Wischniewski auch hier Pflöcke:

„Die Bundesregierung hat auch mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß sich zum ersten Mal nahezu alle arabischen Staaten in der Charta von Fes geschlossen auf eine Politik geeinigt haben, die sich auf den Frieden

zwischen allen Staaten der Region begründet.“

Die Forderungen, die die armen Länder zur Änderung der Weltwirtschaftsordnung erhoben, lehnte Wischniewski rundweg ab. Noch 1980 hatte Genscher vor der 35. UNO-Generalversammlung gesagt: „Nicht durch die Zerstörung der bestehenden Weltwirtschaftsordnung, sondern nur durch ihre Fortentwicklung werden wir die neue Weltwirtschaftsordnung schaffen.“ Wischniewski jetzt zu den Kernforderungen für diese Reform:

„Industrieländer und Entwicklungsländer müssen in Partnerschaft zusammenstehen, um die Weltwirtschaft wieder auf den Pfad stabilen Wachstums und der Entwicklung zu führen. Die bestehenden internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank müssen funktionstüchtig erhalten werden.“ Damit nahm er offen Stellung gegen die Forderung, die Mitgliedschaft im IWF nach dem Prinzip „Ein Land – Eine Stimme“ zu reformieren. Für die BRD-Imperialisten heißt funktionstüchtig erhalten, das bisherige System beibehalten. Darin hat jeder Staat so viele Stimmen wie es seinem einbezahlten Anteil an der Grundsumme des IWF entspricht – die BRD die drittmeisten.

Und auch die neue Seerechtskonvention lehnte er ab: „Befriedigenden Regelungen stehen Vereinbarungen zum künftigen Tiefseebergbau gegenüber, die uns eine positive Entscheidung zur Zeichnung der Konvention schwer machen.“ Und schließlich zu Forderungen nach einem integrierten Rohstoffabkommen war Wischniewskis Gegenposition folgende: „Vorrangige Aufgabe wird es auch hier sein, an der Freiheit für Handel und Kapitalverkehr nicht zu rütteln.“ Auch als es um die neue Weltwirtschaftsordnung ging, dieselbe Vorgehensweise Wischniewskis: Er bezog klar Position für die imperialistischen Interessen der BRD und lavierte nicht mehr. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, weshalb der Jubel über Wischniewskis „staatsmännische“ Rede bei allen Bundestagsparteien groß war.

Von den Positionen aus, die Wischniewski in dieser Rede vor der UNO bezog, wird es auch der CDU leicht sein, ihre „Kontinuität in der Außenpolitik“ zu demonstrieren. Diese Rede ist auch für Helmut Kohl, der schon 1980 eine neue Weltwirtschaftsordnung rundweg ablehnte, ein guter Ausgangspunkt.

Quellenhinweis: Pressemitteilung 323/82 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Vereinte Nationen 5/80, Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen; Europa-Archiv 73/2, S. 677

der in den Ruin und ganze Staaten in den Bankrott treibt! Aber so anmaßend der Überlegenheitswahn der Verfechter der freien Marktwirtschaft sofort erscheint, wenn man nur ihre Aussagen über die osteuropäischen Planwirtschaften mit den Tatsachen der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst konfrontiert: Die Annahme der Überlegenheit liegt den strategischen Planungen der westdeutschen und westlichen Reaktion für die Eroberung des Ostens zugrunde.

Das nächste Ziel dieser Planungen, die die CDU/CSU seit Jahren erörtert und durchspielt, ist, der Sowjetunion eine „Pax NATO“ aufzuzwingen. Wie, hat der neue Bundeskanzler Kohl auf der schon erwähnten „außenpolitischen Fachtagung“ vor zwei Jahren dargelegt:

a) müsse man „dem sowjetischen Vorgehen außerhalb ihres Machtbereichs, besonders in der für uns lebenswichtigen Region des Mittleren und Nahen Ostens entgegenwirken“. D.h. der größte Teil der Welt wird schlicht zum NATO-Machtbereich erklärt, in dem die Sowjetunion nichts zu suchen hat. Daraus folgt dann auch, daß die NATO gestärkt werden muß – so Kohl – und daß das Operationsgebiet der NATO ausgeweitet werden muß – so die allgemeine Schlußfolgerung der CDU-Fachtagung.

b) sei „der Sowjetunion deutlich zu machen, daß ihre nationalen Interessen nicht durch Aufrüstung, außenpolitische Konfrontation und Absperrung nach innen am besten gesichert sind, sondern durch ein militärisches Gleichgewicht auf einer niederen Ebene, durch Entspannung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten“. Um die Mittel und Methoden, „der Sowjetunion deutlich zu machen“, was für sie „am besten“ sei, sind Kohl und seine Freunde nicht verlegen. Da sie, wie gesagt, von der wirtschaftlichen Überlegenheit des Westens ausgehen, spielen sie mit Boykott- und anderen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ebenso wie mit Erwägungen, den Gegner durch beschleunigte Aufrüstung in einen ruinösen Rüstungswettlauf und damit schließlich in den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch zu treiben, der mehr oder weniger zwangsläufig in Bürgerkriegsunruhen münden werde. Daß sie sich dabei auf Kräfte im Inneren der osteuropäischen Länder stützen, solche nämlich, die in der freien Marktwirtschaft ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten hätten als sie in den Planwirtschaften haben, wird ganz offen mitverhandelt.

Die inzwischen an die Regierung gekommenen Unionsparteien legen durchaus Wert auf die Feststellung, daß sie die „Kontinuität deutscher Au-

ßenpolitik“ auch gegenüber Osteuropa wahren. Wohl wahr. Wenn sie die von Genscher vielgepriesenen „Einflußmöglichkeiten auf Osteuropa“, die ihnen die „neue Ostpolitik“ geschaffen hat, mit aller Konsequenz nutzen, ist das nichts anderes als eben „Kontinuität“. Allerdings setzt diese Kontinuität unter den veränderten Bedingungen eine andere, höchst reaktionäre Mobilisierung im Inneren voraus.

Die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre weitverbreitete Ansicht, daß die BRD die DDR und die polnische Westgrenze anerkennen und mit den osteuropäischen Ländern Frieden schließen



Die polnischen Arbeiter kämpfen nicht für „Menschenrechte“ und „Befreiung“ durch BRD und NATO

solle, ist mit der Absicht zu offener und zum Prinzip erklärter Einmischung und Anmaßung unvereinbar. Mit der „neuen Ostpolitik“ war diese Ansicht soweit vereinbar, wie sie sich über die tatsächlichen Ergebnisse dieser Politik täuschen ließ; doch wäre jeder Versuch, gegen die Länder des europäischen Ostens mobil zu machen, für die westdeutschen Imperialisten ein hohes Risiko gewesen. In seiner oben zitierten Rede definierte nun Kohl die „Grundlagen und Ziele deutscher Außenpolitik“ wie folgt:

„1. ... Frieden in Freiheit ... 2. ... Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk ... 3. Wir kämpfen für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt. Menschenrechte und Grundfreiheiten haben für uns Vorrang gegenüber dem Prinzip der staatlichen Souveränität.“

Ist das „Recht auf Einmischung“ erst einmal zum festen Bestandteil der allgemeinen Rechtsauffassung geworden, so wird der Spielraum „deutscher Außenpolitik“ immens. Diese Konstellation soll immerhin ermöglichen, die ausgewählten Opfer von Einmischung

und Souveränitätsverletzung nicht nur für „selber schuld“ zu erklären, sondern auch zum „Aggressor“, dann nämlich, wenn sie sich gegen Einmischung und Souveränitätsverletzung zur Wehr setzen.

Doch ist nicht anzunehmen und nehmen die Unionsparteien auch nicht an, daß einfach für einen „Menschenrechts“- und „Grundfreiheits“-Kreuzzug gen Osten größere Bevölkerungsteile zu mobilisieren wären. Wohl aber rechnen sie sich Chancen aus mit einer erweiterten Neuauflage der Propaganda eines „Vereinten Europa“.

„Die Füße fest im Westen und die Hand ausstrecken nach Osten – kein Zweifel, so werden wir es machen“, umschrieb Barzel am 1.10. im Bundestag das Konzept der großeuropäischen „Einigung“. Was den ersten Teil seiner Ankündigung angeht, da hat die unionsgeführte Regierung kaum drei Wochen verstreichen lassen, um die „deutsch-französische Freundschaft“ durch eine Vereinbarung zu „militärischer Kooperation“ zu untermauern, deren Umfang und Folgen kaum abzusehen sind. Abzusehen ist allerdings, daß der so eilig betriebene Ausbau dieser „Freundschaft“ vor allem gegen die Konkurrenten in der EG gerichtet

ist und zum Ziel hat, sie fest unter die Füße zu bekommen.

Was die Hand nach Osten angeht, so hat die Reaktion sie schon weit ausgestreckt. Sie lockt, noch mehr andeutungsweise als schon direkt, mit den Erwartungen eines großen Booms, den die Angliederung Osteuropas an den „Gemeinsamen Markt“ ganz zweifellos bewirken würde. Hinter den allgemeinen Erörterungen über die „Versorgungslage in Osteuropa“, die nicht nur Genscher anstellt, lauert die Hoffnung auf einen noch unerschlossenen Warenmarkt, hinter den Erwägungen über die dortige „Technologie“ die Hoffnung auf neue profitable Kapitalanlagesphären. Mit dieser Hoffnung auf einen „Europa“-Boom glaubt die Reaktion, das Drittel der westdeutschen Bevölkerung mobilisieren zu können, das in dieser Gesellschaft günstige Entfaltungsmöglichkeiten vorfindet und also etwas zu verlieren hat oder fürchtet. Dieses Drittel kann auch glauben, bei den von Strauß ausgemalten Möglichkeiten eines „Vereinten Europa“ etwas zu gewinnen: „3. Europa zum führenden Kontinent der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und damit zum unersetzlichen Techniklieferanten, zur technologischen Denkschmiede zu machen, 4.

Europa seinen Platz in der Weltpolitik zwischen den bestehenden und entstehenden Machtblöcken zu sichern ...“

Hier kann auch eine Propaganda auf fruchtbaren Boden fallen, die die Dritte Welt zur Interessensphäre „Europas“ und der freien Welt erklärt, die von „europäischen Lebenslinien“ in aller Welt spricht, die durch Anwesenheit „Europas“ geschützt werden müssen. Um in den betroffenen Entwicklungsländern selbst einen Basis für diese Politik zu schaffen, will Kohl „Entwicklungshilfe generell wieder als vorrangig außenpolitisches Instrument neu ... konzipieren“. D.h. er spricht sich dafür aus, pro-westliche oder noch besser pro-europäische Kompradoren heranzuzüchten und durchzufüttern. Wohl wissend, daß die Geschichte solche Konzepte verschiedentlich über den Haufen geworfen hat, riet Parteifreund Geissler auf derselben Tagung, dies unbedingt durch eine „geistige Offensive, die Einfluß nimmt auf die Meinungsbildung der Menschen und die gesellschaftlichen Entwicklungen“ in den Ländern der Dritten Welt zu ergänzen.

Dieser Entwurf „deutscher Außenpolitik“, den die CDU/CSU in den letzten Jahren entwickelt und nun an-

Deutschlandpolitischer Aggressionsvorwand: das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“

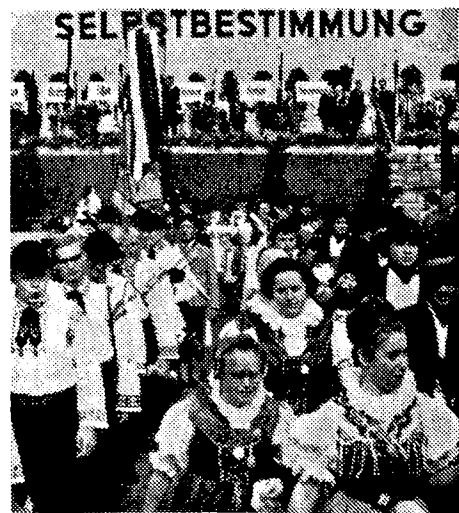
Die Deutschlandpolitik der CDU/CSU werde „von warmem Mitgefühl für unsere Landsleute drüben und ... von einem heißen Herzen für das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands“ bestimmt, stellte am 9.9.82 ihr damaliger deutschlandpolitischer Sprecher und jetziger Staatssekretär im Kanzleramt Peter Lorenz fest. Damit dieses wiedervereinigungshungrige und auf gewaltsame Liquidierung der DDR zielende Herz der BRD-Imperialisten sich entfalten kann, will die CDU/CSU ihm künftig sehr viel entschiedener als die bisherige Regierung Hindernisse aus dem Weg räumen. Wie aber will die CDU/CSU diese offenkundige Vorbereitung eines Angriffskrieges verfolgen und dennoch als die eigentliche „Friedenskraft“ im Lande dastehen?

Zuerst einmal, indem sie jede Existenz einer völkerrechtlich anzuerkennenden Grenze zwischen der DDR und der BRD leugnet. Der CSU-Vorsitzende Strauß enthüllte bei der Debatte über die Regierungserklärung Kohls: „... daß die Rechtsqualität der Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg

ähnlich ist wie die Rechtsqualität der Grenze zwischen Bayern und Sachsen“. Weshalb jeder Einmarsch bundesdeutscher Truppen in die DDR nie „friedensstörend“ sein kann. Oder hat das jemals irgendwer behauptet, wenn Bundeswehreinheiten von Bayern nach Baden-Württemberg marschierten? Sowieso weiß die CDU/CSU gar nicht, wo eigentlich eine Grenze zwischen der BRD und der DDR verlaufen soll, und das ist gut so.

Ihr Sprecher Mertens 1981 vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland: „Wenn die Grenzkommission (von DDR und BRD, d. Red.) nicht einmal in der Lage war, gemeinsam festzustellen, wo denn nun die innerdeutsche Grenze an der Elbe liegt, dann wird hier gerade konkret, physisch deutlich, daß die Deutsche Frage offen ist.“

Ist so klaggestellt, daß ein Aggressionskrieg der BRD gegen die DDR keiner ist, da gar keine völkerrechtliche Grenze existiert, so folgt schlüssig, von wem allein eine Bedrohung ausgeht: Von der DDR, die wider alles Recht auf einer Grenzziehung beharrt! Kohl 1981 ebenfalls vor dem Kuratorium



„Tag der Heimat“ 1962 in Westberlin

Unteilbares Deutschland: „Ihr (gemeint ist die Grenze zwischen DDR und BRD, d. Red.) unveränderter Fortbestand birgt unübersehbare Risiken für den Frieden“. Eben! Den Frieden bedroht, wer den BRD-Imperialisten Grenzen auferlegt! Sowieso ist die Beseitigung der DDR der Wille „aller Menschen“, zumindest derer „in der Mitte Europas“. Der Westberliner Bürgermeister Weizsäcker am 9.9.82 vor dem Bundestag: „Die Menschen, die in der Mitte leben, sind zur Tren-

zubieten hat, könnte als verhältnismäßig ungefährlich erscheinen. Denn weder kann die Reaktion hoffen, die Arbeiterbevölkerung in der BRD in der beschriebenen Weise chauvinistisch zu mobilisieren; noch trifft zu, daß die arbeitende Bevölkerung in Osteuropa ihr Heil in der „Befreiung“ zu „Menschenrechten“ und „Grundfreiheiten“ erblickt; und schließlich erfahren die unterdrückten Völker die Segnungen der kapitalistischen Weltwirtschaft zu plastisch, als daß sie mit ihren Ausbeutern und Unterdrückern Frieden schließen könnten. Aber dieser Schein, als sei diese Politik im Ansatz schon gescheitert, trägt. Denn die Reaktion braucht keine Mehrheiten zur Durchsetzung ihrer Ziele. Was sie braucht, sind Haufen, ob hier, ob in Osteuropa oder ob in Ländern der Dritten Welt, die ihre Existenz, ihr Wollen bedingungslos an die Interessen der Imperialisten gekettet haben und zu allem entschlossen sind. Und diese zu allem entschlossenen Haufen herauszubilden und beieinander zu halten, darauf ist das Konzept der CDU/CSU angelegt.

Quellenhinweis: H. Kohl, Hrsg., Der neue Realismus, Außenpolitik nach Iran und Afghanistan, 1980; F.J. Strauß, Zur Lage, 1979; H.D. Genscher, Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden, Freiheit und Fortschritt, in 'Außenpolitik', 15.9.82; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 118. bis 123. Sitzung

nung nicht geschaffen. Ihr Wille, die Teilung Europas, Deutschlands und Berlins in Frieden und im Dienste des Friedens zu überwinden, ist stärker“. Kohl schließlich hat festgestellt, daß die Wiederaufrichtung großdeutscher Herrlichkeit die Vollstreckung des „Selbstbestimmungsrechts der Deutschen“ bedeute: „Die Mauer wurde gegen die freie Selbstbestimmung der Menschen gebaut. Die einzige Theorie, die das Gebäude stützt, besteht in der aus marxistischer Buchstabenweisheit hergeleiteten und durch die Macht der Gewehre stabilisierten Überzeugung, daß dem Staat die Menschen als Sklaven gehören ... Zuerst die Teilung und dann der Mauerbau stehen in absolutem Widerspruch zum Recht der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung und zum Recht eines jeden Menschen auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Sie verhöhnen mithin jene Maßstäbe, die das sittlich legitimierte Gemeinwesen überhaupt erst begründen.“

Das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ diene schon den Faschisten zur Rechtfertigung ihrer Eroberungskriege. Die CDU/CSU will daran anknüpfen.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Protokoll vom 9.9. und 14.10.82; Politik und Kultur, hrsg. vom Kuratorium Unteilbares Deutschland, Bonn, Ausgaben 2/1981 und 4/1981



Werbung für die Wahlen zum Europaparlament

Genscher drängt auf Sicherung der Durchsetzung „opferreicher Anstrengungen“ in der EG

Mit Datum vom 4. Oktober 1982 legte der politische Ausschuß des Europäischen Parlaments seinen Zwischenbericht über den „Entwurf einer Europäischen Akte“ vor. Diese Akte war im November 1981 von den Regierungen Italiens und der BRD eingebracht worden, ausgearbeitet von den Außenministern Colombo und Genscher.

In dieser Akte, die der Weiterentwicklung der EG zur Europäischen Union dienen soll, werden weitere gemeinsame Ministerräte vorgeschlagen, ein Rat für kulturelle Zusammenarbeit und ein Rat der Justizminister. Der Rat der Außenminister soll für die Europäische Zusammenarbeit (EPZ) zuständig sein. Sein besonderer Auftrag soll darin liegen, durch Abstimmung im Bereich der Sicherheit „ein einheitliches Vorgehen zu fördern, das auf die Wahrung der Unabhängigkeit Europas, den Schutz seiner lebenswichtigen Interessen und die Stärkung seiner Sicherheit gerichtet ist“.

In seiner Rede vor dem Europaparlament am 1.10.1982 fühlte sich Genscher nach erfolgtem Koalitionswechsel frei genug, die nötigen reaktionären Maßnahmen darzulegen. Er pries die neue Bundesregierung an, die besonders für das Werk der Europäischen Einigung eintrete und diesen Teil ihrer Außenpolitik als „Herzstück“ betrachte. „National müssen wir endlich die Haushaltsdefizite in den Griff bekommen.“ Als Mittel diene, „die Investitionsbereitschaft zu beleben, neue Wachstumskräfte im Bereich der sozialen Marktwirtschaft freizusetzen und damit der Arbeitslosigkeit noch wirksamer den Kampf anzusagen“.

Ein großes Anliegen der Akte ist die „Verbesserung der Entschei-

dungsprozesse und damit der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften“. Gefordert wird zu dem Zweck eine „stärkere Inanspruchnahme der Stimmenthaltung“, um die Debatte bis zur formellen Einstimmigkeit abzukürzen. Macht ein Mitgliedstaat „vitale Interessen“ geltend, so soll er gezwungen sein, dies „konkret und schriftlich zu begründen“. Vor dem Parlament drängte Genscher deutlicher auf Unterdrückung von Minderheitsinteressen: „Es muß wieder mehr von den Mehrheitsregeln Gebrauch gemacht werden.“

Im übrigen dürfe man nicht in nationale Interessenpolitik zurückfallen, besonders angesichts des bevorstehenden Beitritts von Spanien und Portugal.

Als große Ermutigung sähe er an, wenn bereits im Wahlkampf zum Europaparlament 1984 der Entwurf einer Europäischen Verfassung vorläge. Diesen Ruf nach einer übergeordneten Staatsgewalt begründete er mit der Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung der Mitgliedsländer niederzuhalten. Eine „längere Periode opferreicher Anstrengungen“ stehe bevor. „Unseren Bürgern die Notwendigkeit dieses Weges zu verdeutlichen, dafür bedarf es jedoch einer über das Ökonomische hinausführenden Perspektive Europas.“ Die innere Einheit soll durch „grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung“ gefestigt werden. Zu den gleichzeitigen Bemühungen des Europaparlaments, seine Kontrollbefugnisse zu verstärken, äußerte er sich dagegen inhaltlos, es gehe nicht „um rasche Formelkompromisse“.

Quellenhinweis: Europäisches Parlament, Sitzungsdokument: 1-648/82; Bulletin der Bundesregierung vom 20.10.1982; Europa Archiv vom 25.8.1982

ÖTV kündigt Seehafentarif

Hamburg. Am 19.10.82 hat der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV seinen Vorschlag für den Lohnkampf in den Seehäfen gemacht: „1. Ziel der Tariffbewegung ist es, eine Reallohnsicherung für 1983 herbeizuführen. 2. Die Laufzeit ... soll 12 Monate betragen. Die wirtschaftliche Entwicklung für 1983 ist heute abschließend noch nicht zu beurteilen. Reallohnsicherung bedeutet nach den zur Zeit vorliegenden Zahlen eine Forderung von ca. fünf Prozent.“ Die Bundestarifkommission hatte lediglich empfohlen, eine „Reallohnsicherung anzustreben“, und keine Prozentzahl festgelegt.

HBV: Solidarität mit Alexander Schubart

Frankfurt. Auf der Funktönnärskonferenz der Bezirksverwaltung Main/Taunus der Gewerkschaft HBV am 30.10. forderte Gastredner Detlev Hensche (IG DruPa) die 120 Betriebsräte und Vertrauensleute auf, trotz politischer Differenzen jeden Ansatz einer Illegalisierung der Grün/Alternativen zu bekämpfen. Den Prozeß gegen den Wortführer

Bei BBC Mannheim-Käfertal sollen von 44 Lehrlingen im gewerblich-technischen Bereich nur elf, von den 15 technischen Zeichnerinnen nur zwei bis drei in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Sie lernen im Frühjahr 1983 aus. Der Betriebsrat fordert dagegen, die Anzahl der Überstunden (ca. 4000 pro Woche von 3000 Arbeitern) und die Fremdvergabe von Arbeit einzuschränken. Im Anschluß an die Jugendversammlung demonstrierten am 28. Oktober die Lehrlinge durch Mannheim-Käfertal zurück zum Betrieb. (Bild)



der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West Alexander Schubart vor dem Hessischen Staatsschutzsenat wegen „versuchter Nötigung der hessischen Landesregierung und Rädelsführerschaft bei Landfriedensbruch in Abwesenheit“ dürfe die Gewerkschaftsbewegung nicht hinnehmen. Morgen, wenn es um die Verteidigung der Lohnfortzahlung gehe, seien es die Gewerkschaften, denen der Prozeß gemacht werden. Die Teilnehmer der Konferenz unterschrieben eine Solidaritätsadresse und spendeten für die Prozeßkosten.



Große Unterstützung durch die anderen Gewerkschaften findet der Streik der 1500 Spieler der US-National Football League, den die Gewerkschaft der Spieler seit dem 21.9.82 führt. (Football ist ein aus dem Rugby entwickeltes Spiel.) Die Gewerkschaft fordert: 50% der Fernseheinnahmen sollen die Besitzer der Vereine in einen Fonds zahlen, aus dem die Gehälter tarifvertraglich nach einer festen Gehaltsskala ausgezahlt werden sollen. Das Anfangsgehalt soll 90000 Dollar im Jahr betragen, im achten Spielerjahr 200000 Dollar. Ein Football-Spieler benötigt im Durchschnitt 10 Jahre, bis er in der Liga spielt. Die Durchschnittsspieldauer beträgt dann nur 4,2 Ligajahre. Die Hälfte der Spieler wird in jedem Jahr schwer verletzt. Weiter fordert die Gewerkschaft: das Recht, in einen anderen Verein zu wechseln, freie Arztwahl, Mitspracherecht bei den Spielregeln, insbesondere, was die Sicherheit betrifft, Abschaffung des künstlichen Rasens, der die Zahl der Verletzungen verdoppelt. Die Kapitalisten lehnen tarifvertragliche Regelungen rundweg ab. Bild: Die Vertreter der Spielergewerkschaft, Mitte, auf dem Kongreß der Blecharbeiter-Gewerkschaft.

Verfassungsschutz über den Häuserkampf

Stuttgart. Der Verfassungsschutzbericht des baden-württembergischen Innenministeriums von 1981 behandelt ausführlich die autonomen Bewegungen als ein „zur Gewalttätigkeit neigendes Potential, das zahlenmäßig unverändert stark und auch flexibel genug ist, um sich jederzeit unterschiedlichen aktuellen Schwerpunkten widmen zu können.“ Als Beispiel werden insbesondere die Kämpfe gegen die Räumung des Schwarzwaldhofes in Freiburg angeführt und deren Unterstützung durch Demonstrationen und Aktionen in anderen Städten. Mit der gewaltsamen Räumung des Schwarzwaldhofes in Freiburg durch die Polizei und Einsätzen gegen Häuserbesetzungen in anderen Städten meint der Verfassungsschutz eine Verunsicherung dieser Bewegung erreicht zu haben, dennoch sei die „militante Bewegung nicht handlungsunfähig.“

zusammenarbeitet. Die Forschungen, bei denen z.B. Affen vergiftet werden, um Wirkungsweise und Abbau von Nervengiften zu erfassen, wurden vom Universitäts-Präsidenten und von betroffenen Wissenschaftlern auf einer Pressekonferenz mit der Suche nach Gegenmitteln gerechtfertigt. Dabei ist unbestreitbar, daß alles andere als sekundenschnell einsetzende Einzelintensivtherapie gegen Nervengifte wirkungslos ist. Da die Tatsachenbehauptungen von DKP und AStA offensichtlich stimmen, treibt die Rechtfertigungssuche seltene Blüten – bis zu solchen Behauptungen, daß die Kampfstoffforschungen wegen der vielen E 605-Vergiftungen in Göttingen nötig seien.

„Lehrern stärker auf die Finger schauen“

Köln. Regierungspräsident Antwerpes hat mit einer einstweiligen Verfügung den Beginn von vier Personalversammlungen um 11 Uhr untersagt. Die 5000 Realschullehrer sollen sich in der unterrichtsfreien Zeit versammeln. Vom Kultusminister verlangt er die Überprüfung und Neuregelung angeblicher Sondervergünstigungen für Lehrer. Dagegen hat die Fachgruppe Realschule der GEW NRW festgestellt, daß fast alle Lehrer neben den Pflichtstunden unbezahlt Unterricht erteilen, da Anträge auf Mehrarbeit nicht mehr genehmigt würden. Angesichts von 4000 arbeitslosen Lehrern und Verleumdungen wie die von Antwerpes sollen jetzt die Schulkonferenzen beraten, ob solche Verschleierung noch angebracht ist.

Giftgasforschung an der Uni Göttingen

Göttingen. An mehreren Instituten der Universität, vor allem den Zentren Biochemie sowie Pharmakologie und Toxikologie, wird Forschung mit chemischen Kampfstoffen wie z.B. Soman und DFP betrieben. In einer Flugblattaktion brachten das DKP und AStA der Universität an die Öffentlichkeit. Dabei besteht teilweise Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Aerosolforschung, das wiederum direkt mit dem Bundesverteidigungsministerium

Lederkonzern plant 500 Entlassungen Forderungen der Belegschaft

Weinheim. Vermutlich zum 31.12. soll der erste Teil von insgesamt rund 500 Kündigungen wirksam werden, die der Freudenberg-Konzern für Weinheim plant, das sind sechs Prozent der dortigen Belegschaft. Notwendig sei dies – so Hermann Freudenberg auf den Betriebsversammlungen der letzten drei Wochen – weil der „Anzug zu groß und komfortabel geworden“ sei für das „mengenmäßig rückläufige Geschäft“; die Belegschaft müsse an die „Marktsituation angepaßt“ werden.

Auf manchen Versammlungen wurde der CF-Geschäftsführer deutlicher: Es müsse eben wieder „mehr gearbeitet“ werden, die Pausen exakt eingehalten werden, die Gleitzeit habe sich unzulässig „auf Seiten der privaten Belange“ verschoben, statt für die Interessen „der Kunden“ nutzbar zu sein. Insgesamt gehe es um das „Kosten-Leistungsverhältnis“, um die „völlig unbefriedigende Ertragsituation“. Mit den Massenentlassungen soll die Arbeitsintensivierung erheblich schneller als bisher vorangetrieben werden. Es wird geplant, in allen Abteilungen zu „reduzieren“, auch wo derzeit Überstunden gefahren werden und sehr hohe Auftragsbestände bestehen.

In vermutlich einer Abteilung sollen die Produktionskapazitäten stark reduziert werden – dem Helia-Werk, in dem Kunstleder hergestellt wird. Als „Spezialist in Umstrukturierung“ hatte der Freudenberg-Konzern, der aus einer Gerberei in Weinheim hervorgegangen war, in den 60er-Jahren auf verschiedene Leder-Ersatzstoffe umgestellt. Kunststoffe und Gummi, Leder-

faser und Kunstleder wurden in die Produktion aufgenommen. Gerberei- und Lederwaren-Betriebe wurden geschlossen, die Beschäftigten zum Teil in die neuen Zweige umgesetzt. Vor allem ab 1960 ging CF auch verstärkt dazu über, auf der Grundlage bereits erreichter Export-Umsätze eigene Fabriken im Ausland aufzukaufen bzw. aufzubauen. Fabriken für technische Produkte wie Simmeringe, Dichtungselemente usw. und für Vliesstoffe wurden errichtet, v.a. in den USA, Frankreich, den restlichen EG-Staaten und Südamerika. Der Anteil des im Ausland produzierten Umsatzes am Gesamtumsatz des CF-Konzerns wurde bis 1981 auf 32% hochgetrieben – ohne die Umsätze, die in Betrieben erarbeitet werden, an denen CF über eine Minderheitsbeteiligung verfügt (siehe Schaubild).

Auf den Betriebsversammlungen mußte sich Hermann Freudenberg verschiedener Angriffe gegen solche Produktionsverlagerungen erwehren: Teilweise habe man nur „unter Druck von VW und Opel“ Fabriken etwa in Mexiko und Brasilien errichtet, rechtfertigte er, insgesamt würden dadurch Absatz und Arbeitsplätze für das Weinheimer Werk gesichert. Ihm wurde mehrmals entgegengehalten, daß die ca. 200 Mio. DM, die CF in den letzten fünf Jahren im Ausland investiert hat, ebenso wie die Rationalisierungs- und Intensivierungs-Investitionen in Weinheim und den elf anderen westdeutschen Werken von C. Freudenberg ja zunächst einmal als Profit aus den Beschäftigten herausgeholt worden waren. Und daß für alle CF-Beschäftigten die Folge dieser Investitionen mehr Arbeit und Belegschaftsreduzierung gewesen war.

Auf fast allen Versammlungen wurden dann zum ersten Mal von Vertrauensleuten und einzelnen Betriebsräten Abstimmungen durchgeführt über einen Antrag, den die zehn Vertrauensleute des Helia-Werks eingebracht hatten. Fast immer einstimmig wurde die Geschäftsleitung aufgefordert, die geplanten Entlassungen zurückzunehmen. Im Antrag heißt es: „Die Beschäftigten sind nicht diejenigen, die die derzeitige Krise verursacht haben. Wir glauben auch nicht, daß durch die ‚Strukturänderungen‘ die Arbeitsplätze für die ‚Zukunft‘ im Unternehmen ‚gesichert‘ sind, wurden doch seit 1970 bis heute über 3700 Beschäftigte abgebaut, durch Rationalisierungen und dadurch, daß mehr Arbeit auf weniger Beschäftigte verteilt wurde.“ Betriebs-

rat und Gewerkschaft Leder wurden „ausdrücklich in ihrem Bemühen, die Entlassungen zu verhindern“ unterstützt.

Der Betriebsrat, der sich diesen Antrag inzwischen einstimmig zu eigen machte, handelte einen Sozialplan aus, der zumindest für die Beschäftigten, die z.B. über zehn Jahre im Betrieb sind, relativ hohe Abfindungen beinhaltet. Nachdem dies auf einer außerordentlichen Vertrauensleutenversammlung vorgeschlagen war, soll nun noch versucht werden, eine Mindestsumme beim Sozialplan mit zu vereinbaren für diejenigen, die wenige Jahre im Betrieb sind.

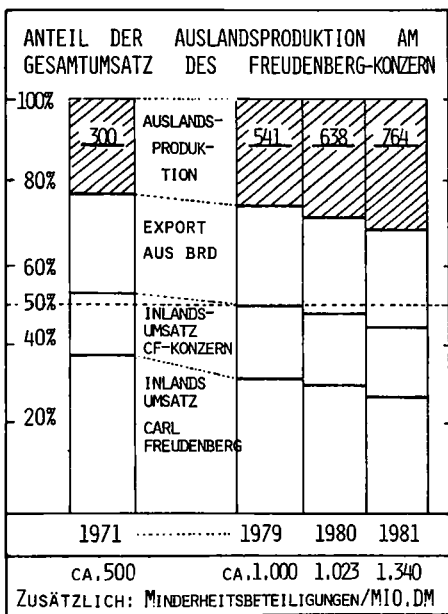
Zurückgewiesen wurde von mehreren Vertrauensleuten und dem Betriebsratsvorsitzenden auch die Forderung der NPD in Weinheim (die dort einen Stadtrat stellt), „zuerst die Ausländer“ sollten entlassen werden, „ehe Deutsche von Entlassungen betroffen werden“.

Von der Geschäftsleitung, die Einzelheiten darüber noch nicht vorgelegt hat, in welcher Abteilung wer und wieviele entlassen werden sollen, verlangt der Betriebsrat eine exakte Begründung für jede einzelne Kündigung. Die besondere Verantwortung von Abteilungsbetriebsräten und Vertrauensleuten wurde hervorgehoben, die diesen Begründungen den derzeitigen Arbeitsumfang, Überstunden usw. entgegenhalten müssen.

Hamburger Aluminiumwerk Geschäftsführung greift Lohnfortzahlung an

Hamburg. Beharrlich haben die HAW-Kapitalisten in den letzten Jahren daran gearbeitet, den Krankenstand zu senken und sich der Kosten für die Wiederherstellung der Arbeitskraft zu entziehen. Sie müssen dabei den ebenso beharrlichen Widerstand des Betriebsrats und der Belegschaft brechen. Selbst mit Entlassungsdrohungen Anfang dieses Jahres konnte die Geschäftsführung nur vorübergehend den Krankenstand von 16% auf 13% senken. Doch bereits im Sommer war der Krankenstand wieder über 18%. Das ist Ausdruck einer starken Front in der Belegschaft, die sich nicht zwingen lassen will, krank zur Arbeit zu kommen und ihre Arbeitskraft für den Profit der HAW-Kapitalisten zu ruinieren.

Jetzt haben die HAW-Kapitalisten neben dem verstärkten Bemühen, kranke Arbeiter zu kündigen, damit begonnen, die Lohnfortzahlungspflicht anzugreifen – insbesondere gegenüber ausländischen Arbeitern, die im Urlaub krank werden. Dabei werden folgende Methoden angewandt:



– Krankmeldungen aus Ländern, mit denen die BRD kein Sozialabkommen abgeschlossen hat, werden grundsätzlich angezweifelt. Erst wenn die Krankenkasse nach langwieriger Prüfung sich bereit erklärt, die Kosten für die Behandlung zu übernehmen, zahlt HAW den Lohn. Die Krankenkassen, hier vor allem die AOK, prüfen noch Wochen später, ob eine Arbeitsunfähigkeit vorlag oder nicht. Es kommt vor, daß dann im Nachhinein festgestellt wird, daß bei einer bestimmten Diagnose des ausländischen Arztes die AOK lediglich zwei Wochen Krankheit zubilligt und nicht wie der ausländische Arzt vier Wochen.

– Bei Krankmeldungen aus Ländern, mit denen ein Sozialabkommen besteht, werden die Verwaltungsvorschriften genauestens angewandt. Wird nur die geringste Vorschrift verletzt, wird erst einmal die Lohnfortzahlung verweigert. Werden keine Vor-

schriften verletzt, wird nach anderen Gründen gesucht. Gehen zwei Kollegen, die im selben Dorf wohnen, am selben Tag zum Arzt in die nächstliegende Stadt, dann ist das für HAW der Beweis, daß eine Krankheit vorge-tauscht wurde.

HAW hat auch damit begonnen, Krankschreibungen einiger Ärzte in Hamburg anzuzweifeln. Es wird dann versucht, sofort die AOK einzuschalten und den kranken Kollegen zum Vertrauensarzt zu bestellen. Einem jugoslawischen Arbeiter wurde erst kürzlich unterstellt, er habe einen anderen zum Arzt geschickt und sei selber in Jugoslawien gewesen. Der Personalleiter verlangte den Paß zur Einsicht.

Dies sind Flankenangriffe der reaktionären Initiative von CDU und FDP, die gesetzliche Pflicht zur Lohnfortzahlung zu beseitigen. Entsprechend müssen sie auch in den Betrieben bekämpft werden.

Salzgitter-Lebenstedt aufrufen. Man muß dem Landesverband der Grünen vorwerfen, daß er wirklich alles dafür getan hat, eine Verständigung und gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Kräfte zu verhindern, um in der Öffentlichkeit als friedliche, staatsloyale Partei zu erscheinen. Praktisch lief das darauf hinaus, die Kräfte, die gegen die staatliche Unterdrückung *nur noch* die Perspektive militanter Widerstandsaktionen sehen, der bürgerlichen Staatsgewalt zu opfern.

Dieses Treiben stieß nicht auf Gegenliebe. Die Kundgebung in Lebenstedt wurde um 10.15 Uhr vorzeitig abgebrochen, nachdem immer wieder aus der Versammlung gefordert wurde loszuziehen, um sich der in Salzgitter-Engelnstedt sammelnden Demonstration anzuschließen. Dies wurde um so heftiger gefordert, als bekannt wurde, daß dort bei Polizeiübergriffen auf kleinere Gruppen von Demonstranten schon zwei festgenommen worden waren. Zuvor hatte Professor Hirsch von der Gruppe Ökologie Hannover (die ein Zweitgutachten erstellen soll) in seiner Kundgebungsrede betont, daß es nicht richtig sei, die Forderung nach diesem Gutachten in den Mittelpunkt zu stellen, sondern den Stopp des weiteren Ausbaues der Schachtanlage.

Etwa 6000 sammelten sich dann in Salzgitter-Engelnstedt und zogen geschlossen bis etwa 300 Meter vor die Schachtanlage. Den Grünen gelang es, etwa 500 abzuspalten und auf ihr „Fest“ zu führen. Dennoch hat die Haltung der Grünen nicht unerheblich dazu beigetragen, den moralischen Zusammenhalt der Demonstration zu erschüttern. Während die Polizeitaktik darin bestand, durch „Zurückhaltung“ entschlossene Kräfte über eine vierspurige Straßenabsenkung bis unmittelbar vor das Schachtgelände zu locken und dort zu isolieren, verharrte

Niedersachsen

6000 demonstrierten gegen das Atommüllendlager Schacht Konrad

Ca. 6000 Menschen demonstrierten am 30.10. gegen das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter-Bleckenstedt. Diese bisher größte Demonstration gegen das Endlager, zu der erstmals Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet mobilisierten, hat über die Grenzen der Region hinaus die Aufmerksamkeit auf diese Anlage gelenkt, die eine Schlüsselposition im Energieprogramm einnimmt. Das ehemalige Erzbergwerk wird seit 1975 auf seine Eignung als Atommüllendlager untersucht und ausgebaut, bereits jetzt gilt es als Entsorgungsnachweis für mehrere Kernkraftanlagen und ermöglicht so deren Weiterbau.

Die niedersächsische Landesregierung hat es nicht an Unterdrückungsmaßnahmen fehlen lassen: Hausdurchsuchungen, geheime Tonbandaufzeichnungen bei Veranstaltungen des sogenannten „Bürgerdialogs“ u.a.m. Wenige Tage vor der Demonstration hatte der Innenminister Drohungen gegen die Demonstranten ausgesprochen und vor einer „Schlacht am Schacht“ gewarnt. Diesem schon über Monate währenden Druck der Landesverband Niedersachsen der Grünen nicht stand. Während die Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen angesichts der Sachlage das Planfeststellungsverfahren als Farce kritisierte und mit einer Kundgebung unmittelbar am Schacht zum Ausdruck bringen wollte, daß das Endlager auf keinen Fall hingenommen werden wird, beschloß die Landesdelegier-

tenkonferenz der Grünen anderes. In einem eigenen Aufruf wurde die Forderung nach einem zweiten Gutachten für das Planfeststellungsverfahren in den Mittelpunkt gestellt und zu einem „gewaltfreien Anti-Atomfest“ ca. 1 Kilometer abseits der Schachtanlage als Abschluß der Demonstration aufgerufen. Schon zuvor war es auf maßgeblichen Druck der Grünen dazu gekommen, daß ein Teil der Initiativen und verschiedene andere politische Gruppen zu einer Kundgebung vor Beginn der Demonstration in dem noch einmal einige Kilometer entfernten



Demonstration in Salzgitter-Bleckenstedt am 30.10. 1982

ein Großteil der Demonstration 100–200 Meter vor dieser Straße angesichts der etwa 1000 Polizei- und BGS-Kräfte. Durch schnelle Vorstöße der Polizei wurden so etwa zehn festgenommen und mehr oder minder zusammengeprügelt und etwa weitere zehn, als sich die Demonstration zum Rückmarsch sammelte. Insgesamt wurden 25 vorübergehend festgenommen, gegen sechs wurde noch Sonntag morgen Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs ausgesprochen, gegen andere sollen Verfahren wegen Widerstand und schwerer Körperverletzung angestrengt werden.

Die „Braunschweiger Zeitung“ jubiliert schon, die Veranstalter der Lebenstedt-Kundgebung wollten die „Angriffe auf Polizisten nicht decken“. Die hier stark vertretenen Grünen werden entscheiden müssen, ob sie in dieser Frage vollends zum Helfershelfer der Staatsmacht werden wollen.

Lohnbewegung Mitgliederversammlung beschließt 170 DM

Bad Salzdetfurth. Die Vorbereitung der Tarifrunde 1982/83 war der Schwerpunkt der IG Metall-Mitgliederversammlung bei Fuba am 29.10.82. Zur Debatte stand der Vorschlag der Vertrauenskörperleitung, in die anstehende Lohnbewegung mit einer Festgeldforderung von 170 DM einzusteigen.

Es lag eine Untersuchung der VKL vor, die die Entwicklung der Reallöhne der Fuba-Belegschaft seit 1978 aufzeigt. Demnach, so die Argumentation der VKL, müßte für die Erhaltung oder Rückgewinnung des Lohnstandards von 1978 eine Forderung von annähernd 500 DM aufgestellt werden. Da das utopisch und nicht durchsetzbar sei, wäre eine Festgeldforderung von 170 DM realistisch, von der Gesamtorganisation vertret- und durchsetzbar. Der ausschlaggebende Gesichtspunkt für diese Forderungsart sei die unausweichliche Notwendigkeit, einem weiteren Abdriften der unteren Lohngruppen entgegenzuwirken und dadurch den Lohnstandard insgesamt weniger abrutschen zu lassen.

Ein anderer Sprecher der VKL betonte, daß durch die innerbetrieblichen Erfolge im Kampf für Höhergruppierungen nicht die allgemeine Tendenz des Reallohnabbaus aufgehalten werden konnte und auch in Zukunft nicht aufgehalten werden kann. Der Durchschnittsbruttolohn bei Fuba läge bei 2351,25 DM (Stand Juli 1982). Über 60% der Belegschaft befänden sich unter diesem Durchschnittsmonatsein-

kommen. Der Durchschnitt bei den unteren drei Lohngruppen bewege sich um 1950 DM, was ungefähr 1250 DM Nettoeinkommen ausmache. In Preisen von 1978 wären es sogar nur 1100 DM.

Eine Vertrauensfrau wies darauf hin, daß die Entwicklung des allgemeinen betrieblichen Lohnstandards immer abhängig davon sei, wie sich die untersten Löhne entwickeln würden, ge-



Ohne jede Unterbrechung: Arbeit an Bestückungsautomaten

nauso wie die Entwicklung des gesamten Lohnstandards abhängig sei von den schlechtest gestellten Betrieben und Branchen und der untersten Löhne bei ihnen. Sie trat für 170 DM ein, weil es für die am meisten gebeutelten und am schwersten schuftenden Kollegen im Akkordbereich effektiv eine Forderung von ca. 220 DM bedeute. Alles was unter 200 DM effektiv läge, wäre ihrer Meinung nach nicht vertretbar, weil nicht ausreichend.

Von den 240 anwesenden IGM-Mitgliedern stimmten 209 für 170 DM Festgeld. 31 stimmten dagegen. Sie wollten eine Prozentforderung um die 10% aufgestellt wissen.

Bayern Umbildung der Staatsregierung

München. Am 27. Oktober wurde im bayerischen Landtag das neue Kabinett Strauß vereidigt. Mit 133 von insgesamt 204 Sitzen hat die CSU mit einer fast Zwei-Drittel-Mehrheit eine günstige parlamentarische Basis, um ihren reaktionären Kurs weiter zu betreiben. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten soll am 18. November erfolgen. Was sie enthalten wird, wird der Perspektive folgen, die Strauß unmittelbar vor der Landtagswahl ge-

ben hat: „Auch wenn man große Worte wie jenes von ‚Blut, Schweiß und Tränen‘ nicht ohne Not gebrauchen oder gar überstrapazieren sollte, vor Illusionen muß gewarnt werden ... Wir machen keine großen Versprechungen, im Gegenteil, wir sagen offen, daß harte und schwere Entscheidungen vor uns liegen ... Was für Bonn gilt, gilt in gleicher Weise für Bayern.“ (Bayernkurier, 2.10.)

Störfaktoren sollen dabei ausgeschaltet werden. Strauß brachte in der Konstituierenden Sitzung des Landtags seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß „nur Parteien in den Landtag berufen wurden, die sich vorbehaltlos zum Grundgesetz und zu den Spielregeln der repräsentativen Demokratie bekennen“. Und als Strauß die Absicht aussprach, daß es auch zukünftig dabei bleiben solle, bekam er Beifall seitens der SPD.

Entsprechend den formulierten Aufgaben und den Ambitionen von Strauß in einer Bundesregierung wurde mittels „Ringtausch“ Staatsregierung und Fraktionsvorsitz der CSU geändert. Der bisherige Fraktionsvorsitzende August Lang wurde durch den bisherigen Innenminister Tandler abgelöst. Dessen Platz wird künftig der bisherige Justizminister Hillermeier ausfüllen. Hillermeiers Nachfolger wird August Lang. Als Staatssekretär der Staatskanzlei rückt der CSU-Generalsekretär Stoiber ein. Für die kommenden „harten Zeiten“ soll die CSU-Fraktion an straffer Leine geführt werden. Bewährt hat sich dafür Tandler als ehemaliger Generalsekretär und vor allem als Innenminister, der u.a. die Ausrüstung der Polizei mit CS-Gas und Gummischwuchgeschossen durchsetzte, der ohne Zucken die Bespitzelung der Gewerkschaften als „notwendig und legitim“ fortsetzen will, der per Verordnung aufmuckende Gemeinden der staatlichen Landesplanung unterwarf, sei es bei Kernenergieprojekten oder Gebietsreform. Da die CSU schärfere Auseinandersetzungen erwartet, ist wohl ein Fraktionsvorsitzender Lang künftig zu umständlich, weil er in der letzten Legislaturperiode einige Mal leichte Bedenken gegenüber dem Kurs der Staatsregierung angemeldet hat, so z.B. beim atomaren Standortplan oder beim neuen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz. Schließlich ist Dr. Stoiber für den verschärften Kurs der Reaktion eine Bereicherung, hat er doch jüngst den Gewerkschaften anlässlich deren „Wahlprüfsteinen“ das Recht bestritten, überhaupt zu allen politischen Themen Stellung beziehen zu dürfen. Stoibers neue Position bietet Gewähr für Führung von Partei und Staatsregierung, so daß Strauß, wie er ankündigte, sich mehr „bundes- und internationalen Aufgaben“ widmen kann.

„Grenzübergreifende Aktivitäten“ der CDU Richtung Skandinavien

Mit den Worten „Südlich der Eider weiß niemand mehr, daß es in Dänemark überhaupt Deutsche gibt“, leitete der Vertreter der deutschen Volksgruppe in Dänemark (Bund der Nordschleswiger, BdN), Matlok, eine CDA-Vortragsreihe in Schleswig ein. Thema: „Nationale Minderheiten“ und „grenzübergreifende Aktivitäten“. Dazu finden in letzter Zeit in Schleswig-Holstein verstärkt Aktivitäten statt, die hauptsächlich von der CDU-Landesregierung initiiert und gefördert werden. Und weil sie ja über die Grenzen greifen sollen, werden alte Rechnungen über Grenzstreitigkeiten öfters wieder aufgewärmt.

So wurde auf der CDA-Tagung festgestellt, daß die Volksabstimmung von 1920, durch die Nordschleswig dänisch wurde, sehr fragwürdig gewesen sei und daß die jetzige Grenze deutscherseits als ungerecht empfunden würde. Auf Initiative des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), der von der Landesregierung unterstützt und bezuschußt wird, fand am 25. September ein Treffen der Ehemaligen der Deutschen Grenzlandjugend statt, wo natürlich? – ganz nahe an der Grenze mit Blick auf Dänemark. Der kurz nach dem Krieg gegründete Verein gegen die „Gefährdung des deutschen Volkstums“ wurde von den britischen Militärbehörden zuerst verboten, da ihm noch zu sehr ein übler Geruch anhing. Unter dem Motto: „An alle deutschen Jungen und Mädels: Wir bekennen uns zu Ehre und Sauberkeit, zu Verantwortungsbewußtsein und Toleranz, die wir in Erziehung zum Gemeinschaftssinn und geistiger Fortbildung anstreben“, verstanden sie sich als Gegenbewegung zum „fordernden Dänentum“.

Tatsächlich war nach dem Krieg das deutsche Nationalgefühl etwas angeschlagen, und viele Deutsche im Landesteil Schleswig bewegte die Frage: Angliederung des Landesteils an Dänemark, ja oder nein? Bezuschußt von Bundes- und Landesregierung starteten verschiedene Verbände, darunter eben auch die Grenzlandjugend, eine politische und kulturelle Offensive. Es gelang dem Verein, sich ebenfalls im Saarland anzusiedeln, wo 1953 ein Landesverband gegründet wurde. Mit den Jahren zerfiel der Einfluß, was bei der Feier der Ehemaligen sehr bedauert wurde. Der Vorsitzende des SHHB richtete auf der Veranstaltung einen Appell an die „heutige deutsche Jugend“, sich der nationalen Verpflichtung

nicht zu entziehen. Heimat und Vaterland mußten an Bedeutung gewinnen, und er hoffe, die schleswig-holsteinische Jugend werde zu den Idealen der Grenzlandjugend zurückkehren.

Ganz nach seinem Geschmack dürfte deshalb eine Aktion der Europa-Jugend aus Dänemark und der BRD anläßlich des zehnjährigen Jubiläums des EG-Beitritts von Dänemark gewesen sein. Auf dänischer Seite wurde symbolisch ein Schlagbaum mit der Axt zerschlagen (siehe Bild). Unterstützt wurde dieser Akt von der Jugendorganisation der Deutschen Europa-Bewe-



Aktion der Europa-Jugend an der deutsch-dänischen Grenze zum 10. Jubiläum des EG-Beitritts Dänemarks

gung. Symbolisch wurde die Grenze zerschlagen, und die Europa-Jugend führte symbolisch aus, was sich die dänischen auch, aber hauptsächlich die westdeutschen Kapitalisten erhoffen. Denn die Offensiven der Bundes- und schleswig-holsteinischen Landesregierung zeigen, was sie vorhaben: Nicht nur nach Osten soll die Expansion westdeutschen Kapitals stattfinden, auch der Norden wird angepeilt.

Vom Brückenschlagen Richtung Norden ist ständig die Rede. Bei der Einweihung der Deudan-Erdgasleitung von Rendsburg nach Fröslev/Dänemark am 1. Oktober betonte der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister vor Vertretern aus Politik und Wirtschaft die Bedeutung einer solchen „Energiebrücke nach Skandinavien“. Das Projekt wurde im Auftrag der Ruhrgas AG und der dänischen Olie og Naturgas AS gebaut, und wie es der Zufall so will, sind die westdeut-

schen Teilhaber mit 51%, die dänischen mit 49% an der Transportgesellschaft beteiligt. Und nicht ganz unerheblich ist die Tatsache, daß die neue Erdgasleitung dem schleswig-holsteinischen Energieversorgungsunternehmen Schleswag zum Ausbau seines Gassystems im nördlichen Landesteil zur Verfügung steht.

1978 scheiterte die CDU-Ratsfraktion in Flensburg in ihrem Versuch, die dänische Regierung zum Bau einer Brücke über den Großen Belt, die den Schnelltransport von Wirtschaftsgütern über Fünen nach Seeland möglich machen und eine Zubringerbrücke für ganz Skandinavien sein würde, aufzufordern. Das Folketing lehnte ab. Nun rechnet sich die CDU-Ratsfraktion unter der neuen dänischen Regierung wieder eine Chance aus, das Projekt anzukurbeln, denn mit dem seit vielen Jahren geforderten Brückenschlag über den Großen Belt würde ein erster we-

sentlicher Schritt getan, um die traditionellen Verkehrs- und Handelsströme wieder stärker zu beleben.

Die Kapitalisten – vor allem im nördlichen Schleswig-Holstein – wurden durch den Bau der Fehmarnsund-Brücke, die einen schnelleren Transportweg nach Kopenhagen möglich macht, abgehängt. Das soll sich nun ändern, und die CDU Flensburg hat entsprechende Eingaben an den Landtag, Bundestag und das Europäische Parlament gerichtet. Den westdeutschen Kapitalisten schwebt eine Transportlinie Fünen – Großer Belt – Kopenhagen – Schweden vor. Dabei kommt ihnen ganz sicher gelegen, daß die neue schwedische Regierung die Absicht geäußert hat, alte Pläne über eine Öresund-Brücke (Verbindung zwischen Dänemark und Schweden) wieder auszugraben.

Quellenhinweis: „Flensburger Tageblatt“, 25.9. und 15. 10.82; „Schleswiger Nachrichten“, 4.10.82; „Up ewig ungedeckt“, Dr. Ausschluß 1920

Reaktionäres Lied- gut alt und neu

Die CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein hat für Schüler das Jugendlexikon „ja bitte“ herausgegeben, an dessen Werten sich die Jugend orientieren soll. Auf S. 145 wird das Schleswig-Holstein-Lied angepriesen: „Mehr als nur eine Landeshymne. Sozusagen die Erkennungsmelodie für Nordlichter!“ Am liebsten würde die Landes-CDU dieses Lied wieder an den Schulen singen lassen. In Strophe 6 heißt es z.B., daß die Heimatgrenzen an der Königsau enden. Und die liegt bekanntlich weiter nördlich mitten in Dänemark.

Aus dem Schleswig-Holstein-Lied:

„1. Schleswig-Holstein, meerrumschlungen, deutscher Sitte hohe Wacht, wahr treu was schwer erungen, bis ein schöner Morgen tagt! Schleswig-Holstein, stammverwandt, wanke nicht, mein Vaterland!“

3. Doch wenn inn're Stürme wüten, drohend sich der Nord erhebt, schütze Gott die holden Blüten, die ein mildrer Süd belebt! Schleswig-Holstein, stammverwandt, stehe fest, mein Vaterland!“

6. Und wo an des Landes Marken sinnend blinkt die Königsau, und wo rauschend stolze Barken elbwärts ziehn zum Holstengau, – Schleswig-Holstein, stammverwandt, bleibe treu, mein Vaterland!“

Aus dem Liederbuch des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes. „Kennt ihr das Land...?“

„2. Kennt ihr das Land in Deutschlands Norden, mit Wald und Flur so reich bekränzt, und wo des Landsmanns reiche Horden die Elb' und Königsau begrenzt? Es ist das Land, das mich gebär, wo meiner Väter Wiege stand. Singt, Brüder, heut und immerdar: Ja Schleswig-Holstein ist mein Vaterland!“

Die Töne sind nicht neu. Vor der Volksabstimmung 1920, bei der Nordschleswig zu Dänemark kam, wurde von den deutschen Imperialisten z.B. das Lied „Wat is den Dän' sien Vaterland?“ propagiert, in dem die Dänen über die Königsau hinaus vertrieben werden sollten.

„Wat ist den Dän' sien Vaterland? Vun Königsau den Süderstrand, de Jütland erst vun Sleswig trennt? Wo man den König Herzog nennt? O hol die jonich, jonich op, sien Vaterland liegt höger rop!“

NRW-Kindergartengesetz Landeselternrat handelt – Farthmann tobt

Düsseldorf. Farthmann, Minister für Arbeit und Soziales in NRW, sieht sich angesichts des wachsenden Widerstandes gegen das neue Kindergartengesetz, z.B. 100000 Unterschriften, gezwungen, Stellung zu nehmen. Der Landeselternrat sei „undemokratisch zustande gekommen“, „betreibe unseriöse Stimmungsmache“.

Sicher, gesetzlich vorgesehen sind die neugebildeten Stadt- und Landeselternräte nicht. Diese zentralisierte Ebene von Vertretungsorganen der Eltern sind im Kindergartengesetz wohlweislich unterschlagen worden, wird doch gerade auf dieser Ebene der Verwaltung und Gesetzgebung mittels der Zuschüsse, Verordnungen und Gesetze den Eltern die Daumenschraube angesetzt. Gewählt sind diese Räte allemal, der Stadtelternrat in Düsseldorf z.B. von Vertretern aus 56 Einrichtungen, der Landeselternrat von Vertretern aus 60 Städten aus NRW.

Farthmann bezeichnete die Behauptung des Landeselternrats, das neue Kindergartengesetz sei „unsozial“ als Lüge und verwies auf die geplante „soziale Staffelung der Elternbeiträge“: bis 50000 DM Jahreseinkommen 35 DM Elternbeitrag monatlich, bis 90000 DM Jahreseinkommen 60 DM Elternbeitrag, ab 100000 DM Jahreseinkommen 100 DM Elternbeitrag. Prozentual und auf den Monat sieht die Staffelung so aus:

1500 DM monatlich - 35 DM Beitrag = 2,3% – 4000 DM monatlich - 35 DM Beitrag = 0,8% – 6000 DM monatlich - 60 DM Beitrag = 1,0% – 10000 DM monatlich - 100 DM Beitrag = 1,0%.

Eltern aus den unteren und mittleren Lohngruppen haben also die höchste Belastung zu tragen. Die jederzeitige Erhöhung der Beiträge hat sich Farthmann auf dem Wege der Rechtsverordnung offengehalten.

Die einzuführende Abrechnungsweise zwischen den Trägern, dem Land und den städtischen Jugendämtern legt den Kindergärten nahe, nur Kinder aus begüterten Familien aufzunehmen. Denn Träger, Stadt und Land übernehmen die Finanzierung der „Betriebskostenpauschale“, des Restbetrags der Betriebskosten nach Abzug der Elternbeiträge. Je höher also die Elternbeiträge, desto weniger müssen Träger, Land und Stadt zahlen. Insgesamt sind die Pauschalbeträge, die als Betriebskosten überhaupt anerkannt werden, drastisch gekürzt. Z.B. sind für Getränke pro Jahr und Kindergartengruppe 800 DM vorgesehen; das

sind pro Kind und Woche ganze 66 Pfennige (bei 25 Kindern je Gruppe und 48 Wochen Kindergartenbetrieb).

Besonders aufgebracht hat Farthmann sicher der Hinweis des Kölner Elternrates, daß drei Kindergartenplätze mit den monatlichen Diätenerhöhungen von zwei Landtagsabgeordneten voll finanziert werden könnten.

Am 6. November führt der Landeselternrat einen Aktionstag gegen das geplante Gesetz in Düsseldorf durch. Damit soll vor allem betont werden, daß der Kindergarten Teil der öffentlichen Bildungseinrichtungen ist und kostenfrei zur Verfügung stehen muß.

Beamtenrecht

Entlassener Beamter muß Bezüge zurückzahlen

Stuttgart. Die baden-württembergische Landesregierung verschärft, abgesichert durch die Rechtssprechung des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim, die Anwendung der Beamtengesetze.

Der Neuffener Realschullehrer Hans Schäfer muß jetzt in Raten von monatlich 350 DM 50 198,40 DM Bruttobezüge für den Zeitraum Juli 1975 bis Juli 1977 zurückzahlen. Schäfer war 1975 vom Oberschulamt Stuttgart wegen DKP-Mitgliedschaft und -Kandidatur zu den Landtagswahlen entlassen worden.

Nachdem das Verwaltungsgericht Stuttgart diese Entscheidung aufgehoben und die Weiterbeschäftigung des Lehrers angeordnet hatte, leitete das Kultusministerium unter Mißachtung des Gerichtsurteils sofort ein Disziplinarverfahren gegen Schäfer ein, um ihn vom Unterricht fernhalten zu können und kürzte seine Bezüge um 50%.

Der VGH Mannheim erklärte im Juli 1977 die Entlassung wie auch Anfang



50000 im DGB organisierte Beamte demonstrierten am 7.9. in Bonn.

1978 die Rückforderung der Bezüge für rechters: „Ein entlassener Beamter muß, wenn er die Entlassungsverfügung anfecht und wenn er deshalb, weil aufgrund der Aufschiebewirkung des Rechtsbehelfs das einstweilige Fortbestehen des Beamtenverhältnisses fingiert wird, während des Rechtsstreits noch Dienstbezüge erhält, damit rechnen, daß der Prozeß zu seinen Ungunsten ausgeht.“ Gehe der Rechtsstreit in letzter Instanz verloren, dann hätten „das Beamtenverhältnis und damit die Ansprüche auf Bezüge seit dem Entlassungszeitpunkt nicht mehr bestanden.“

Ein Beamter habe sich bei solchen Verfahren grundsätzlich darauf einzustellen, „daß ihm diese Bezüge möglicherweise nicht zustehen und daß er sie daher zurückzuhalten haben wird. Das ist Teil seines Prozeßrisikos.“ Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin hat im September 1982 die Beschwerde des Lehrers gegen die Nichtzulassung der Revision seitens des VGH Mannheim zurückgewiesen. Die Rückzahlung von Bruttobezügen wird damit begründet, daß auch die Pensionsrückstellungen in der Bruttosumme enthalten und die Rückzahlungen von der Einkommenssteuer absetzbar sind.

Die politische Unterdrückung durch die fdGO-Treuepflicht der Beamten wird geschärft durch die generelle Androhung des finanziellen Ruins, wenn ein Beamter gerichtlich gegen die Entlassung angeht. Daß nach dem Beamtenrecht die Treuepflicht auch für den Ruhestandsbeamten uneingeschränkt gilt, demonstriert die bayerische Landesregierung, die dem im Februar 1982 pensionierten Hauptschullehrer Konrad aus Altdorf wegen Kandidatur für die DKP zu den Landtagswahlen die Ruhestandsbezüge vollständig entziehen will. Ein Beamter fällt dann der Sozialhilfe anheim.

Westberlin

Keine Abschiebung von Asylbewerbern!

Westberlin. Am 17.10. versuchten 15 palästinensische Asylbewerber durch Androhung von Selbstmord ihre Abschiebung zu verhindern. Die Selbstmordversuche wurden durch die Polizei vereitelt.

Der CDU-Senat hat seine seit längerer Zeit angekündigte Drohung verwirklicht und palästinensische und libanesische Asylbewerber, die hier zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden und deren Haft beendet ist, abgeschoben. Von 25 Asylbewerbern in Abschiebehaft waren Ende September, nach dem Massaker in Beirut, 23 gegen

die angedrohte Abschiebung in einen Hungerstreik getreten und einige haben auch Selbstmordversuche unternommen. Nachdem der Beirut Flughafen wieder geöffnet wurde, begann der Senat mit den Abschiebungen. Sieben sollen bereits abgeschoben worden sein. Zwei angeblich „freiwillig“. Ihnen wurde die Ausreise nach Damaskus versprochen, ausgeflogen wurden sie nach Beirut.



Vor der Asylantenstelle am 8.9.82

Der Innensenator Lummer rechtfertigt die Abschiebungen, mit der die Asylbewerber mit dem Tod durch die Falangisten bedroht sind, mit Beschuldigungen, die in Abschiebehaft befindlichen wären „potentielle Mörder“. Durch Artikel in der bürgerlichen Presse wurde schon seit langem versucht, den Eindruck zu erwecken, der Westberliner Drogenhandel würde im wesentlichen von palästinensischen und libanesischen Asylbewerbern beherrscht. Die „Berliner Morgenpost“, die in ihrer Hetze gegen die Palästinenser keine Lüge ausläßt, berichtet am 26.10., daß die PLO Haschischfelder im Bekaa-Tal besessen habe und das Haschisch nach Westeuropa auf den Markt gebracht worden wäre.

Gegen die Verleumdungen des Senats und gegen die Abschiebung führte das Palästina-Libanon-Komitee am 23.10. eine Demonstration mit 160 Teilnehmern durch.

Die Alternative Liste hat im Abgeordnetenhaus in einem Antrag die Aufenthaltsgenehmigung für alle Palästinenser gefordert. Die Forderung wird von anderen Organisationen unterstützt. Erreicht wurde bisher lediglich, daß Lummer die Zusage gab, daß keine Palästinenser abgeschoben werden sollen bis zur Entscheidung über den AL-Antrag. Ausgenommen hat Lummer die wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz Inhaftierten. Mit erneuten Asylanträgen versuchen jetzt die in Abschiebehaft befindlichen Palästinenser und Libanesen, ihre Abschiebung zu verhindern.

Heidelberger Justiz Angriffe auf Verteidigerrechte

Heidelberg. Seit geraumer Zeit ist das Mannheimer Rechtsanwaltsbüro Schifferer/Klein das Ziel von Angriffen der Heidelberger Justizbehörden. Die Rechtsanwälte vertreten u.a. Patienten des Psychiatrischen Landeskrankenhauses in Wiesloch bei Heidelberg. Die Patienten hatten Strafanzeige wegen Körperverletzung erstattet, weil ihnen gegen ihren Willen Psychopharmaka verabreicht werden. Diese Medikamente führen zu einem Dämmerzustand, die Folgen einer Langzeitanwendung sind wenig erforscht, aber sicher gefährlich.

Ein Patient wurde z.B. vor Jahren in Folge eines Diebstahls vom Gericht eingewiesen und nicht mehr herausgelassen. Da viele Patienten entmündigt sind, billigt man ihnen keinen eigenen Willen zu. Erst kürzlich verstarb ein Patient, „offenbar durch eine Art Sonderbehandlung im PLK Wiesloch“ (zitiert nach „Komitee für Grundrechte und Demokratie“).

Die Rechtsanwälte werden mit unglaublichen Methoden behandelt. Ihre Strafanzeigen werden nicht mehr bearbeitet. Beleidigungsprozesse werden angestrengt wegen des Inhalts ihrer Schriftsätze. Im Prozeß gegen RA Klein verurteilte Richter Ehlikes ihn wegen Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Im Verfahren selbst wollte der Richter gegen den Willen des Anwalts seine Unzurechnungsfähigkeit feststellen lassen. Dazu beauftragte er einen Professor, der dies aufgrund der Schriftsätze (!) des Anwalts feststellen sollte. Der Professor gab ein Gutachten ab, ohne den Anwalt gesehen zu haben. Dieser sei zurechnungsfähig – eine harte Bestrafung sei aber zu empfehlen, weil er die Ärzte des PLK beleidigt habe.

Kürzlich verteidigte RA Klein u.a. die Studentin G. Lehmann. Frau Lehmann war bei einer Polizeiaktion von Beamten mißhandelt worden. Sie erstattete Anzeige. Diese wurde eingestellt, stattdessen erhielt sie ein Verfahren wegen falscher eidesstattlicher Versicherung. Im Prozeß war Ordnungshaft für Zuhörer an der Tagesordnung. Frau Lehmann wurde durch richterliche Verfügung in das PLK Wiesloch eingewiesen, wo sie während des Prozesses teilweise verbleiben mußte. Ihr Verteidiger wurde von der Verhandlung ausgeschlossen und aus dem Saal entfernt. Diese Maßnahme ist nicht einmal in der Strafprozeßordnung vorgesehen.

„Unternehmer auf dem Prüfstand in Baden-Württemberg“ Kampagne gegen die Propaganda der Kapitalisten

Mannheim. Seit August führt die IG Metall in Baden-Württemberg die Kampagne „Unternehmer auf dem Prüfstand“ durch. Ziel der IGM-Bezirksleitung ist dabei, in Vorbereitung der „Tarifrunde 82/83“ frühzeitig die Auseinandersetzung mit der Argumentation der Kapitalisten zu suchen. Widerlegt werden soll die Behauptung, daß „Lohnzurückhaltung“ Arbeitsplätze sichere. Dabei geht die IGM von folgender Überlegung aus:

„Der Unterschied zwischen Abschluß und Forderung betrug in der letzten Tarifrunde 3,1% ... Die jährliche Lohn- und Gehaltssumme der Metallindustrie in Baden-Württemberg betrug im Jahre 1980 DM 35252914000 ... 3,1% aus DM 35252914000 sind DM 1092840000. Die durchschnittlichen Investitionskosten für einen zusätzlichen Arbeitsplatz setzen die Unternehmer mit DM 80000 an. Nach der Ideologie der Unternehmer müßten also ca. 13600 zusätzliche Arbeitsplätze im Jahr 1981 in Baden-Württemberg geschaffen worden sein. Wie schaut die Arbeitsplatzentwicklung in der Metallindustrie tatsächlich aus? ... Unser Lohnopfer hat, bezogen auf Baden-Württemberg, keine Ausdehnung der Arbeitsplätze gebracht; die Arbeitsplätze gingen vielmehr um 16822 zurück.“ Für 1982 wird analog ein „Soll“ von 15000 neuen Arbeitsplätzen errechnet.

Mitte August beginnt die Aktion mit der Auslieferung von Plakaten zur Veröffentlichung entsprechender betrieblicher Untersuchungen, mit Pressemitteilungen, Flugblattaktionen und Anzeigen (s. Bild). Die IGM erhebt dabei Forderungen wie „Sicherung der Arbeitsplätze“.

Der „Mannheimer Morgen“ lehnt den Abdruck einer Anzeige unter Hinweis auf seine Geschäftsbedingungen („Veröffentlichung für den Verlag unzumutbar“) ab: „Weiterhin könnte der Leser meinen, daß die abgebildete Hand die IG Metall symbolisiere, die einen Dieb festhält“. In einem Flugblatt antwortet die Gewerkschaft: „Wie kann man bei diesem ‚Unternehmerbild mit Erträgen‘ auf den Begriff Dieb oder Diebstahl kommen? ... Wieso sollte überhaupt jemand auf den Gedanken kommen, daß Unternehmer als Diebe karikiert werden könnten?“ Auf eine in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte Anzeige der IGM hin schreibt die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Renate Lepsius an alle Mitglieder ihrer Frak-

tion: „... Ich muß Euch diese Anzeige zur Kenntnis bringen. Sie regt mich sehr auf. Sie erinnert mich an den ‚Stürmer‘ ... Wir müssen den Anfängen wehren, wenn es nicht schon zu spät ist.“

In den Betrieben läuft die Aktion unterschiedlich an. Teilweise wird sie von den Vertrauensleutenkörpern diskutiert, teils werden nur die Plakate von den Betriebsräten aufgehängt. In einigen Betrieben jedoch entwickeln sich heftige Auseinandersetzungen: Bei BBC, John Deere, Frankl & Kirchner u.a. werden die Plakate von den Geschäftsleitungen entfernt. Begründung bei Frankl & Kirchner: „Die Karikatu-

ren versuchen, die Geschäftsleitung zu beleidigen“ und „Die Karikaturen des Plakats gefährden den Betriebsfrieden“. Die IG Metall antwortet mit Flugblättern, die Karikaturen werden mit dem Text „Wurde von der Betriebsleitung zensiert“ überklebt und erneut aufgehängt; wieder verlangt die Geschäftsleitung die Entfernung.

Die Kapitalistenverbände versuchen, mit Spaltung der Vorbereitung des Tarifikampfes entgegenzuwirken: Der Begriff „Lohnopfer“ sei „verfehlt angesichts eines Abschlusses von 4,2% zugunsten derer, die Arbeitsplätze haben, während es für 1,8 Mio. Arbeitslose weder Arbeit noch Lohnerhöhung

**IG METALL
Mannheim**

INFORMIERT

**Unternehmer sagen:
Höhere Gewinne gleich mehr Investitionen
gleich mehr Arbeitsplätze.**

**Diese Behauptung
wird von uns geprüft
mit der Aktion:**



UNTERNEHMER AUF DEM PRÜFSTAND

- Die Unternehmer behaupten:**
Lohnverzicht schafft zusätzliche Arbeitsplätze
- Die IG Metall weist nach:**
Nach zwei Jahren Reallohnsenkung, nach zwei Jahren Senkung der Kaufkraft, wird die Arbeitsplatzvernichtung jetzt immer bedrohlicher
- Wir prüfen jetzt jeden Metallbetrieb:**
Wir informieren die Öffentlichkeit über jeden vernichteten Arbeitsplatz

**Deshalb die Aktion
» UNTERNEHMER
AUF DEM PRÜFSTAND «**

**AUCH IN MANNHEIMER
METALLBETRIEBEN**



gen gebe“, argumentiert E. Mehne, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Heilbronn/Hohenlohe; die Aktion der IGM sei ein Griff in die „Mottenkiste des Klassenkampfes“. Im Flugblatt des Verbandes der Metallindustrie (VMI) heißt es: „Das ist eine Verhöhnung der Unternehmensleitungen und Betriebsräte, die gemeinsam bemüht sind, ihre Unternehmen durch die Wirtschaftskrise zu bringen und den Verlust an Arbeitsplätzen so gering wie möglich zu halten“.

Tatsächlich sei nämlich der Lohn zu wenig gesenkt worden: „In unserer ersten Verhandlungsrunde am 15.1.82 habe ich sehr deutlich gesagt, daß unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten eine Lohnpause ... der beste Weg wäre, die Arbeitsplätze sicherer zu machen“ (Stihl, VMI-Vorsitzender).

Mitte September veröffentlicht die IG Metall Zwischenresultate der Aktion, hauptsächlich Ergebnisse betrieblicher Beschäftigungsuntersuchungen. In allen Verwaltungsstellen ist insgesamt ein Rückgang der Arbeitsplätze festzustellen; er setzt sich jedoch aus Betrieben mit sinkender und einer

(kleineren) Zahl mit steigender Beschäftigung zusammen. In Mannheim z.B. steht einer abnehmenden Zahl von beschäftigten Arbeitern ein Zuwachs bei den Angestellten gegenüber. In Esslingen verzeichnen von 31 untersuchten Betrieben 18 einen Rückgang, aber auch 13 einen Zugang. In Ulm ergibt sich bei Einteilung der 33 betrieblichen Zwischenergebnisse in Betriebsgrößenzklassen das Bild, daß von Januar bis Mai 1982 in Betrieben unter 200 und über 1000 Beschäftigten die Beschäftigtenzahl abnimmt, in den Betrieben zwischen 200 und 1000 jedoch steigt. W. Hillenbrandt, 1. Bevollmächtigter der IGM Ludwigsburg, nimmt in der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ zur Situation der mittleren Betriebe Stellung: „Es werde den Betrieben zuviel Kapital entzogen, teilweise sei sogar festzustellen, daß die Anteilseigner ihr Kapital aus der Firma herausnahmen, um es denselben Unternehmen hinterher zu hohen Zinsen als Kredit zur Verfügung zu stellen“.

Die Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ soll bis zum 30.11.82 weitergeführt werden, die Ergebnisse Gegenstand der Betriebsversammlungen

HERMANN ZANKER
Personalabteilung
74 TUBINGEN-WEST
Schloßmühlweg 68
Telefon-Durchwahl 201

llen ein

ZANKER

soll leben!
wir Kämpfen
in jedem Arbeitsplatz

Zanker-Schließung: Lassen die Entlassungen den Tarifikampf in den Hintergrund treten?

im IV. Quartal werden. Wenn die z.T. aufschlußreichen Ergebnisse konsequent zur Vorbereitung des Tarifikampfes 1983 genutzt werden, ist eine Stärkung der Argumentation der IG Metall gegen weitere Lohnsenkung zu erwarten.

Quellenhinweis: VMI-Pressespiegel September 1982

Kapitalisten fürchten den Lohnkampf

Relativ früh hat sich die IG Metall in Baden-Württemberg in diesem Jahr darum bemüht, den Lohnkampf vorzubereiten und der Parole der Kapitalisten „Lohnverzicht = Arbeitsplätze“ entgegenzutreten. Daß die Aktion auch ihre Wirkung hatte, zeigt die empfindliche Reaktion des Verbandes der Metallindustrie (VMI): er sah sich gezwungen, mit Presseartikeln und Flugblättern an die Öffentlichkeit zu gehen, um sein Bemühen um den „Erhalt der Arbeitsplätze“ zu dokumentieren und „Lohnzurückhaltung“ zu predigen.

Weniger aufgebracht haben dürfte die Kapitalisten dabei allerdings die auf Plakaten und Flugblättern der IG Metall verbreitete Aufforderung „Arbeitsplätze schaffen“ als vielmehr das eigentliche Ziel der Aktion, frühzeitig und breitflächig die Auseinandersetzung mit den Kapitalisten um die weitere Entwicklung der Reallohne zu suchen, um nicht nochmals eine Reallohnsenkung einstecken zu müssen. So wie die Aktion letztlich angelegt war und durchgeführt wurde, ist ohne Zweifel die Gefahr enthalten, in den allgemeinen „Arbeitsplätze“-Ruf der Kapitalisten und der Regierung einzufallen. Denn von der Ausgangsüberlegung her, Schlußfolgerungen aus dem letzten Tarifabschluß zu ziehen, waren zwei Konse-

quenzen möglich: entweder sich vorwiegend dem Ziel zuzuwenden, die Kapitalisten an ihr Versprechen „Erhalt der Arbeitsplätze“ zu binden, oder andererseits daraus die Notwendigkeit einer angemessenen Lohnerhöhung abzuleiten.

Tatsächlich trat die Argumentation „Arbeitsplatzverluste“ etwas stark in den Vordergrund. So hatten denn auch die betrieblichen Vertretungskörperschaften einige Probleme damit zu argumentieren; zumindest dort, wo die



Tarifikampf 81/82: IGM Nordwürtt./Nordbaden fordert 100 DM + 3%.

Belegschaften gleichgeblieben oder geringfügig aufgestockt worden sind, z.B. in einigen Mittelbetrieben aber auch bei AUDI.

Um so mehr wird es jetzt in der Zusammenfassung darauf ankommen, die Aktion so zu nutzen, daß dabei weitere Argumente für die Sicherung bzw. Erhöhung des Reallohns herauskommen. Nicht weniger wichtig wäre es, den Beweis anzutreten, daß die Kapitalisten Geld haben und zahlen können: wo und wie sie ihr Geld anlegen und mit welchem Ziel. Der Vorschlag von Franz Steinkühler schließlich, anhand des statistischen Warenkorb-Untersuchungen über die notwendigen Ausgaben eines typischen Metallarbeiterhaushalts zu machen, ist sicher der Umsetzung wert, auch wenn dies nur „mehr Kaufkraft“ begründet. Wurde doch im letzten Jahr zumindest daraus die Festgeldkomponente für die unteren Lohngruppen abgeleitet. All dies wäre nützlich und notwendig, um Klarheit bezüglich Struktur und Höhe einer passenden Lohnforderung 1983 zu schaffen. Insgesamt ist festzuhalten, daß die Aktion für das eigentliche Ziel, „keine Lohnsenkung mehr hinzunehmen“, durchaus genutzt werden kann. Da die Untersuchung in zahlreichen Betrieben durchgeführt wurde, ergeben sich darüberhinaus vielfältige Kenntnisse über die Tätigkeit der Kapitalisten, die Betriebsräten und Vertrauensleuten sicher nützen.

Die Landesregierung Baden-Württemberg plant die Verabschiedung eines neuen Wirtschaftsförderungsprogramms zum 1.1.1983. Der Entwurf umfaßt:

1. überbetriebliche und einzelbetriebliche Mittelstandsförderung;
2. Regionalförderung;
3. Förderung von Vorhaben zur Vermehrung der sektoralen Vielseitigkeit und zur Bekämpfung von Struktureinbrüchen;
4. Fremdenverkehrsförderung.

„Zuwendungsempfänger“ sind:

Klein- und Mittelindustrie, Handwerk, Handel, Gaststätten, freie Berufe, zukünftige Unternehmer und „in begründeten Fällen“ Großbetriebe.

Die CDU-Fraktion fordert 260 Mio. DM Steuermittel für das Programm. Ein Großteil davon ist dem Finanzkapital zugedacht: Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ besteht hauptsächlich in zinsverbilligten Krediten, die die Landeskreditbank abwickelt. Ihr Umfang betrug 1977 und 78 rund 1,3 Mrd. DM.

Überbetriebliche Mittelstandsförderung: Der Staat übernimmt und finanziert Tätigkeiten der IHKs und Kapitalistenverbände: Managementschulungen, Marktuntersuchungen, Forschungsprojekte, Beratungs- und Dokumentationszentren, Exportausstellungen.

Einzelbetriebliche Mittelstandsförderung: Mittel werden hauptsächlich bereitgestellt für Existenzgründungen, Einsatz moderner Technologie, Exportförderung und -garantie. Darlehen für Entwicklungsvorhaben sind nur bei Erfolg rückzahlbar. Für die Umstellung auf neue Verfahren wird die Fördergrenze von 2,5 auf 5 Mio. DM Projektkosten heraufgesetzt.

Forciert werden soll die „Mobilisierung von investitionsbereitem privatem Kapital für mittelständische Unternehmen“. Private Geldgeber und Kapitalbeteiligungsgesellschaften bekommen Garantien für Beteiligungen bis 5 Mio. DM.

Quellenhinweis: Mittelstandsförderungsgesetz 1975; Mittelstandsbericht der Landesregierung 1979; Wirtschaftsförderungsprogramm (Entwurf)

Stellungnahmen zum Wirtschaftsförderungsprogramm Baden-Württemberg

CDU, MdL Maurer: Es fehle derzeit an jungen Unternehmen mit Schwung, Ideen und Schaffenskraft, die versuchten, Marktchancen zu nutzen und neue Möglichkeiten zu ermitteln. Es sollten Anreize zur Einsparung von Existenzgründungskapital gegeben werden. Schließlich sollte erwogen werden, ob die Einführung eines Verlustrücktrages in der Weise erwogen werden könnte, daß Verluste, die in der Anfangsphase eines Betriebes, bei der Existenzgründung auftreten mit den Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit verrechnet werden.

SPD, MdL Geisel: Weil für die SPD die Wirtschafts- und Gewerbeförderung vorrangig ein Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sei, sage sie ja zu einer landesweiten Mittelstandsförderung mit den Schwerpunkten Innovationsförderung, Unterstützung von Existenzgründungen, Ausbau des Beratungswesens und einer verstärkten Förderung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Die Erfolgskontrolle staatlicher Wirtschaftsförderung müßte verbessert und die Einflußmöglichkeiten des Be-

triebsrats vor allem bei der Durchführung und Überwachung der mit der Förderung verbundenen Auflagen gestärkt werden.

FDP, MdL Morlok: Eine Konzentration der Mittel sei erforderlich. Deshalb bekenne sich die FDP/DVP-Fraktion nicht zur Regionalförderung, sondern zur einzelbetrieblichen Förderung mit bestimmten Sachschwerpunkten. Die FDP/DVP plädiere für eine starke Privatisierung dieser Wirtschaftsförderungsaktivitäten.

Grüne, MdL Hasenclever: Die Betonung der einzelbetrieblichen Förderung sei ein richtiger Ansatzpunkt der gewerblichen Förderung. Man solle in solche Programme auch genossenschaftlich angelegte Produktions- und Eigentumsformen einbeziehen.

MdL Kretschmann: ... plädierte für eine demokratische Vereinbarung darüber, was gefördert werden solle und was nicht. Die Grünen seien dagegen, daß unabhängig von dem, was produziert wird, gefördert werde.

Quellenhinweis: Staatsanzeiger Baden-Württemberg v. 29.9.82.

Kapitalanlage in Mittelbetrieben lohnt offensichtlich

Die beiden größten in Baden-Württemberg ansässigen Konzerne sind Daimler-Benz und Bosch. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1981 weist Daimler-Benz Zinsüberschüsse (d.h. Zinserträge abzüglich Zinszahlungen) in Höhe von 804 Mio. DM bei einem Gesamtumsatz von 36600 Mio. DM aus; Bosch 125 Mio. DM Zinsüberschuß bei 12900 Mio. DM Umsatz.

Kapital in Milliardenhöhe müssen die Kapitalisten zu so günstigen Bedingungen angelegt haben, daß die Zinseinnahmen ihre Profiterwartungen bei Investition dieses ungeheuren Betrages im eigenen Konzern noch übersteigen. Es muß also andererseits Bereiche geben, in denen der erzielte Profit so hoch ist, daß es sowohl zur Zahlung dieser Zinssumme an die Gläubigerkonzerne reicht als auch noch einen Vorteil für den Kreditnehmer bringt.

Untenstehende Tabelle macht deutlich, wo solche Be-

reiche zu finden sind. Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg liegt der Stundenlohn der Arbeiter in Mittelbetrieben mit 15,77 DM um 25% (!) unter dem Stundensatz in Großbetrieben. Bei den Angestell-

ten liegt diese Differenz mit 23% ganz ähnlich. Die Tabelle hält fest, daß der Angestelltenanteil in Mittelbetrieben geringer ist. Offenbar finden sich hier mehr reine Produktionsbetriebe, oft ohne oder allenfalls mit kleiner, sehr spezialisierter Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Entsprechend

ist der Export-Anteil gering.

Kein Wunder, daß die baden-württembergische Landesregierung sich auf die Fahnen schreibt, die „mittelständische Wirtschaft“ besonders zu fördern: hier lohnt es für die Kapitalisten.

Quellenhinweis: Geschäftsberichte Daimler-Benz, Bosch; Baden-Württemberg in Wort und Zahl 1/82.

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ nach Beschäftigtengrößenklassen

Lfd. Nr.	Beschäftigten- größen- klassen	Betriebe	Beschäftigte		Geleistete Arbeiter- stunden je Arbeiter	Löhne und Gehälter je Be- schäftigten	Lohn		Gehalt je Angestellten	Export- quote	
			inagesamt				Anteil der Arbeiter	je Arbeiter			je Arbeiter- stunde
			Anzahl	Anzahl							
		1980									
1	1- 19.....	1 359	16 616	1,1	78,4	1 791	26 109	24 774	13,84	30 962	5,2
2	20- 49.....	4 110	132 812	8,9	75,3	1 722	27 765	25 015	14,53	36 183	9,3
3	50- 99.....	2 232	156 349	10,5	73,8	1 681	29 080	25 452	15,14	39 318	12,9
4	100- 199.....	1 299	182 402	12,2	73,1	1 684	30 233	26 327	15,82	40 864	17,6
5	200- 299.....	525	127 399	8,5	72,2	1 671	31 220	27 335	16,36	41 314	20,0
6	300- 399.....	280	89 785	6,0	68,6	1 663	32 417	27 922	16,79	42 223	20,4
7	400- 499.....	152	87 826	4,5	68,7	1 683	33 641	29 295	17,41	43 181	20,2
8	500- 999.....	290	203 719	13,7	67,9	1 687	34 570	29 613	17,89	44 841	27,6
9	1000-2499.....	142	209 048	14,0	65,8	1 666	36 617	30 948	18,59	47 526	31,2
10	2500-4999.....	33	118 400	7,8	60,3	1 637	38 924	31 459	19,22	50 249	31,8
11	5000 und mehr.....	17	190 225	12,7	67,1	1 687	42 552	36 895	21,88	54 090	45,7
12	Insgesamt.....	10 412	1 492 578	100	69,4	1 676	33 951	29 130	17,38	44 882	25,6
13	Mittelbetriebe. (20-499).....	8 575	756 672	50,7	72,6	1 681	30 292	26 503	15,77	40 316	16,5
14	Mittelgroße Betriebe (500-2499).....	432	412 785	27,7	66,9	1 666	36 607	30 378	18,24	46 148	29,4
15	Großbetriebe (2500 u. mehr).....	60	308 825	20,5	64,5	1 689	41 175	34 967	20,95	52 458	40,9

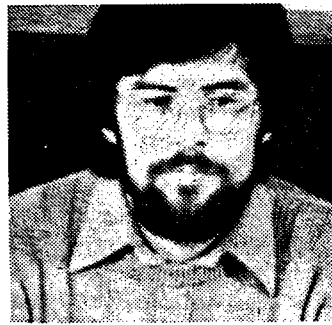
¹⁾ Einschl. Bergbau.

Ecuador: Kämpfe gegen Ausnahmezustand

Eine Woche, nachdem die Regierung Ecuadors den Ausnahmezustand verhängt hatte, mußte sie ihn am 28.10. wieder aufheben. Mit dem Ausnahmezustand wollte die Regierung die Kämpfe gegen die Preiserhöhungen unterdrücken. Die Gewerkschaft „Einheitsfront der Arbeiter“ führte am vergangenen Donnerstag einen Generalstreik im ganzen Land durch. Unter der Auflage des Internationalen Währungsfonds, ohne die Preiserhöhungen der staatlich gestützten Preise keinen Kredit zu vergeben, hatte die Regierung die Preise von Brot um 45% und von Benzin um 120% erhöht. Die Gewerkschaft hat aufgezeigt, daß mit den steigenden Transportkosten künftig eine kinderreiche Familie, die vom monatlichen Durchschnittslohn lebt, 1/3 ihres Einkommens für Fahrgeld ausgeben muß. Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes mußte die Regierung den Preis für die billigste Benzinsorte um 28% senken. Sie kündigte außerdem eine allgemeine Erhöhung des monatlichen Mindestlohns um 35% auf 5890 Sucres (etwa 454 DM) ab No-

Sinn Fein gewinnt 11% in Nordirland

Die provisorische Sinn Fein, die in Irland politisch den bewaffneten Kampf der Irisch-Republikanischen Armee unterstützt, gewann bei den Wahlen zum neuen nordirischen Regionalparlament fünf der 78 Sitze. Obwohl Sinn Fein nur in sechs der 14 Wahlkreise kandidiert hatte, erhielt die Partei elf Prozent der Stimmen, also etwa ein Drittel der von katholischen Iren abgegebenen Stimmen. Zu den mit 60% in ihrem Wahlkreis gewählten Abgeordneten gehört Gerry Adams (Bild), den die britische



Regierung für den „führenden Strategen“ der IRA in Belfast hält. Sinn Fein hat sich zum ersten Mal an parlamentarischen Wahlen für ein britisches Kolonialparlament beteiligt. Wie

die übrigen 14 katholisch-irischen Abgeordneten (von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, SDLP) werden die Sinn-Fein-Abgeordneten ihre Sitze nicht einnehmen. Die nordirische parlamentarische Versammlung hat nur Vollmachten, wenn 70% der Abgeordneten in den Hauptfragen (u.a. „Innere Sicherheit“) übereinstimmen. Damit sollten die katholischen Abgeordneten gezwungen werden, im Gegenzug für Vollmachten den brutalen Armeeinsatz in Nordirland zu billigen, gegen die „isolierte Terroristengruppe“ IRA, wie die Regierung sie nennt.

vember an. Dagegen hat die Gewerkschaft einen Grundlohn von 7000 Sucres gefordert. Sie kündigte für den 8.11. erneut einen Generalstreik an, falls ihre Lohnforderungen nicht erfüllt werden.

Argentinien: Angriffe auf die Junta

Angesichts der Demonstrationen der Gewerkschaften in verschiedenen Städten, in denen die Arbeiter neben der Er-

höhung der Löhne eine Absicherung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten verlangten, angesichts zunehmender Guerilla-Aktionen im Inneren des Landes hat Präsident Bignone verschiedene Parteien eingeladen. Er kündigte Maßnahmen an, bis zum März 1984 zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückzukehren und forderte dafür von den Parteien die Unterstützung in der Verfolgung des „Terrorismus“ und in der „Malwinen-Frage“.

I.R.S.P. Irische Republikanische Sozialistische Partei

Für nationale Befreiung
und Sozialismus



Die Broschüre ist erhältlich beim Herausgeber: Anti-H-Block-Komitee Frankfurt a.M., c/o Frank Gallagher, Arnburger Straße 21, 6000 Frankfurt 60

Philippinische Befreiungsarmee nahe bei Manila

Die philippinische Regierung unter Präsident Marcos hat 10000 Soldaten und 125 Mio. Dollar bereitgestellt, um die Provinzen Quezon und Camarines von Kämpfern der Neuen Volksarmee (New Peoples Army, NPA) zu säubern. Die gewaltsamen Anstrengungen der Regierung, den Widerstand gegen ihre Herrschaft zu liquidieren, werden deutlich im Ver-

gleich zu den Zahlungen an einige Provinzen, die im letzten Monat von Taifuns verwüstet wurden: weniger als ein Prozent dieses Betrages. Quezon ist nur 80 km von der Hauptstadt Manila entfernt. Sicheres Zeichen für die Kraftentfaltung der Befreiungsstreitkräfte ist der wachsende Zulauf von Teilen des kirchlichen Personals. Die Philippinen sind das

einzige asiatische Land mit einer zu 80% katholischen Bevölkerung. Der Oberhirte, Kardinal Sin, erläuterte die Lage der Priester, diese müßten entweder mit den Partisanen zusammenarbeiten oder ihren Sprengel verlassen und damit gegen ihren kirchlichen Eid verstoßen. Gegen das päpstliche Gebot politischer Enthaltsamkeit führte er an, der Heilige Vater habe gegenüber den Nöten des polnischen Volkes auch nicht mit Worten gespart. Die Massenverhaftungen von Priestern und Nonnen in den letzten Wochen sind Teil einer Aktion der Regierung, die sich in erster Linie gegen Gewerkschafter gerichtet hatte. Die Regierungstruppen sind zu Massakern in den Dörfern, die sie auf der Suche nach Befreiungskämpfern durchkämmen, übergegangen. Anfang Oktober haben sie einen katholischen Pater, der zur Neuen Volksarmee übergegangen war, erschossen. Auf seinen Kopf war eine Prämie von 15000 Dollar ausgesetzt als Mittel zur Spaltung des Widerstands.

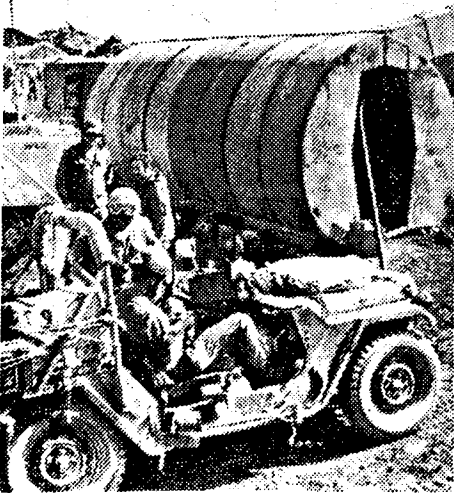


Das Anti-H-Block-Komitee Frankfurt organisiert vom 20.11. bis zum 10.12. eine Reihe von Veranstaltungen mit Vertretern der IRSP in der BRD. Für den 27.11. 1982, 11.00 Uhr, Dortmund, Mönchenwort-Platz rufen das Irland-Komitee Bochum und das Anti-H-Block-Komitee Frankfurt zu einer Demonstration auf unter den Forderungen: – Abzug der Briten aus ganz Irland – Abzug der Rheinarmee aus der BRD.

Die Imperialisten wollen ihre Truppen verstärken – zwecks „Neutralität“

Um zweierlei Art Unterstützung hat der libanesischer Präsident Gemayel bei seiner Reise in die USA, nach Frankreich und Italien gebeten. Zum einen verlangte er die Erhöhung des Truppenkontingents der imperialistischen Armeen von 3400 auf 20000 Mann. Zum zweiten forderte er Kredite in Milliardenhöhe, um den Wiederaufbau des Libanon betreiben zu können.

Der US-Verteidigungsminister Weinberger hat die Erhöhung des US-Truppenanteils abgelehnt. Die italienische und die französische Regierung



Eifrig ist die israelische Besatzungstruppe dabei, ihre Lager im Südlibanon winterfest auszubauen.

sind bereit, ihren Truppenanteil zu erhöhen. Gemayel und seine Phalange-partei setzen darauf, daß es der libanesischen Bourgeoisie unter dem Schutzschild der imperialistischen Truppen möglich wird, die eigene Staatsmacht im Land wieder zu errichten und sich ihren Anteil an der Ausbeutung und Ausplünderung der libanesischen und palästinensischen Massen zu sichern. Die Entwaffnungs- und Verhaftungsanstrengungen, die die libanesische Armee derzeit gegenüber den Milizen der „Nationalen Bewegung des Libanon“ und gegenüber den palästinensischen Streitkräften vor allem in Beirut, aber auch im Osten und im Süden des Libanon unter dem Schutz der imperialistischen und der israelischen Besatzungstruppen unternimmt, weisen daraufhin, daß es jedenfalls einem Teil der libanesischen Bourgeoisie darauf ankommt, alle die Kräfte zu entwaffnen bzw. aus dem Libanon zu vertreiben, die einer Festigung ihrer Herrschaft im inneren entgegenstehen.

Eine Aufstockung des imperialistischen Truppenkontingents ist für ein solches Unternehmen dringend nötig, denn aus eigener Kraft kann die libanesische Armee es nicht durchführen. Zudem hofft Gemayel darauf, daß eine solche Masse fremder Truppen den Abzug der syrischen Truppen und der im Nordlibanon stationierten PLO-Kämpfer beschleunigt – und damit auch der Weg zum Abzug der israelischen Truppen bereitet sei. Die israelischen Truppen allerdings gehen daran, ihre Lager im Südlibanon winterfest auszubauen. Begin hat nochmals bekräftigt, daß die Besatzungstruppen auf keine Fall abziehen werden, bevor die libanesische Regierung nicht in einem Vertrag wenigstens einen „entmilitarisierten Sicherheitsstreifen“ im Südlibanon zugesichert hat, der bis zum Litani reichen soll. Ein solches Verfahren hat Gemayel bislang abgelehnt, weil es faktisch einer Annektierung des südlichen Libanons durch Israel gleichkäme. Wie allerdings will die libanesische Regierung solches verhindern, wenn sie gleichzeitig mit den israelischen Besatzern und den „multinationalen Streitkräften“ paktiert?

Die westeuropäischen Imperialisten liebäugeln mit der Aufstockung der Truppen und würden auch einem Abzug der israelischen Truppen zustimmen, wenn gesichert ist, daß der Libanon auch danach in ihrem Einflußbereich verbleibt. Der reaktionäre „Verein zur Förderung der Deutsch-Libanesischen Freundschaft“ fordert einen „neutralen“ Status für einen künftigen Libanon. Das würde bedeuten, daß der Libanon aus der Arabischen Liga ausscheiden, die arabischen Boykottbeschlüsse gegenüber Israel nicht mehr einhalten müßte und gleichzeitig den Status als Banken- und Handelszentrale im Nahen Osten beibehalten könnte und zudem ein weiteres Expansionsziel für den Kapitalexpert werden könnte. Die jetzige libanesische Regierung hat keinerlei Reparationsforderungen für die Kriegsschäden gegenüber der israelischen Regierung und ihren imperialistischen Statthaltern gestellt, sondern verlangt Kredite. Die westdeutschen Imperialisten sehen die Möglichkeit, weitere Geschäfte zu ergattern. Schon jetzt haben drei westdeutsche Baukapitalisten den Auftrag für Straßenneubauten und den Wiederaufbau von Bank- und anderen Gebäuden in der Tasche.

Für die „Vereinigten Streikkräfte“ der PLO und der „Nationalen Bewe-

gung des Libanon“, die im Augenblick noch ihre Angriffe auf die israelischen Besatzungstruppen im Süden des Libanon fortsetzen können und den israelischen Truppen nach Angaben der „Jerusalem Post“ nach wie vor täglich Verluste und Verletzte beibringen können, wäre eine solche Verstärkung der imperialistischen Streitkräfte eine schwere Belastung. Für die PLO wäre sie das sichere Anzeichen, daß die libanesische Regierung das 1969 geschlossene Abkommen, in dem der PLO Bewegungsfreiheit und die alleinige Kontrolle über die Lager der Palästinenser zugestanden worden ist, nicht einhalten wird, sondern die Möglichkeit von weiteren Überfällen Massakern in den Lagern der Palästinenser erheblich wächst. Ein Abzug der palästinensischen Kämpfer unter diesen Bedingungen aus dem Libanon würde solches erst recht erleichtern.

Quellenhinweis: Jerusalem Post Nr. 1147, 24. – 30. Oktober 1982; Europa-Archiv Nr. 2/82; Handelsblatt v. 19. – 29. Oktober 1982

Azania Verschärfter Terror gegen Gewerkschaften

Mit wachsender Brutalität und weiterer Verschärfung seiner Unterdrückungsgesetze versucht das südafrikanische Rassistenregime, die Kämpfe der schwarzen unabhängigen Gewerkschaften zu zerschlagen. Diese Gewerkschaftsbewegung gewinnt an Kraft. Im Hafen von Port Elizabeth führte jetzt die General Worker Union (GWU) einen wochenlangen Streik für die Anerkennung der Gewerkschaft durch die Transportkapitalisten. Als die streikenden Dockarbeiter von den Kapitalisten entlassen wurden, erklärten die Stauer im Hafen ihre Solidarität und eröffneten Kampfaktionen. In Port Elizabeth streikten mehrere hundert Beschäftigte des Woolworth-Kaufhauses und forderten die Wiedereinstellung der streikenden Docker. Die Internationale Transportarbeiter Föderation verlangte von den Kapitalisten die Anerkennung der GWU.

Schon zuvor hatte der ÖTV-Vorstand erklärt, daß die Weigerung der Kapitalisten dazu führen kann, daß „Güter von und nach Südafrika in den deutschen Seehäfen nicht geladen und gelöscht würden.“

Mehrere Terrorgesetze hatte das Regime in den Wochen zuvor erlassen. Mit dem „Einschüchterungsgesetz“ hat es das „Aufruhrgesetz“ von 1956, das insbesondere gegen Streiks gerichtet war, ausgeweitet. Wenn „jemand ohne gesetzlichen Grund gezwungen wird, einen bestimmten Standpunkt aufzugeben“, wird das als Verbrechen

verfolgt. Damit ist jede gewerkschaftliche Aktion mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bedroht. Der Inhaftierte hat dann den Beweis anzutreten, daß „ein gesetzlicher Grund“ vorgelegen habe.

Da die azanischen Massen zunehmend mit Demonstrationen und Kundgebungen vor den Gerichtsgebäuden wirksam die Angeklagten unterstützen, hat das Regime jetzt jede Demonstration im Umkreis der Gerichte von 500 Metern verboten. Die verbotene Demonstration findet schon dann statt, wenn eine Person im Umkreis der Gerichte protestiert. Mit dem neuen Sicherheitsgesetz vom Juni 82 hat das Regime seine Möglichkeiten, Zeugen oder Personen, die es verhören lassen will, auf unbestimmte Zeit in Haft zu nehmen, verstärkt.

In den Gefängnissen hat das Regime zahlreiche Gefangene, darunter viele Gewerkschaftsmitglieder, bestialisch zu Tode gefoltert, das wurde jetzt in den Untersuchungen über den Mord an dem inhaftierten Gewerkschaftsführer Aggett dokumentiert.

Die Maßnahmen richten sich insbesondere gegen die stärkere Verbindung mit den Befreiungsbewegungen und die Rolle der Gewerkschaften in den politischen Kämpfen der Massen. So erklärten die beiden Gewerkschaften im Bereich der Lebensmittelindustrie auf einer gemeinsamen Tagung, daß es die Aufgabe der organisierten Arbeiter sei, gegen das geplante neue Paßgesetz den Widerstand zu führen.

Quellenhinweis: Facts and Reports, 1.10. und 15.10.82; Focus August/September 1982

Brasilien

Amazonas-Indianer kämpfen ums Überleben

Zu Beginn der Kolonialisierung Brasiliens lebten etwa 7 Mio. indianische Stammesangehörige in ihrem Land. Heute, knapp 500 Jahre später, haben die Kolonialisten und ihre modernen Nachfolger die indianische Urbevölkerung bis auf 180 – 200 000 ausgerottet. Diese leben unter ärmlichsten Verhältnissen in 17 Reservaten, 250 sogenannten Stammesgebieten und zwei „Nationalparks“. Mit Steuervorteilen haben sich alle wesentlichen in- und ausländischen Konzerne Plantagen, Farmen, Minen und Fabriken auf Millionen von Hektar im Amazonasgebiet angelegt, die Indianer vertrieben oder als Arbeitskräfte angeheuert. Gleichzeitig vergab die brasilianische Regierung an einige 10 000 landlose Bauern Parzellen, um den Widerstand der Indianer zu isolieren und den Konzernen ausreichendes Arbeitskräftepotential zu schaffen.

Längst werden die „gesetzlich anerkannten“ Indianergebiete Ziel kapitalistischer Expansion: Das Dekret des brasilianischen Präsidenten Figueiredos vom November 1981 nimmt den Stämmen der Waimiri und Atroari 31% ihres Landes, um dort den Konzernen den Zinnabbau in der größten Zinnlagerstätte Brasiliens und den Bau des Wasserkraftwerks Balbina zu ermöglichen. Z.Zt. baut die brasilianische Regierung die Bundesstraße BR-364 als Verbindung der Hauptstädte der Bundesstaaten Mato Grosso und



Der Landraub für die industrielle Erschließung bedeutet die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Indianer

Rondonia mit einer Gesamtlänge von 1500 km auch durch das Reservat der Indianer vom Volk Nambikuara. Vorläufig gestoppt ist der Plan der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft *electrobras*, 40 Staudämme im Amazonasgebiet zu errichten und mittels Chemikalieneinsatzes die Urwälder zu entlauben. Einer der Wälder, in dem die Entlaubung getestet werden sollte, gehört zum Gebiet der Wai-Wai-Indianer.

Im Juni dieses Jahres haben die brasilianischen Indianer ihren ersten Kongreß abgehalten und Forderungen an die Regierung gestellt: Grenzmarkierung ihrer Gebiete, Vertreibung der weißen Siedler aus ihrem Land, Unterstützung beim Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie bei der landwirtschaftlichen Entwicklung und Genehmigung einer von der Regierung unabhängigen Indianerorganisation. Unterstützung finden die Indianer bei den Landarbeitergewerkschaften.

Im peruanischen Amazonasgebiet haben sich vor einigen Wochen erstmalig Indianer und weiße Kleinsiedler gegen die Konzerne und Drogenhändler zusammengeschlossen. Sie fordern von der Regierung den Schutz der Ressourcen des Amazonas, sowie ein Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für die dort lebende Bevölkerung.

Quellenhinweis: FAZ v. 6.10.82 und 18.10.82; Brasilien Dialog 4/81; Lateinamerika Nachrichten Juni 1982

El Salvador

Die gegenwärtige militärische Offensive

Am 10. Oktober begann die FMLN eine militärische Offensive auf Landesebene, die mit der Einnahme der Kasernen von Las Vueltas und El Jicaro in Chalatenango ihren Anfang nahm. Nach heftigen Kämpfen gaben die Regierungstruppen auf, wodurch die FMLN allein hier 59 Gefangene machte und eine große Menge Waffen erbeutete. Im Verlauf der Guerillaoffensive griffen Einheiten der FMLN militärische Ziele in Morazán, Cabañas, San Miguel, Usulután, San Vicente, Santa Ana und in der Hauptstadt San Salvador an. Begleitet wurden diese Angriffe von Blockaden der wichtigen Überlandstraßen und der Zufahrtswege zu den kontrollierten Gebieten, so daß bis heute die Armee nicht in die Nähe der eroberten Stellungen kommen konnte. Das Ende der Guerillaoffensive ist bis heute noch nicht abzusehen.

Die Offensive wurde unter folgenden politischen Bedingungen durchgeführt: Die Rechtskoalition ist politisch gespalten, und zwar innerhalb der Regierung und des Militärs. Die Wirtschaft wird hart getroffen, da die Erntesaison begonnen hat. Weiter ist die internationale Solidarität weltweit durch den Aufruf der FMLN am 15. und 16. Oktober mobilisiert worden. Die USA sind durch kommende Kongresswahlen am 2. November und ihre im Moment laufenden Propaganda der Hilfe für die Karibik von einer militärischen Intervention entfernt.

Die FMLN verfolgt mit der Offensive das Ziel, wieder landesweit militärisch präsent zu sein. Sie will die kontrollierten Gebiete ausweiten und versuchen, sie teilweise zu befreien. Dabei wird die militärische Taktik angewandt, die feindlichen Militärs ständig in Bewegung zu versetzen, um sie dabei anzugreifen und ihre Kräfte auseinanderzureißen. Es werden Kontakte zur Bevölkerung in manchen Landesteilen erreicht, aus denen zwar wieder ein Rückzug vorgesehen ist, wobei aber die Bevölkerung in militärisch-taktische Verteidigungsmaßnahmen eingeweiht werden konnte. Es wurden Waffen, Nahrungsmittel, Medikamente etc. erbeutet. In einer diplomatischen Kampagne wurde die Weltöffentlichkeit unterrichtet. Insgesamt ist so die FMLN in eine Position der Stärke gelangt, die bei eventuellen Verhandlungen genutzt werden kann.

Die Guerilla meldete seit Beginn ihrer Offensive 200 tote Regierungssoldaten und 107 Gefangene, von denen die FMLN bisher 40 wieder freigelas-

sen hat (Stand 15.10.).

Ein Angriff der Regierungstruppen mit 5000 Soldaten, unterstützt durch Hubschrauber und Flugzeuge, die Bomben abwarfen gegen die Provinz Morazán, wurde mit Hilfe von Guerillaeinheiten aus dem Gebiet Chalatenango erfolgreich zurückgeschlagen. Der Feind floh und gab später die Verluste allein bei diesen Kämpfen mit fast 200 Toten zu.

Frankreich

Schwierige Kämpfe im öffentlichen Dienst

Die französische Regierung hält an ihrem Vorhaben fest, nach Auslauf des viermonatigen Lohn- und Preisstopps am 31. Oktober die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben für 1982 um höchstens zwei Prozent zu erhöhen und 1982 keine Erhöhungen über 8% zuzulassen. Damit will die Regierung erklärtermaßen Richtwerte auch für die Lohnerhöhungen in der Industrie angeben. Angesichts des hohen Anteils von Industriebetrieben unter staatlicher Regie wird das Ergebniss der Auseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst beträchtliche Auswirkungen auf die gleichzeitig eröffneten Lohnverhandlungen in der Industrie haben.

Wirtschaftsminister Delors forderte von den Lohnabhängigen in den mittleren und höheren Einkommensklassen die Bereitschaft, Lohneinbußen in diesem und im kommenden Jahr hinzunehmen, um den „Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit“ zu unterstützen.

Mit der beschlossenen Abschaffung der Inflationsanpassung der Löhne



Die Kapitalisten sehen sich ermuntert, zu weiteren Angriffen auf die Lohnabhängigen zu blasen. Gattaz (Bild), Chef des Kapitalistenverbandes fordert eine vollständige Umstrukturierung der Arbeitslosenversicherung.

und Gehälter in den staatlichen Betrieben und Verwaltungen macht sich die Regierung zum Vorreiter einer Lohnsenkungkampagne, der sich die Kapitalisten nur allzuleicht anschließen wollen. Bei Renault bot der Verhandlungsbeauftragte der Regierung jetzt Erhöhungen der Löhne für dieses Jahr um 1,5%, für den öffentlichen Dienst für die Einkommen unter 4500 FF eine Erhöhung von 2% und eine Erhöhung des Ortszuschlages um 1%, dies für 1982 und 1983 zusammen. Diese Angebote liegen auch für die niedrigen Löhne und Gehälter, die Lohnerhöhungen und Inflationsanpassungen vor dem Lohnstopp hinzugerechnet, für das ganze Jahr 1982 um ca. 2,5% unter der Inflationsrate, die wahrscheinlich 10% 1982 betragen wird.

Alle Gewerkschaften haben die Maßnahmen der Regierung energisch zurückgewiesen und gegen die Angriffe auf das Tarifrecht protestiert. In der vergangenen Woche riefen neben anderen, kleineren Gewerkschaften die Gewerkschaften C.G.T. und C.F.D.T. zu Streiks unter anderem in den öffentlichen Verwaltungen, bei den privaten und öffentlichen Transportunternehmen und bei den Hafenarbeitern auf; allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten und verschiedener Dauer. Noch gibt es – außer der gemeinsamen Ablehnung – kein gemeinsames Vorgehen auch nur der beiden größten Gewerkschaften gegenüber den Regierungsplänen.

Quellenhinweis: Le Monde v. 21. – 24.10.82; Le Figaro v. 22. u. 24.10.82; l'Humanité v. 21. – 25.10.82

Großbritannien

Bergleute lehnen Streik ab

Mit 61 zu 39% lehnten die 211 000 britischen Bergarbeiter in der letzten Woche in einer Urabstimmung einen Vorschlag des Vorstandes ab, für ihre Lohnforderung zu streiken. Für einen Streik wäre eine Mehrheit von 55% nötig gewesen. Ein Überstundenstreik, den der Vorstand vor vier Wochen ausgerufen hatte, wurde bislang fast vollständig befolgt. Während der Urabstimmung ließ die staatliche Kohlebehörde durchsickern, daß 75 Bergwerke in den nächsten zehn Jahren geschlossen werden sollen.

Das Abstimmungsergebnis bringt die britische Arbeiterbewegung in eine schwierige Lage. Die Bergarbeiter sind eine der höchstorganisierten und kampfstärksten Abteilungen. Sie hatten als erste den weiter andauernden Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen gegen ihre Hungerlöhne aktiv durch Warnstreiks unterstützt.

Arthur Scargill, neugewählter Präsident der Gewerkschaft, hatte den bevorstehenden Lohnkampf zum entscheidenden politischen Kampf gegen die Regierung Thatcher und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit erklärt, man könne die Schließung von weiteren Bergwerken nur durch einen erfolgreichen Lohnkampf abwehren. Hinter dem Streikbeschuß des Vorstandes steckten Vorstellungen, wie 1972 mit einem Bergarbeiterstreik eine konservative Regierung zu stürzen. Die Forderungen waren deshalb weitreichend, ein Minimumlohn von 115 Pfund für Arbeiter über Tage (etwa 2000 DM) und eine Lohnerhöhung von 27,20 Pfund Festgeld für die anderen wurde verlangt, was etwa 31% entsprachen hätte, sowie die Vier-Tage-Woche.

Unter dem Druck der Urabstimmung hatte die staatliche Kohlebehörde etwas nachgegeben und schließlich zwischen 8,9% und 9,2% angeboten, die offizielle Inflationsrate beträgt zur Zeit 7,5%. Die Bergarbeiter nahmen dies Angebot in ihrer Urabstimmung an, auch wohl in dem klaren Bewußtsein, daß mehr als ein Streik dazugehört, diese Regierung zu stürzen.

Die konservative Partei ist verhalten mit dem Jubel, aber sie nutzt ihre starke Position. Letzte Woche erhielt das als „Tebbit-Gesetz“ (nach dem Minister Tebbit) bekanntgewordene Anti-Streik-Gesetz die königliche Unterschrift und ist damit Gesetz. Damit sind Solidaritätsstreiks nicht nur durch Schadensersatzklagen, sondern auch direkt verboten. Die Kampagne der eine Million Gesundheitsbeschäftigten geht weiter, auch die Solidaritätsstreiks. Die Regierung beginnt jetzt, das Gesetz in Anwendung zu bringen. Vor einigen Wochen wurden 17 Seeleute von einem staatlichen Forschungsschiff wegen eines fünftägigen Solidaritätsstreiks fristlos entlassen und sogar mit Strafverfahren wegen Meuterei bedroht. Die Seeleutegewerkschaft und die Krankenhausarbeiter organisierten Proteststreiks und Demonstration in Cardiff gegen die Entlassung.

Mit der Durchsetzung des Verbots der Solidaritätsstreiks und einem gleichzeitig bekanntgegebenen verbesserten Angebots für die Gewerkschaften im Krankenhausbereich, die nicht im TUC sind, hofft sie den Lohnkampf dort endlich unter Kontrolle zu bekommen. Er ist äußerst schädlich für die Regierung Thatcher, täglich kommen mehr Enthüllungen über Niedriglohnbereiche im öffentlichen Dienst heraus, und diese Beschäftigten, z.B. Müllarbeiter, orientieren sich am Kampf der Krankenhausbelegschaften.

Quellenhinweis: Socialist Worker, versch. Ausgaben; BBC-Nachrichten

Streikvorbereitungen im öffentlichen Dienst gegen die Pläne der Reaktion

Wenn nicht alles täuscht, dann steht der neuen niederländischen Regierung aus Christdemokraten und Liberalen in den nächsten Wochen eine erste Kraftprobe mit den Gewerkschaften bevor. Denn die neue Regierung hat nicht nur die Lohnsenkungspläne der alten Regierung für den öffentlichen Dienst, die diese noch kurz vor den Parlamentswahlen im September veröffentlicht hatte, übernommen, sondern sie gleich noch um weitere Maßnahmen verschärft. Unter der Führung des früheren Vorstandsmitglieds der „Christlichen Jungen Unternehmer“ und des Verbandes der Metall- und Geräte-Industrie und jetzigen christdemokratischen Premierministers Lubbers will sie

- die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst zum 1.1.83 für drei Monate „einfrieren“, was bei einer Inflationsrate von 6% eine Reallohnsenkung von 1,5% bedeutet,
- sämtliche Lehrergehälter zum 1.1.83 um weitere 1,65% senken,
- bis 1986 die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst um jährlich 13 500 verringern und
- durch weitere, noch nicht festgelegte Gehaltskürzungen die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst bis 1986 um durchschnittlich 10% senken.

Bereits Anfang Oktober hatten die Gewerkschaften der Lehrer und Eisenbahner im ganzen Land Mitgliederversammlungen einberufen, um über Kampfmaßnahmen gegen diese Pläne zu beraten. Am 18.10. wiesen die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften des Gewerkschaftsbundes FNV nach einer Beratung über das Regierungsprogramm die Lohnsenkungen für den öffentlichen Dienst als „unannehmbar“ zurück. Wenn die Regierung nicht in den nächsten Tagen ihre Pläne zurücknimmt, dann werden am 22.11. die Lehrer, Eisenbahner und Polizisten mit eintägigen bzw. mehrstündigen Streiks und mit Demonstrationen den Kampf gegen die Regierungspläne eröffnen. Am 23.11. wollen die Zöllner streiken. Am selben Tag beginnen die Arbeiter und Angestellten der Energiebetriebe und der Stadtreinigung in allen größeren Städten des Landes mit unbefristeten Streiks.

Schon jetzt steht fest, daß diese Auseinandersetzung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst mit der neuen Regierung Bedeutung weit über den öffentlichen Dienst hinaus haben wird. Denn die neue Regierung ist fest ent-

schlossen, über den Angriff auf den Lohnstandard im öffentlichen Dienst den Lohn- und Lebensstandard aller niederländischen Lohnabhängigen einzureißen. Nicht nur darin weist ihr Programm eine beklemmende Ähnlichkeit mit dem der Regierung Kohl-Genscher in der BRD auf.

So will die Regierung gleich zu Beginn des nächsten Jahres eine dreimonatige „Atempause“ in Kraft setzen. Diese soll aber nicht wie in der BRD nur für die Renten gelten, sondern zusätzlich für das Arbeitslosengeld, das Kindergeld, die Sozialhilfe und für jeg-



1977 konnten die niederländischen Lohnabhängigen den Lohnsenkungsplänen der damaligen Regierung mit landesweiten Streiks eine empfindliche Niederlage beibringen. Bild: Demonstration der Belegschaft von Ford Genk.

liche „Inflationsanpassung“ der Tariflöhne.

Zusätzlich plant die Regierung drastische Eingriffe in die Arbeitslosenversicherung. So sollen Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren künftig keinerlei Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe mehr haben, wenn sie noch bei ihren Eltern wohnen. Sie durchzufüttern sei Pflicht der Familie und damit basta, erklärt die Regierung. Jugendliche unter 23 Jahren sollen künftig ebenfalls kein Arbeitslosengeld bzw. keine Arbeitslosenhilfe mehr beanspruchen können, sondern müssen Sozialhilfe beantragen. Bekommen so die Kapitalisten vor allem jugendliche Arbeitskräfte zur Ausbeutung zu Elendslöhnen zugetrieben, so will die Regierung in anderen Bereichen mit verstärkter „Eigenbeteiligung“ den Druck auf die Lohnabhängigen erhöhen. So sollen

Behinderte, deren Arbeitskraft von den Kapitalisten völlig zerstört wurde, künftig nicht mehr 93% ihres Lohns als Behindertenrente bekommen, sondern nur noch 80%. Das Wohngeld soll gesenkt werden, indem die „Eigenbeteiligung“ der Lohnabhängigen an der Miete um 2% ihres Einkommens erhöht wird. Künftig sollen also z.B. Bezieher von gesetzlichen Mindesteinkommen nicht mehr 11%, sondern 13% ihrer kümmerlichen Einkünfte für Miete aufbringen.

Auch in anderen Bereichen soll die „Eigenbeteiligung“ steigen. So in der Krankenversicherung, wo die Lohnabhängigen künftig an den Kosten sämtlicher Medikamente beteiligt werden, und in den Pflege- und Altenheimen, wo die „Eigenbeteiligung“ der Rentner an den Pflege- und Unterbringungskosten von bisher maximal 800 Gulden im Monat (ca. 730 DM) auf

1350 Gulden, d.h. fast um 70%, erhöht wird. An den Hochschulen schließlich soll der Geldsack und sein Nachwuchs dadurch wieder stärker zur Geltung kommen, daß die Studiengebühren von 750 Gulden im Jahr auf 1026 Gulden und die Examsgebühren von 375 auf 513 Gulden steigen.

Kernstück dieses großangelegten Plünderungsprogramms der neuen Regierung aber ist und bleibt der Angriff auf die „Preiskompensation“ der Löhne und damit auf den Lohnstandard der beschäftigten Lohnabhängigen. So hat die Regierung von Anfang an betont, daß ohne die Einfrierung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und ohne die Einbeziehung der Preiskompensation sämtlicher Löhne in die „Atempause“ diese von vornherein zwecklos wäre. Schon jetzt führen die Maßnahmen der Regierung dazu, daß die Reallöhne der

Lohnabhängigen mit gesetzlichen Mindestlöhnen um 4%, der mit mittleren Einkommen um 4,5%, der in den höchsten Gehaltszonen dagegen nur um 1,5% gesenkt werden. Auch der „Christliche Unternehmerverband“ hat erklärt, daß dieses Programm ohne die Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst nicht Erfolg haben werde.

Spätestens nach Ablauf der „Atempause“ am 1.4.83 soll dann, so die gebieterische Forderung der Kapitalisten, die Preiskompensation der Löhne endgültig abgeschafft werden. Denn schließlich: Wenn den Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten solche Lohnsenkungen wie geplant zugemutet werden können, dann müßten schon aus Gerechtigkeitsgründen auch die übrigen Lohnabhängigen ihren Lohn senken lassen! Bis 1986 wollen so die Kapitalisten und Regierung den Lohnstandard aller Lohnabhängigen um 10%, in den unteren Lohngruppen sogar um 18% senken. So jedenfalls lautet die erklärte Absicht der neuen Regierung.

Aus diesen Gründen wird der Ausgang der Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst große, wenn nicht entscheidende Bedeutung haben für die Pläne der Kapitalisten und der Regierung. Wenn der Regierung die Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst gelingen, dann ist kaum damit zu rechnen, daß die anderen Lohnabhängigen die Lohnsenkungspläne der Kapitalisten zurückschlagen können. Zumal die Gewerkschaftsvorstände im Augenblick noch immer bereit sind, auf Teile der „Preiskompensation“ zu verzichten, wenn die Kapitalisten „mehr Arbeitsplätze“ zusagen. Der Kongreß des Gewerkschaftsbundes FNV am 7. Oktober hat diese sozialdemokratischen Positionen zwar nicht gebilligt, aber, da überhaupt keine Beschlußfassung vorgesehen und auch durchgesetzt werden konnte, auch nicht zurückgewiesen. Wenn dagegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst die Pläne der Regierung zurückschlagen können, dann ist nicht nur die „Atempause“ der Regierung geplatzt. Dann bessern sich auch für die übrigen Lohnabhängigen die Aussichten, trotz sozialdemokratisch erklärter Bereitschaft zur Lohnsenkung die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen. Warum auch sollten sich die Lohnabhängigen auf die Anschauungen der Sozialdemokraten einlassen, wo doch ihre eigenen Erfahrungen der letzten Jahre handfest zeigen, daß die Kapitalisten durch Lohnsenkungen nur dazu angestachelt werden, die Rationalisierungen in den Betrieben und damit auch die Entlassungen weiter zu beschleunigen?

Quellenhinweis: De Volkskrant, Ausgaben vom 13.10. bis 28.10.82; Algemeen Dagblad 28.10.82; Vakbondskrant, Zeitung des Gewerkschaftsbundes FNV, Ausgaben vom 30.9. bis 14.10.82

Die Philips-Kapitalisten sind Vorreiter bei der Lohnsenkung

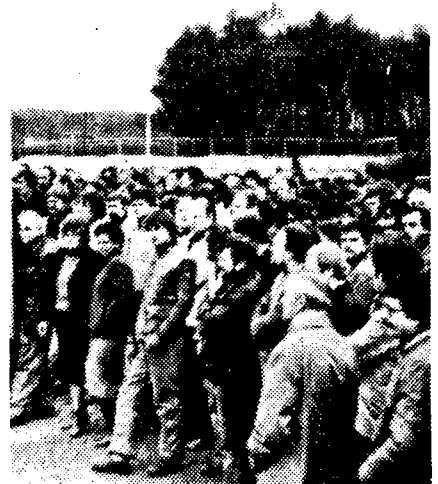
Der niederländische Philips-Konzern ist nach den US-Konzernen IBM und General Electric der drittgrößte Elektrokonzern der Welt. Er ist auch ein Beispiel dafür, warum die niederländischen Kapitalisten so vehement eine Senkung des Lohn- und Lebensstandards der Lohnabhängigen anstreben. Denn die 76000 Lohnabhängigen, die die Philips-Kapitalisten in den Niederlanden ausbeuten und die fast ein Fünftel aller Lohnabhängigen in der Metallindustrie der Niederlande ausmachen, haben in den letzten Jahren einen Lohnstandard verteidigen können, der vermutlich höher liegt als der aller übrigen Elektroarbeiter in der EG.

So konnte die Industriegewerkschaft FNV bereits Anfang der siebziger Jahre die Abschaffung jeglicher Akkordentlohnung bei Philips durchsetzen. Auch die Zahl der Schichtarbeiter bei Philips ist in den letzten Jahren ständig gesunken. Im Hauptwerk Eindhoven etwa fiel ihr Anteil an der Belegschaft von 8,4% 1976 auf 5,6% 1982. Vor allem: eine Arbeiterin in der untersten Lohngruppe verdient bei Philips heute ein tarifliches Monatsentgelt von 2078 Gulden brutto im Monat – das sind umgerechnet 1890 DM. Hinzukommen tariflich garantiertes Urlaubs- und Weihnachtsgeld und „Gewinnbeteiligung“ in Höhe von zusammen 4250 Gulden. Verglichen mit dem Tariflohn einer westdeutschen Elektroarbeiterin liegt ihr Lohn damit um 10% höher. Auch wenn dieser Lohn für die niederländische Arbeiterin genauso wie für die westdeutsche hinten und vorne nicht reicht – allein für Sozialversicherungsbeiträge geht ein Viertel des Lohns drauf, mit der Lohnsteuer verbleiben ihr weniger als 1500 DM im Monat –, für die Philips-Kapitalisten ist dieser Lohn unerträglich hoch.

In den Tarifverhandlungen dieses Jahres versuchten die Philips-Kapitalisten deshalb, als erste Kapitalisten in den Niederlanden das System der automatischen Preisanpassung der Löhne zu beseitigen. Bei Philips ist dieses System – in etwas anderer Form als in der übrigen Metallindustrie – seit 1972 in Kraft. 6,0% „Preiskompensation“ hätten die Philips-Kapitalisten danach dieses Jahr zahlen müssen. Stattdessen weigerten sie sich bis August – der alte Tarif war am 1.4. abgelaufen –, überhaupt irgendeine „Preiskompensation“ zu zahlen, und boten

stattdessen eine Lohnerhöhung von 5,25% an. Erst Ende August, nachdem alle übrigen Kapitalisten der Zahlung der „Preiskompensation“ zugestimmt hatten, gaben auch die Philips-Kapitalisten nach. Die Lohnabhängigen bekommen jetzt 5,25% „Preiskompensation“ – ohne jede Tarifloohnerhöhung. Für die Philips-Arbeiter bedeutet dieser Abschluß, der immerhin noch über dem westdeutschen Metall-Abschluß dieses Jahres liegt, eine neuerliche Lohnsenkung von ca. 1%. Rechnet man die angekündigten Maßnahmen der neuen Regierung hinzu, fällt die Lohnsenkung noch bedeutend stärker aus. Zusätzlich willigten die Kapitalisten in höheres Urlaubsgeld ein, aber gestaffelt nach der Lohngruppe, so daß die Spaltung der Belegschaft vertieft wird, und in höhere Zulagen für ältere Lohnabhängige.

Im nächsten Jahr will Philips dafür die gesamte Lohngruppeneinteilung neu verhandeln und – hier gebe es kein Zurückweichen mehr, verkünden die Kapitalisten – die „Preiskompensation“ endgültig abschaf-



4.11.80: Streik bei Philips gegen das Lohnstoppgesetz der Regierung

fen. Beides vor allem zu dem Zweck, die Löhne in den unteren Lohngruppen endgültig nach der „Marktlage“ einzustufen, d.h. bedeutend zu senken. Möglichkeiten, diese „Marktlage“ zur Geltung zu bringen, sehen die Philips-Kapitalisten genug. Schließlich beuten sie bereits jetzt 272000 ihrer 348000 Lohnabhängigen im Ausland aus, davon allein 59100 zu Elendslöhnen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Quellenhinweis: Industriebond FNV, Eindhoven, Betriebszeitungen, Tarif-Informationen für Philips und Tarifabschluß 1982; Geschäftsbericht Philips 1981



Kultur gegen Stadtansierung

„...die Bürger rechtzeitig und umfassend über alle Fragen der Sanierung zu informieren“

Nichts ist den Bielefelder bürgerlichen Stadträten von SPD bis CDU so lieb und teuer wie das Milliardenansierungsprojekt Neubau Stadtautobahn und Parkhaus Jöllenbecker Str., City naher Hauptbahnhof, mit 72 ha eins der größten zusammenhängenden Sanierungsgebiete in der BRD. Dafür sollen Bewohner der citynahen billigen Altbauwohnungen in teure Sozialwohnungen am Stadtrand verschoben werden, während den Kapitalisten Gildemeister und Kochs Adler Millionen Entschädigung für den Umzug gezahlt wurden. Schon 1972 warb das Spekulantentblatt „Zürcher Trend“ mit Riesengewinnmöglichkeiten in Bielefelds Sanierungsgebiet. Da etwa Gildemeister 36 Mio. DM für ein Gelände am Bahnhof (Wert 6 Mio. DM) geboten sei, sei mit erhöhten Bodenpreisen zu rechnen.

Kein noch so großes Haushaltsloch soll den Stadtrat daran hindern, den Kapitalisten den Zubringer Ostwestfalendamm zur City zu finanzieren, geschweige denn die Bunte Liste – auch wenn gelegentlich die CDU aus Oppositionsgründen mit dem notwendigen Baustopp aus Geldmangel mahnt. Was daran rührt, muß verhindert werden – seien es Hausbesetzungen durch strafrechtliche Verfolgung, sei es Protest gegen Abriss durch „Polizeischutz“, seien es Plakate, die sogar von Stadtbeamten eigenhändig abgekratzt werden. Furore machte ein Plakat gegen den zuständigen

Stadtdirektor „Warum lügen Sie, Herr Möllenbrock?“, durch das öffentlich bekannt wurde, daß M. eine wissenschaftliche Studie für sein Amt verschweigt, die nachweist, daß das Parkhaus nur mangelhaft ausgelastet sein wird. Das Plakat hängt auch im Fenster des abgebildeten Hauses, das als weithin sichtbares Schmuckstück gegen die Sanierung wirkt – neben Wandmalereien Beispiel, wie die Bewohner Kultur gegen die Sanierung einsetzen.

Vor etwa sechs Wochen erfolgte ein Verwaltungsakt zur Verhinderung einer öffentlichen Plakatwand. Wir drucken im folgenden den Pressebericht des Bielefelder Künstlers Krugmann ab, der mit der „Initiative gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung“ zusammenarbeitet:

„Können Plakate Öffentlichkeit schaffen? Davon sind wir eigentlich ausgegangen, als wir am Montag, den 20.9., eine Plakatwand (2,40x4m) auf dem Gelände des ehemaligen Goldbach 30 aufgestellt hatten. Geplant waren Plakatschläge im wöchentlichen Wechsel zum Thema Sanierung im Bielefelder Westen. Das Projekt sollte drei Wochen dauern und dokumentiert werden, indem Passanten zum Plakat und zu seinem inhaltlichen Hintergrund ... befragt werden sollten. Das Ergebnis dieser Befragung sollte ausgewertet und veröffentlicht werden. Dieses Projekt jedoch ist schon im Ansatz vereitelt wor-

den, indem das Tiefbauamt die Plakatwand am folgenden Tag kurzerhand abbauen und auf den Bauhof schaffen ließ.

Nachdem wir uns zwei Wochen lang vergeblich um eine Genehmigung zur Aufstellung der Wand bemüht hatten, waren wir entschlossen, die Wand ungenehmigt aufzubauen. Entweder war nämlich die Statik im Sinne des Tiefbauamtes wenig zufriedenstellend ... oder das Thema des Projektes war politisch nicht verantwortbar. Denn einen Tag nach dem Abbau der Wand erreichte uns ein Brief der Stadt: „Wie in der Vergangenheit bereits geschehen, wird die Stadt auch künftig ihrer Aufgabe nachkommen, die Bürger rechtzeitig und umfassend über alle Fragen der Sanierung zu informieren ... Ich sehe mich deshalb nicht in der Lage, Ihrem Antrag zu entsprechen.“

Unserer Meinung nach handelt es sich um die Ausübung politischer Zensur einer Stadt, die uns mangelndes Demokratieverständnis vorwirft. Unsere „Verbissenheit“, wie ein Sachbearbeiter des Liegenschaftsamtes meinte, sei „erschreckend“, wie sollten wir jemals noch in der Lage sein, „etwas Positives aufzubauen“. Die Frage geben wir retour an ihn zurück.“ (T.K. / M.G.)

Im Weihnachtsgeschäft wird die Plakatserie allerdings in der City zu sehen sein, und zwar auf einer gemieteten Plakatwand in der belebten Einkaufszone Feilenstr./Bahnhofstr.

Rechtsanwalt stellt sich die Reichen vor

Der Fall spielt im schwäbischen Textilkapitalisten-Milieu. Ein miteinander zerstrittenes Ehepaar, I. Bendigk, Tochter des Firmengründers, und D. Bendigk, nur solange er sich nicht scheiden läßt, Geschäftsführer und Teilhaber, machen Urlaub auf Kreta. Bei einem Ausflug stürzt der Wagen ab, die Frau kommt ums Leben. Die griechische Polizei glaubt nicht an einen Unfall. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart nimmt Bendigk nach seiner Rückkehr wegen Mordverdacht fest. In Rückblenden und rasch wechselnden Schauplätzen und Personengruppierungen (die Lektüre wird dadurch mühselig) konstruiert der Autor die komplizierten Liebes- und Vermögensverhältnisse. Bendigk hat's mit der Stiefmutter seiner Frau. Ein anderer Teilhaber, der Prokurist, sieht die Chance, bei einer Verurteilung Bendigks selbst Geschäftsführer der Firma zu werden. Dessen Aussage sowie die Aussage eines griechischen Busfahrers aus Gefälligkeit gegenüber einem Polizisten reichen aus zur Verurteilung Bendigks, zumal noch ein ehrgeiziger Richter hofft, damit Karriere zu machen. Die abstrusen und unwahrscheinlichen Konstruktionen – am Ende stellt sich noch heraus, daß die Geliebte Bendigks in Wirklichkeit seine Mutter ist – sind eher wie in einer juristischen Hausaufgabe. Gerhardt, von Hauptberuf Rechtsanwalt, nimmt so jede Schärfe aus der Darstellung der Skrupellosigkeit und Verkommenheit der Kapitalisten.

Albert Gerhardt, Der Schrei, Heyne Blauer Krimi 2005, 4,80 DM

Faschistische Übermenschen

Der Film „Blade Runner“ (Klingen-Läufer) ist ein Science-Fiction Thriller, der 1981/82 in den USA gedreht wurde. Er spielt im Jahre 2019 in Los Angeles, einer heruntergekommenen Stadt mit heruntergekommenen Menschen. Die Firma Tyrell hat Roboter produziert, die aussehen wie Menschen, aber nur vier Jahre leben. Die Menschenroboter, die Replikanten, sind zum Arbeiten in die Kolonien, andere Sterne, verbannt und dürfen nicht mehr auf die Erde zurückkommen. Der Blade-Runner, Deckard, war bei der Regierung angestellt, um die Replikanten zu jagen und zu

töten. Er hat seinen Beruf aufgegeben, aber als neue Replikanten auf der Erde erscheinen, geht er wieder auf Jagd nach dem Motto: lieber Killer als Opfer. Diesmal hat er eine Replikantengruppe zu jagen, die vom blauäugigen, weiß-blonden, superstarken Batty angeführt wird, der seinen „Schöpfer“ finden will, damit dieser seine Lebensdauer verlängert. Batty erscheint wie ein Phönix aus der Asche in dieser verrotteten Welt, hart geworden durch den Kampf gegen die Sklaverei, auch brutal, aber letztlich im Inneren voll hoher Gefühle: wir wissen nicht, woher wir kommen und wohin wir gehen! Als der Blade-Runner, der mit sich im Zwiespalt ist, weil er sich in die attraktive Replikantenfrau Rachel verliebt hat, Batty's Freundin, eine große, blonde, verspielte, umgebracht hat, kommt es in der Gen-Küche von Sebastian, Tyrells Helfer beim Roboterbau, zu einem Zweikampf zwischen Batty und Deckard. Der Blade-Runner, der eigentliche Mensch aus dem Mutterland, in dem nicht mehr gearbeitet wird, steht dem heroischen Batty gegenüber, der sich im Zweikampf zum Giganten auswächst. Das Ganze untermalt mit kräftiger Sphären-Musik. Der Gigant ist stärker, er kann Deckard töten, aber in letzter Minute rettet er ihn großmütig und verstirbt auf dem Dach des Hauses, weil seine vier Jahre um sind. Das Ganze ist ein widerliches Gemisch aus FDGO-Weisheiten und faschistisch-mystischen Lehren, bei denen einem die Haare zu Berge stehen. Der Unterdrückte wird zum heroischen Einzelkämpfer, der über Leben und Tod anderer selbst entscheidet.

Zufriedenheit, Religion, Heimat

„Mutig und heiter durchs Leben“ ist ein Titel, der zum 90. Geburtstag von Luis Trenker erschien. In 19 Erzählungen gibt der „Bergkönig“ Trenker autobiographischen Rückblick auf die wichtigen Stationen seines Lebens.

Seine Erzählungen leben davon, daß die ihn umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse als gesetzt angesehen werden. Es kommt für ihn darauf an, sie zu bestehen, ihnen das Positive und Nutzbringende abzugewinnen. Wie beim Bergsteigen, wo Stein und Fels gebraucht werden, tritt zu fassen, um höher zu kommen. Damit bleiben die Lebens- und

Arbeitsverhältnisse der Menschen seiner Umgebung völlig unberücksichtigt. Trenkers Weisheit hingegen ist: „Wie glücklich ist der Mensch, der auf einen Gipfel gestiegen ist.“ Das Gefühl, dadurch Gott näher gewesen zu sein, gilt alles.

Der Leser erfährt, daß Trenker in sitzamer Strenge in Südtirol aufwächst, dort, wo „die Tage im Sommer und im Winter ihre rechte Ordnung“ noch haben. Seine Mutter ist der immer sorgende, „freundliche Schutzengel“, sein Vater ist Schnitzer und Vergolder von Kirchenfiguren. Religion wird zur Grundauffassung seines Lebens, ebenso Ordnung und langlebige Traditionen. Verlässlichkeit und Umsicht, beim Bergsteigen unerlässlich, prägen seine Lebenshaltung von „Opfermut und treuer Kameradschaft“. Trenker ist erfüllt davon, denn: „Wir werden in unserer Kindheit und Jugend geprägt. Was nachher kommt, ist Zugabe.“ So instandgesetzt wird Trenker 1914 zum Krieg eingezogen. Beim Abschied „spielt die Kirchenorgel, Kinderstimmen singen, und die Berge in der Runde schauen schweigend auf uns nieder“. Gottgegeben und als Naturschauspiel schildert er den Krieg, wo die „erdbraunen Massen der Russen“ wogen und wo „in letzter Stunde“ Wunder geschehen.

Die Zugaben, die danach kommen, sind nicht schlecht: Architektenbüro wird eröffnet; ab 1925 steile Karriere in der Filmbranche; ab 1930 internationale Anerkennung seiner Filme; Goebbels ist beeindruckt und sieht in ihnen den Film der Zukunft. – In zwei Erzählungen wirft Trenker dem deutschen und italienischen Faschismus allein ihre „Intoleranz“ vor und beklagt, daß er nicht so produzieren kann, wie er möchte. Unberücksichtigt bleibt die Kriegs- und Nachkriegszeit, so daß man nicht erfährt, daß seine Werke durch die Alliierten eine Zeit lang verboten werden. Als „Zuversicht“ gibt er dem Leser zum Schluß an die Hand: „Ob die Hütte klein oder groß, ob sie ein Palast geworden wäre oder ein Stall, das alles war nebensächlich und unwichtig. Die Heimat ist dort, wo unser Herz ist und unsere Seele.“ Die hat er bei Strauß und der CSU, die ihn als Ehrengast bei der Freundschaftskundgebung für die USA begrüßen konnten.

Luis Trenker, Mutig und heiter durchs Leben. C. Bertelsmann Verlag, 14,80 DM

Automobilindustrie

Fluktuation, Fließbandarbeit und Lohneinstufung

Henry Ford gilt als der Begründer der industriellen Fließbandarbeit, die er 1913 einführt. Als Vorbild diente ihm bezeichnenderweise die Arbeitsorganisation der Schlachthäuser von Chicago. „Der erkennbare Erfolg war die Steigerung der jährlichen Produktion von rund 19000 auf 1250000 Wagen bei einer Preissenkung von 950 Dollar auf 335 Dollar.“ Angesichts dieser Steigerung der Produktivität konnte es sich Ford gegenüber den Anforderungen des Marktes leisten zu sagen: Wir liefern dem Kunden jede gewünschte Farbe, solange diese schwarz ist. Der Markt hat ihm den Mehrwert allemal vergoldet. Dieser Zug ist heute abgefahren, denn die Enge der Märkte und die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander zwingt sie, den Gebrauchswert zu variieren, was wiederum auf die Produktion zurückwirkt. „Flexibilität der Produktion“ ist heute die Anforderung. Ein Beispiel: „Um den gestiegenen Kundenwünschen gerecht zu werden und um den Wettbewerb zu bestehen, bietet heute z.B. ein Unternehmen der Automobilbranche 42 Typen mit ihren 220 Sonderausführungen, 1500 Sonderwünschen, 190 Innenausstattungsvarianten, 1350 Motorvarianten und 30 Lackierungen an.“ Die Zahl der hieraus folgenden Kombinationen ist astronomisch hoch. Das heißt, daß sich an den Fließbändern die Zahl der konkreten Arbeiten enorm verdichtet hat, denn über ein und dasselbe Band laufen die verschiedensten Variationen z.B. eines Autos. Ein weiteres Beispiel: Die VW AG hat 1979 insgesamt 330000 Arbeitsgänge neu aufgenommen und bewertet. Die analytische Arbeitsplatzbewertung kann mit dieser Entwicklung nicht mehr Schritt halten, denn ganze „Lohneinstufungskompanien“ wären notwendig. Damit kommt zur taktgebundenen, monotonen und kurzzyklischen Arbeit ein neues Moment dazu, nämlich der Wechsel von einer konkreten Arbeit auf eine andere konkrete Arbeit an ein und demselben Arbeitsplatz, und sei es nur der Wechsel von einer Kreuzschlitzschraube auf eine Zylinderkopfschraube.

Die Arbeitsintensität bei dieser Fließbandarbeit ist derart gestiegen, daß hier kein Arbeiter mehr das reguläre Rentenalter erreicht. „Der gebeugte, schleppende Greisengang wird zum eigentlichen Erkennungszeichen von Menschen, die im Höchstfall 58 Jahre alt sind.“ Viele versuchen dieser Arbeitssituation zu entfliehen, das Ansteigen der Fluktuation ist ein Indikator. In einem namentlich nicht genannten Automobilunternehmen wurde die Fluktuation bei Fließbandarbeit im Zeitraum zwischen 1976 und 1980 erfaßt. Demnach sind von allen Neueinstellungen nach einem Jahr bereits 50% wieder gegangen, nach 2 Jahren weitere 25% gegangen, nach 3 Jahren sind weitere 5% gegangen, so daß nach 3 Jahren noch 20% da sind, die von den Kapitalisten als „Stammmannschaft“ bezeichnet werden. Zu dieser äußeren Fluktuation kommt eine innere Fluktuation. Ständiger Wechsel von einem Arbeitsplatz an einen anderen ist die Regel. Wird ein Bandarbeiter neu eingestellt, so kommt er zunächst an einen sogenannten „Einstiegsarbeitsplatz“. Im Laufe der Zeit, will er sich verbessern, muß er sich um einen anderen Arbeitsplatz bewerben, sei es innerhalb der gleichen Fertigungskostenstelle oder bei einer anderen. „Die Chancen, einen höher bewerteten Arbeitsplatz zu erhalten, scheinen also zuzunehmen, je länger man im Werk beschäftigt ist. Dieser Zusammenhang existiert. Betriebsräte und Vertrauensleute im Motorenbau eines VW Werkes haben 1972 ermittelt: Die untersten Lohngruppen II, III und IVa waren zu 72% von Akkordarbeitern belegt, die zwischen einem und drei Jahren dort arbeiteten. Der Belegungsanteil dieser Lohngruppen bei einer Betriebszugehörigkeit zwischen drei und neun Jahren betrug 41%. Bei neun und mehr Jahren betrug der Belegungsanteil 29%.

Äußere Fluktuation, ständige Neueinstellungen, Umsetzungen, Abgruppierungen, die ständige Bewegung innerhalb der Fließbandarbeit, Abwesenheit durch Krankheit usw., Entlassungen und Einstellungen durch Konjunkturschwankungen einerseits und wachsende „Flexibilität“ des Produktionsapparates andererseits kennzeichnen die gegenwärtige Fließbandarbeit. Ziegler, Vorsitzender des Lohnausschusses des VW-Gesamtbetriebsrates: „Das heißt insgesamt, daß sich auch bei VW ein breiter Raum von nicht geregelter und nicht kontrollierter innerbetrieblicher Mobilität herausgebildet hatte, gegen die sich die Beschäftigten nicht wehren konnten.“ Ohne große öffentliche Diskussion hat

die VW AG mit dem Betriebsrat einen Lohndifferenzierungsvertrag (Lodi) abgeschlossen, der seit 1.1.1980 in Kraft ist. Das besondere dabei ist, daß die analytische Arbeitsplatzbewertung aufgegeben wurde. „Bei Lodi wird nicht mehr ein einzelner Arbeitsplatz bzw. ein Arbeitsgang bewertet, sondern ein aus mehreren, relativ gleichartigen Arbeitsplätzen bestehendes Arbeitssystem. Die Bewertung erfolgt nicht mehr an Hand festgelegter, differenzierter Einzelforderungen, sondern global durch eine paritätisch besetzte Kommission.“ – „Als Arbeitssystem kann man also im wesentlichen kleine, flexible und gut planbare Produktionseinheiten definieren, die auf Veränderung auf den Absatzmärkten und in der Technologie und des Arbeitsmarktes schnell, flexibel und kostengünstig reagieren.“ Als Aufgabe stellt sich, den Lohndifferenzierungsvertrag näher zu untersuchen und die Frage zu klären, warum die VW AG hier von den Positionen des Unternehmerverbandes abgewichen ist.

Quellenhinweis: Berichte der Fraunhofergesellschaft (FhG) 4/77, 3/79, 2/80; Arbeitsplätze mit belastenden Arbeitsanforderungen, Sonderdruck der BfA; rororo Bd. 4931, Wohin läuft VW?; Der Gewerkschafter, diverse Ausgaben

1967–1982

Die „deutsche Frage“ in der völkerrechtlichen Praxis der BRD

Im Verlauf des hier zur Rede stehenden Zeitraums kam es zwischen der BRD und ihren (un-)mittelbaren sozialistischen, osteuropäischen Nachbarstaaten zu sogenannten „Verträgen über gegenseitigen Gewaltverzicht“: und zwar mit der UdSSR (12.8.1970), mit der VR Polen (7.12.1970), mit der DDR (21.12.1972) und der CSSR (11.12.1973). Hinsichtlich dieser Verträge war die seinerzeitige sozialliberale Bundesregierung davon ausgegangen, daß dem entsprechenden Abkommen mit der UdSSR eine „Schlüsselrolle“ („Denkschrift“ vom 11.12.1971/Bulletin 15.12.1971, Nr. 86 S. 2014ff.) zukomme. Es erhebt sich daher zunächst die Frage, was diese Bundesregierung unter einem „Gewaltverichts-Abkommen“ verstand, bzw. welche wesentlichen Positionen sie vermittels solcher Abkommen gewahrt wissen wollte?

In den „Sechs Richtlinien“ des damaligen Bundeskabinetts Brandt/Scheel vom 6.12.1970 findet sich zum einen die Forderung nach Aufrechterhaltung der „engen Verbindung“ zwischen der BRD und Westberlin (einschließlich des „ungehinderten Zugangs“): „Ohne eine solche Sicherung wird ein Gewaltverichtsvertrag nicht in Kraft gesetzt werden können“. Zum zweiten sollten bestehende Verträge und Vereinbarungen mit Dritten von diesem Gewaltverichts-Abkommen „unberührt“ bleiben: „Das schließt den Deutschlandvertrag ein.“ Dies bedeutet drittens: „Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung wird durch den zu schließenden Vertrag nicht berührt. Das Grundgesetz, seine Präambel eingeschlossen, steht nicht zur Verhandlung“ (alle Zitate: Bulletin 12.8.1970, Nr. 107 S.1061).

Was das Grundgesetz bzw. seine Präambel anbelangte, so hatte das Bundesverfassungsgericht bereits in der Begründung seines KPD-Verbotsurteils vom 17.8.1956 das verfassungsmäßige „Wiedervereinigungsgebot“ betont: Der Vorspruch (d.h. die Präambel) des Grundgesetzes „geht von der Vorstellung des fortbestehenden gesamtdeutschen Staates aus und betrachtet die von ihm aufgerichtete Staatsordnung als eine Ausübung gesamtdeutscher Staatsgewalt auf einem räumlich zunächst beschränkten Gebiet. Er ist daher politisches Bekenntnis, feierlicher Aufruf des Volkes zu einem Programm der Gesamtpolitik ... Darüber hinaus hat aber der Vorspruch auch rechtlichen Gehalt ... (und zwar ist aus ihm, Red.) für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab ihrer politischen Handlungen gelten zu lassen ...“ (KPD-Prozeß, Dokumentarwerk in 3 Bd., Karlsruhe 1955ff., hier Bd. 3, S. 605).

Was den sogenannten „Deutschlandvertrag“ – den „Vertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und den Drei Mächten“ (USA/GB/F) – anbetraf, so legt er als „Ziele der Politik der Vertragsstaaten“ ausdrücklich folgendes fest: „Art. 7 1. Die Unterzeichnerstaaten sind sich darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und

seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

2. Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“ (BGBl. 1955 II S.305).

Man kann, pointiert formuliert, sagen, daß die seinerzeitige Bundesregierung jene soeben wiedergegebenen Positionen (die ja allesamt auf ihren *Identitäts-Anspruch mit dem Deutschen Reich in den Grenzen vom 31.12.1937* hinauslaufen) unter dem Motto: „Vorläufige Hinnahme – und in diesem spezifischen Sinne, „Anerkennung“ der bestehenden wirklichen Lage!“ zu wahren versucht hat. Ist ihr dieses Vorhaben gelungen?

In ihrer bereits zitierten Denkschrift zum „Gewaltverichts-Abkommen“ mit der UdSSR hat die seinerzeitige Bundesregierung u.a. eine Anlage veröffentlicht:

„Äußerungen des sowjetischen Außenministers in den Verhandlungen mit dem Bundesminister des Auswärtigen am 29.Juli 1970:

1. Zur Frage der Anerkennung der Grenzen:

Wir sind Ihnen entgegengekommen in der Grenzfrage, als wir den Begriff Anerkennung fallengelassen haben. Das war für uns ein sehr komplizierter und politisch schmerzlicher Prozeß.

2. Zur Frage einvernehmlicher Grenzänderungen:

Jetzt etwas, um Ihre Bedenken zu zerstreuen. Wenn zwei Staaten freiwillig ihre Vereinigung beschließen oder Grenzen korrigieren ..., oder wenn die Staaten z.B. ihre gemeinsamen Grenzen aufgeben und sich vereinigen wollen ..., so wäre uns nicht eingefallen, hier zu kritisieren, denn dies ist Ausdruck der Souveränität und gehört zu den unveräußerlichen Rechten der Staaten und Völker. Wer hier Fragen stellt, sieht Probleme, wo keine sind.

3. Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands:

Die dritte Frage, in der wir Ihnen entgegengekommen sind, ist die Wiedervereinigung Deutschlands als zukünftige Perspektive. Ihre Position ist klar, die unsere auch. Auch wir haben unsere Vorstellungen, wie die künftige deutsche Einheit beschaffen sein soll. – Wir könnten einen Vertrag machen, der das Kreuz über alle 'lâne zur Wiedervereinigung Deutschlands setzen würde. Dann stünde jede Äußerung über die Wiedervereinigung im Gegensatz zum Vertrag“ (Bulletin 15.12.1971 Nr. 86, S. 2014 ff.).

Das „Kreuz setzen“ bedeutet nichts anderes als etwas *durchstreichen*; und auf *diese* Weise war die Regierung der UdSSR noch 1967 bzw. 1968 gegenüber „Wiedervereinigungs-Plänen“ der BRD verfahren – wie die o.a. Denkschrift der Bundesregierung selbst hervorhebt: Daß nämlich „die Sowjetunion den Gewaltverzicht in einer Fixierung des politischen Status quo einschließlich einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR konkretisiert sehen wollte. Die Bundesrepublik sollte darüber hinaus den Status Westberlins als einer ‚besonderen politischen Einheit‘ achten. (Und) Sie sollte die Nichtigkeit ex tunc (d.h. von Anbeginn an, Red.) des Münchner Abkommens anerkennen“ (a.a.O.). Der Verzicht auf die Aufrechterhaltung solcher, insbesondere für DDR, die VR Polen und die CSSR lebenswichtiger völkerrechtlicher Positionen – wie er sowohl aus dem Wortlaut der sog. „Ostverträge“ wie auch aus jener „Äußerung“ des sowjetischen Außenministers Gromykov hervorgeht, hatte *schlimme Folgen*:

Hinsichtlich der DDR hat das Bundesverfassungsgericht der SPD/FDP-Regierung bescheinigt, daß sie – in dem o.a. Vertrag vom 21.12.72 – die tatsächliche, völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der DDR (d.h. ihrer Grenzen und ihrer Staatsangehörigkeit) erfolgreich *vermieden* habe: Dieser Vertrag besage nämlich faktisch, daß es sich bei der Grenze zwischen der BRD und der DDR um eine solche „zwischen zwei Staaten“ handle, „deren ‚Besonderheit‘ ist, daß sie auf dem Fundament des noch existierenden Staates ‚Deutschland als Ganzes‘ existieren, daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen ... (Diese) Qualifizierung der Staatsgrenze in Art. 3 Abs. 2 des (o.a.) Vertrags (trägt daher) dem Anspruch des Grundgesetzes Rechnung, daß die nationale Frage, das ist die Forderung nach Erreichung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes, offen bleibt“ (Urteil des BVerfG vom 31.7.1973).

Eine Konsequenz daraus hat die Bundesregierung durch ihren damaligen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium andeuten lassen: „Beide deutschen Staaten sind nach Auffassung der Bundesregierung

weiterhin Teil einer Nation. Eines der Elemente, in denen dies zum Ausdruck kommt, ist gerade der innerdeutsche Handel, dessen besondere Regelung auch von der DDR akzeptiert wird“ (Stenograph. Berichte des Deutschen Bundestages, 7. Bundestag, 14. Sitzg., 1973, S. 641 f.). Die BRD hat dabei jene *Zollunion* im Auge, die Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff am 18.12.1981 (anlässlich des Kanzlerbesuchs) in der DDR propagierte: „Wir haben über Maßnahmen zur Förderung des innerdeutschen Wirtschaftsverkehrs gesprochen. Ich nenne die hier nur dem Thema nach: ... energiewirtschaftliche Zusammenarbeit und, sicherlich nicht unwichtig, Kooperation auf dritten Märkten, insbesondere Märkten der Dritten und der Vierten Welt. Ein *Zusammenfügen* der Möglichkeiten der *Volkswirtschaften beider deutscher Staaten* kann uns eine Wettbewerbsposition in dem einen oder anderen Falle verschaffen, die wir versuchen wollen zu nutzen“ (Archiv der Gegenwart, 18.12.1981, S. 2581, Hervorhebungen, Red.).

Was neben der DDR die CSSR anbelangt, so hat sie in jenem o.a. Vertrag vom 11.12.1973 ihre bis dahin stets vertretene Position, daß das Münchner Abkommen vom 29.9.1938 (welches den „Anschluß“ des sogenannten „Sudetenlandes“ an das „Deutsche Reich“ diktierte) von Anfang an null und nichtig gewesen sei, – nicht durchsetzen bzw. verankern können. In Art. I heißt es, daß die BRD und die CSSR dieses Münchner Abkommen „als nichtig betrachten“, und im Art. II heißt es, daß dieser Vertrag „nicht“ die sich aus der Annexions- bzw. Okkupationszeit zwischen dem 30.9.1938 und dem 9.5.1954 ergebenden „Rechtswirkungen berühre“. Aus diesem Grunde konnte die seinerzeitige Bundesregierung folgendes am 27.3.1974 im Bundestag klarstellen:

„Für uns bedeutet der Art. I praktisch, daß wir uns künftig nicht mehr auf die am 29. September 1938 in München unterzeichneten Dokumente als solche berufen werden, um aus ihnen rechtliche Folgerungen abzuleiten. Unsere Rechtsposition wird sich vielmehr künftig – was den Status der Sudetengebiete in der Zeit vom Oktober 1938 bis zum Mai 1945 und die Rechtsstellung der Sudetendeutschen anbelangt – auf den Art. II des Vertrages und auf diejenigen Rechtsakte stützen, durch die das Münchner Abkommen seinerzeit durchgeführt worden ist. Auf Grund dieser Rechtsakte hat in den Sudetengebieten gut sechseinhalb Jahre lang deutsches Recht gegolten. Dazu gehören insbesondere die unter der Beteiligung der Tschechoslowakei erfolgte(n) Festlegung(en)“, welche u.a. die „neuen Grenzen“ und die „Staatsangehörigkeitsfrage“ regelten (Stenograph. Berichte, 27.3.1974, S. 6007).

Und was nun schließlich neben der DDR und CSSR die Volksrepublik Polen anbelangt, so hat die BRD nicht nur nicht ihre Westgrenze wirklich, völkerrechtlich verbindlich *anerkannt* – sondern sie hat ihr zugleich

in jenem o.a. Vertrag vom 7.12.1970 verdeutlicht, daß sie als „*wiedervereinigtes Deutschland*“ an jene vorläufige jetzige Hinnahme dieser Westgrenze *nicht mehr* „gebunden werden kann. – Dieser Sachlage wird durch Artikel IV des Vertrages ... Rechnung getragen“:

„Art. IV des Warschauer Vertrages verweist auf die Fortgeltung früher geschlossener Verträge und damit auf den Friedensvertragsvorbehalt des Art. 2 und 7 des Deutschlandvertrags ... Die polnische Regierung hat den Vertrag in Kenntnis der rechtlichen Vorbehalte geschlossen, die die deutsche Seite in den Vertragsverhandlungen aufrechterhalten hatte“ (Stenograph. Berichte d. Deutschen Bundestages, 18.1.1979, S. 9988).

Zur Wahrung solcher „Rechtspositionen“, wie sie sich etwa aus dem „Deutschlandvertrag“ herleiten, hat daher die soeben eingesetzte CDU/CSU/FDP-Regierung durch ihren *Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. A.Mertes (CDU)*, folgendes feststellen lassen:

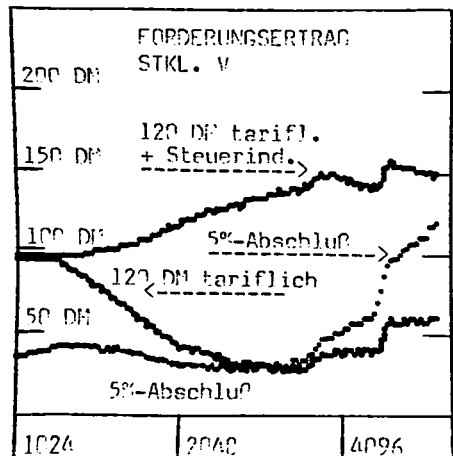
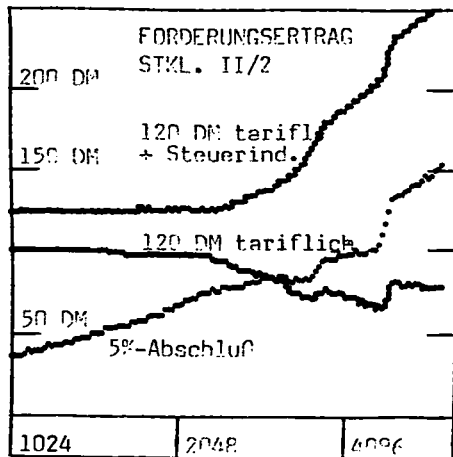
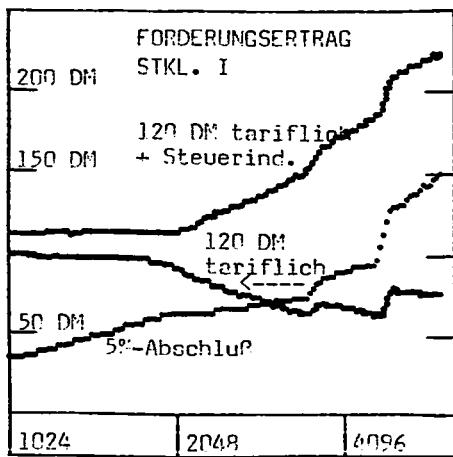
„Für die vom Deutschlandvertrag bekräftigten Ziele und Rechte benötigen wir Verbündete, die ... auch *unseren Willen* und den *unserer Nachbarvölker* zur moralisch-offensiven Gestaltung eines dauerhaften Friedens durch Verwirklichung der personalen Menschenrechte und der nationalen Selbstbestimmung *tatsächlich* teilen; also *politische Verbündete*, die *kraft geschichtlichen Weitblicks in der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas elementares Eigeninteresse erkennen und mitvertreten*. Rechtspositionen sind kein ‚juristischer Formelkram‘, aber auch kein Politik-Ersatz. *Recht, Wille und Macht gehören zusammen ... Wer das Recht nur sieht, macht es ohnmächtig ...* (Es wird daher) zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa, die diesen Namen verdient, erst kommen, wenn die Sowjetunion aufgrund einer fundamentalen Neueinschätzung ihrer eigenen Interessen – insbesondere gegenüber dem deutschen und dem polnischen Volk – *konstruktiv* mitwirkt ... Jeder verantwortliche deutsche Politiker hat eine doppelte Pflicht: 1. seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes – *dazu zählen auch die Sudeten-, die Memel- und die Danzig-Deutschen, die 1937 nicht zu Deutschland gehörten* – zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden ... 2. Darauf zu achten, daß Politik die Kunst des Möglichen ist (so Otto von Bismarck). Wer diese Kunst gering achtet, schadet Deutschland“ (FAZ, 12.10.1982, Hervorhebungen d. Red.).

Letzteres wird man sich gut merken müssen, denn: „*Bismarck*“ – das steht für *Wiederaufrichtung des ‚Reichs‘* (durch ökonomisch-politische Erpressung und militärische Gewalt) als imperialistisches Zwischen-Projekt *im Dienste der Deutscheuropa-Expansion!*

Quellenhinweis (auch für Teil I und II, Polit. Ber. Nr. 20 u. 22): u.a. Zeitschrift für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht, Hrsg. das gleichnamige Max-Planck-Institut; ab Jg. 1959/60 – 1982.



Ehemalige Betriebswohnungen der Malzfabrik Hildesheim. Bis zum Abriß Anfang 83 weitervermietet, N.H., Kunstgruppe Hildesheim



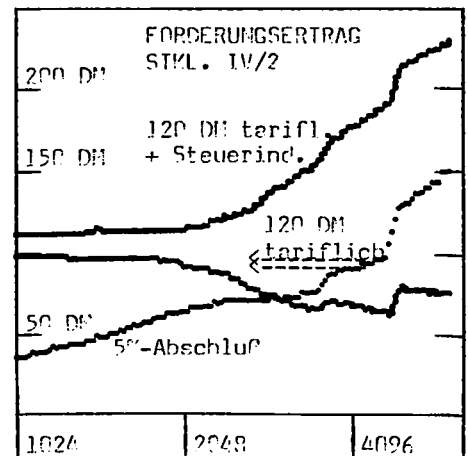
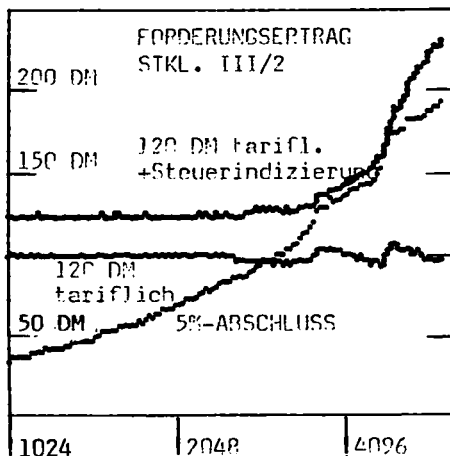
Ohne Steuerindizierung sind die Real-löhne kaum zu sichern

Die Aufstellung der Lohnforderung steht vor außerordentlichen Schwierigkeiten. Wie kann den Kapitalisten eine genügend große Lohnsumme abgetrotzt werden, deren Verteilung eine Anhebung des Lohnstandards in der Niedriglohnzone und eine Sicherung des Lohnstandards für Facharbeiter und besser verdienende Angestellte ermöglicht?

Wir haben in den Schaubildern den Nettoertrag eines 120 DM-Festgeld-Abschlusses dem Ertrag eines 5%-Abschlusses gegenübergestellt, wobei 120 DM tariflich erfahrungsgemäß mit etwa 150 DM auf die Bruttolöhne und -gehälter durchschlagen. Im Bereich des Durchschnittslohns ist der Nettoertrag der verschiedenen Forderungen in etwa gleich. Aber bei einem Prozentabschluß von 5% - und die Kapitalisten werden freiwillig kaum die Hälfte davon zahlen - ist der Nettoertrag für die schlechtest bezahlte Arbeit so minimal, daß die Niedriglöhner weiter ins Elend gestoßen werden. Außerdem ist für so eine Prozentforderung kaum ein Streik zu führen. Andererseits

zeigt sich, daß ein erheblicher Teil der Facharbeiter und die meisten Angestellten bei einem 5%-Abschluß deutlich besser fahren, daß sie kaum für eine Festgeldforderung gewonnen werden können. Eine kombinierte Forderung von Sockelbetrag und Prozents oder auch Mindestbetrag und Prozents würde, um den Lohnstandard der Niedriglöhner anzuheben wie auch die Einkommen der besser verdienenden Angestellten zu sichern, so hoch ausfallen müssen, daß die sich daraus ergebende Lohnsumme den Kapitalisten gegenwärtig kaum abgetrotzt werden kann.

Unter diesen Umständen ist die Forderung nach Steuerindizierung dringlicher denn je. Der kombinierte Ertrag eines 120 DM-Abschlusses und einer Steuerindizierung ist dort hoch, wo die Progression hoch ist, wo auch die Steuerbeute durch Inflation besonders hoch ist. Fordern die Gewerkschaften jetzt Steuerindizierung, können sie die Reallöhne absichern und die sicher für 1984 anstehenden betrügerischen Steuerreformen vereiteln.



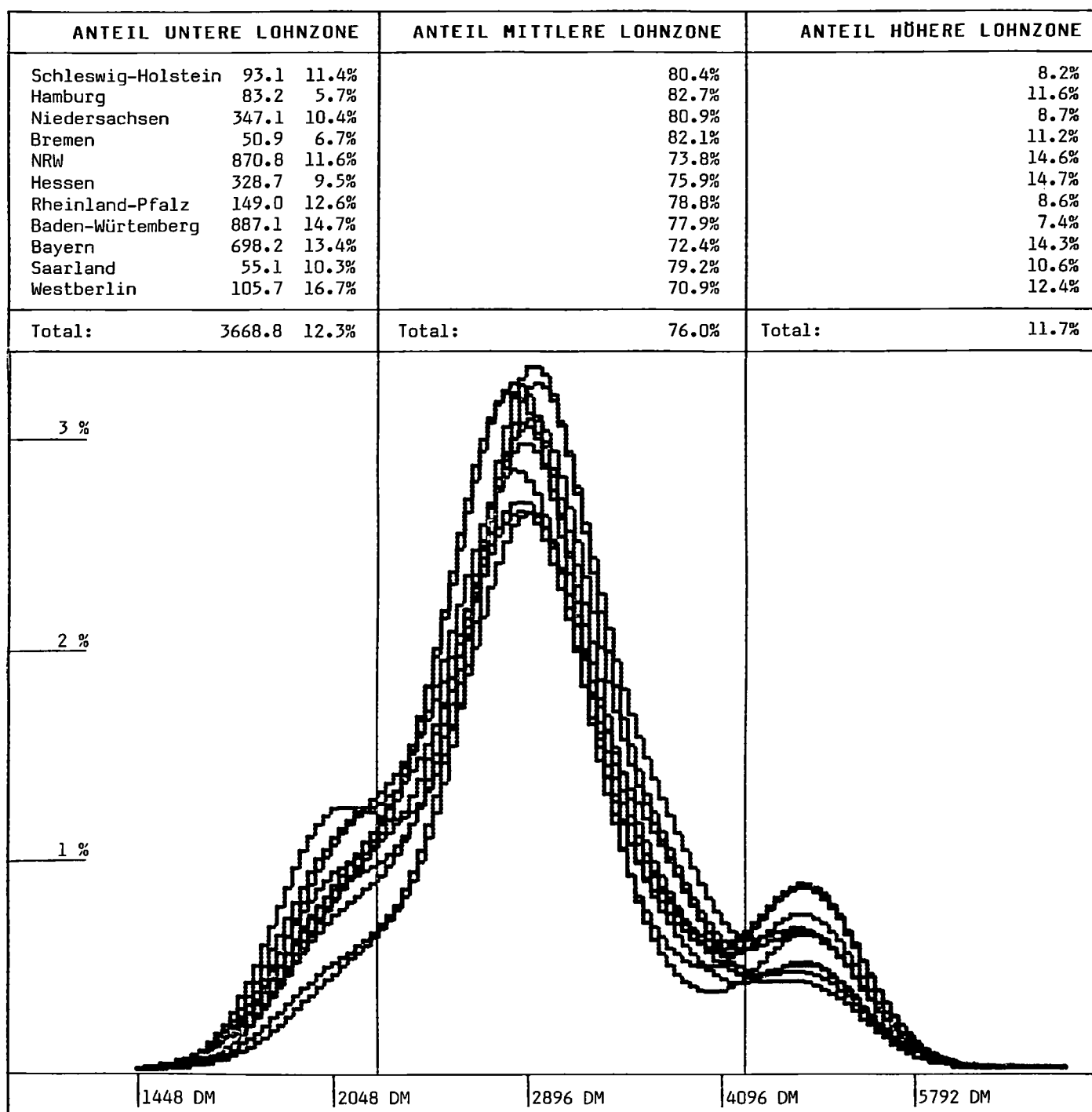
Die in den Schaubildern dargestellten Nettoerträge eines 5%-Abschlusses, von 120 DM Festgeld sowie von 120 DM Festgeld dem monatlichen Reformertrag aus einer Steuerindizierung beziehen sich auf das Jahr 1983. Der Ertrag von 5% auf ein Brutto von 2048 DM z.B. ist errechnet aus der Differenz des Nettoertrages von 2048*1,05 zum Nettoertrag von 2048 DM brutto bei gleicher Rechtslage, der voraussichtlichen Gesetzeslage 1983. Würde man dagegen das Nettoergebnis nach dem Lohnabschluß 83 dem Nettoertrag vom Ausgangslohn unter Gesetzeslage 82 gegenüberstellen, so fiel wegen der zu erwartenden Anhebungen der Sozialabzüge der Forderungsertrag deutlich geringer aus.

Die geplante Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

Zur Berechnung der Erträge verschiedener Abschlüsse und des Reformertrags einer Steuerindizierung

von 2% auf 2,3% ist berücksichtigt; außerdem ist nach den Ankündigungen der Krankenkassen unterstellt, daß der durchschnittliche Krankenversicherungsbeitrag von jetzt 6,01% auf 6,15% steigt und daß die Beitragsbemessungsgrenze zum 1.1.83 von derzeit 56400 DM auf 59400 DM angehoben wird. Angenommen ist ferner, daß der jetzt gültige Steuertarif im nächsten Jahr unverändert in Kraft bleibt; die von der Regierung geplante Änderung des Kinderbetreuungsbetrages und die Einführung eines Kinderfreibetrages sind noch nicht berücksichtigt, weil ihre steuertechnische Präzisierung noch aussteht.

Den Forderungsertrag von 120 DM tariflich haben wir ermittelt unter der Annahme, daß ein solcher Abschluß mit dem Faktor 1,25 auf die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter durchschlägt, weil auch die Zulagen erhöht werden. Das Ergebnis einer Steuerindizierung ab 1.1.83 ist berechnet für den Monat April 83; der Januar 1981 ist als Basismonat angenommen bei einer monatlichen Inflationsrate von 0,42%. Bei Steuerindizierung auf Basis 1/81 wird z.B. ein Brutto von 3000 DM (4/83) nur mit der Quote besteuert, die auf diesen Lohn in Kaufkraft von Januar 81 (= 2679 DM) entfallen würde (zur Berechnung s. Pol. Ber. 22/82, S.38/39).



Unterschiedliche Belegung der Lohnzonen

Die Belegung der Lohn- und Gehaltszonen, wie sie sich auf Grundlage der Tarife effektiv herausbilden, weicht in den einzelnen Ländern erheblich vom Bundesdurchschnitt ab. Am Beispiel der metallverarbeitenden Industrie ergibt sich für das Belegungsverhältnis untere / mittlere / höhere Lohnzone/ 1/8 zu 3/4 zu 1/8. In der unteren Lohnzone schwankt die Belegung in den Bundesländern von Hamburg, 5,7% bis Westberlin, 16,7%. In der mittleren Lohnzone von Bayern, 72,4% bis Hamburg, 82,7%. In der höheren Lohnzone von Baden-Württemberg, 7,4% bis Hessen, 14,7%.

Diese Schwankungen sind nur zum

geringeren Teil Ergebnis etwa einer länderunterschiedlichen Eingruppierungspraxis. Vielmehr bürgt z.B. ein hoher Landesanteil an Elektroindustrie für einen hohen Anteil in der unteren Lohnzone. Wollte man Rückschlüsse auf unterschiedliche Eingruppierungspraxis ziehen, so müsste man einen Vergleich der Teilbranchen vornehmen. So sagt das oben tabellarisch und grafisch dargestellte Rechenergebnis bloß aus, wie groß die Beschäftigtenanteile in den Lohnzonen ungefähr sein mögen.

Als praktische Schlußfolgerung kommt dabei heraus: Wer zur Begründung z.B. einer Festgeldforderung bloß mit dem Anteil derjenigen argumentiert, die davon einen großen unmittelbaren Nutzen hätten, wird nicht weit kommen können.

Weiter wird führen zu zeigen, welche Bedeutung - gerade für die Lohn- und Gehaltshöhe in den mittleren und höheren Entlohnungsbereichen - der von der Arbeiterbewegung solidarisch erkämpfte Mindeststandard hat. Dazu in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift.

Für die Berechnung wurden für alle Bundesländer die im Bundesdurchschnitt erzielten Löhne u. Gehälter pro Leistungsgruppe angesetzt. Für die grafische Darstellung wurden die Beschäftigtenzahlen je mit 100% gleichgesetzt, so daß der durch unterschiedliche Eingruppierung entstehende Belegungseffekt möglichst rein dargestellt erscheint und dadurch unmittelbar vergleichbar wird.

Nordirland

Erfolge im Befreiungskampf gegen die Kolonialherren



Mehrfach hatten britische Regierungen die IRA schon tot-gesagt. Mit erfolgreichen Angriffen auf die Besatzungstruppen in Nordirland straft die IRA diese Behauptungen Lügen. Die britischen Imperialisten denken nicht daran, die Kolonie Nordirland freiwillig aufzugeben. Über Nordirland halten sie Irland in Schach – für alle EG-Großmächte ein wichtiges „Niedriglohnland“. Die IRA kämpft gegen die Kolonialherrschaft und für den Sozialismus in Irland.

Liberalismus

Bürgerrechte sollen das Privateigentum schützen helfen

1971 beschloß die F.D.P. die Freiburger Thesen. Die in der bürgerlichen Revolution erreichte „verfassungsgemäße Verbürgung unantastbarer Freiheitsrechte und Menschenrechte des Bürgers gegenüber dem Staat“ sollten die Politik lenken. Die bestehende „Eigentumsordnung“ den Schutz des Einzelnen materiell sichern. Die F.D.P.-Innenminister verschärfte die staatliche

Unterdrückung: Der Staat muß sich vor kollektiven Angriffen bewahren, um die Rechte des Einzelnen zu schützen. Einigt sich die F.D.P. auf neue politische Perspektiven des Liberalismus? Bürgerrechtler und Wirtschaftsliberale arbeiten an neuen liberalen Positionen, welche die Freiheit der Besserverdienenden unter Krisenbedingungen gegen Übergriffe schützen.



Rechtsstaatlichkeit

CSU fördert Neonazis und faschistische Organisationen



Je mehr die Herrschaft der reichen Ausbeuter ihre Untauglichkeit unter Beweis stellt und je weniger sich von einem Wohlergehen der großen Masse auch nur reden läßt, um so gröber wird die Hand des Staatsapparates. In Bayern setzt die CSU diesen Kurs nachhaltig seit langem um. Der von der CSU geführte Staatsapparat erklärt neonazistische

Banden zu „unpolitischen Naturen“, vertuscht deren Aktivitäten und fördert faschistische Tendenzen auf allen Ebenen. Gleichzeitig bringt sie über ihren Staatsapparat Mittel gegen den Widerstand der Lohnabhängigen zur Anwendung, die nicht einmal mehr durch die „Rechtsstaatlichkeit“ der Ausbeuterordnung abgedeckt sind.

Malwinen

Welche Konsequenzen ziehen die Imperialisten?

23 Staaten haben in der UNO-Generalversammlung eine Resolution eingebracht, in der sie die erneute Behandlung der Souveränität über die Malwinen und die Beendigung der britischen Kolonialherrschaft fordern. Kann Argentinien nach dem verlorenen Krieg die Souveränität über sein Territorium erreichen? Welche Schlußfolgerungen haben die imperialistischen Staaten in der EG aus dem Krieg gezogen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57